

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inventions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzeile für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag den 7. Juli 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Sächsische Fabrikinspektion.

Nichts kennzeichnet den Geist in der sächsischen Gewerbeaufsicht, deren Berichte über das Jahr 1903 vor kurzem an die Öffentlichkeit gelangten, deutlicher als die dürftigen Angaben über Arbeiterverhältnisse auf der einen und die umfangreichen Aufzählungen der sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen auf der anderen Seite. Fabrik-Sparcassen, Vorkursengaben bürgerlicher Vereine, Veranstaltungen evangelischer „Arbeiter“ werden sorgfältig aufgeführt und umfänglich geschildert, die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen, die Wirksamkeit ihrer Unterstützungseinrichtungen wird kaum erwähnt, und wo es vereinzelt geschieht, giebt man Arbeiterfeindliche Äußerungen von Unternehmern wieder oder spricht von „im sozialdemokratischen Sinne“ geleiteten Gewerkschaften. So hält es z. B. der Burgener Beamte, der sonst kein Wort für die Arbeiterorganisationen hat, für nötig, die Medensort eines Steinbruchbesitzers wiederzugeben, durch das Anwachsen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sei das bisher gute Verhältnis zwischen den Steinbruchbesitzern und den Arbeitern ungünstig beeinflusst worden. Die zahlreichen und bedeutenden Arbeiter-Konsumvereine, die in Sachsen für die Lebenshaltung der Arbeiter sehr im Betracht kommen, werden nur selten erwähnt und die wenigen Angaben sind oft noch mit mittelständischer reitender Bemerkungen gespickt. Eine starke Abneigung gegen alle selbständige Regelung der Arbeiterklasse spricht aus den diesjährigen Berichten der sächsischen Fabrikinspektoren; man schweigt diese Äußerungen tot oder äußert sich darüber in zumeist abschlägiger Weise. Auch Angaben über die Lebenshaltung und die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter finden sich nur vereinzelt und soweit solche eingeflochten sind, zeugen sie von wenig sozialpolitischer Einsicht.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß die Arbeiter kein Vertrauen zu den Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben und der Arbeiterverehr auf den Expeditionsstellen nur ein sehr geringer ist. In Chemnitz sind beispielsweise im Berichtsjahre nur 15 Arbeiter auf dem Bureau des Beamten gewesen, dagegen 520 Unternehmer; in Meißen waren von 67 vorkorrespondierenden Personen nur 10 Arbeiter, in Freiberg erschienen 15 Arbeiter an Expeditionsstellen und 84 andre Personen. Die Mehrzahl der Beamten gehen mit konventionellem Schmelzen über den heißen Punkt hinweg. Etwas besser als im Allgemeinen ist das Verhältnis in Annaberg und Aue. Im erstere Orte erschienen 168 Unternehmer und 119 Arbeiter, im letzteren 181 Unternehmer und 109 Arbeiter. Recht bezeichnend ist, daß der Beamte in Aue den Vertrauensmann der Metallarbeiter, der mit andern Arbeitern Beschwerden vortrug, mit der Bemerkung hinausgewiesen hat, er sei nicht Arbeiter seines Bezirks. Das war allerdings auch nicht der Fall, aber die von dem Vertrauensmann im Auftrage anderer vorgebrachten Beschwerden betrafen doch Betriebe des Bezirks Aue, und darauf kam es doch an. Sonst geht allerdings aus den Berichten hervor, daß man auch Beschwerden von Gewerkschaftsleitern und Vertrauensleuten der Gewerkschaftsorganisationen entgegengenommen und verfolgt hat; vereinzelt hat man auch Arbeiterversammlungen besucht und ist den dort vorgebrachten Beschwerden über Mängel in Betrieben nachgegangen.

Das eben gekennzeichnete Verhalten der sächsischen Fabrikinspektoren liefert uns das Verständnis dafür, daß die in jedem der fünf Regierungsbezirke eingesetzten weiblichen Vertrauenspersonen nur wenig oder gar nicht von Arbeiterinnen in Anspruch genommen worden sind. Diese weiblichen Vertrauenspersonen sind in der Hauptsache darauf angewiesen, zu den festgesetzten Bureaustunden zu warten, bis Arbeiterinnen mit Beschwerden kommen. Soll eine solche, übrigens völlig verfehlte Einrichtung nur einigermaßen funktionieren, so ist die Vorbedingung dazu ein großes Vertrauen der Arbeiterinnen zur Fabrikinspektion überhaupt. Das aber fehlt in Sachsen fast ganz. Die Folge ist, daß in den Regierungsbezirken Bautzen, Chemnitz und Bismarck die weiblichen Vertrauenspersonen gar nicht in Anspruch genommen worden sind. In Leipzig sind 4 Arbeiterinnen mit Beschwerden und sonstigen Anliegen erschienen, nur in Dresden war ein ledlicher Verzeß zu verzeichnen; hier erschienen 33 Arbeiterinnen, außerdem waren noch 11 schriftliche Eingaben zu erledigen. Die sächsische Regierung scheint aber jetzt selbst eingesehen zu haben, daß die Einrichtung in der jetzigen Form völlig verfehlt ist; es werden demnach statt der Vertrauenspersonen wirkliche weibliche Fabrikinspektoren angestellt werden. Die Vertrauenspersonen in Leipzig und Dresden haben übrigens jetzt schon die Befugnis erhalten, Betriebe mit vorwiegend weiblicher Arbeiterschaft zu revidieren, das ist auch geschehen. Bei dieser Tätigkeit wurde der Vertrauensperson in Leipzig der Eintritt in eine Maschinenfabrik verweigert. Der Fabrikant ist dann durch die Polizei befehrt worden.

Die Äußerungen der Fabrikinspektoren über die Geschäftskontunktur gehen übereinstimmend dahin, daß die Krise überwunden und 1903 wieder ein Aufleben der gewerblichen Tätigkeit zu bemerken gewesen sei. Diese Behauptungen scheinen zwar durch die in den Berichten mitgeteilten Resultate der Fabrikarbeiter-Befragung im allgemeinen eine Bestätigung zu erhalten; es ist daraus andererseits aber doch auch zu erkennen, daß sich einige Verufe noch im Stadium der Geschäftskrise befinden. Es betrug danach in Sachsen die Zahl der:

	1900	1902	1903
sämtlichen in Fabriken beschäftigten Arbeiter	548 848	545 479	508 130
erwachsenen männlichen beschäftigten Arbeiter	846 818	885 585	850 708
Jugendlichen und weiblichen beschäftigten Arbeiter	201 755	209 014	217 422

Danach erscheint der Rückgang von 1900 bis 1902 wieder ausgeglichen, aber die Steigerung der beschäftigten Arbeiter entspricht noch nicht dem Anwachsen der Bevölkerungszahl. Aus den obigen Zahlen ergibt sich aber auch noch die interessante Tatsache, daß in der Zeit der Krise der erwachsene männliche Arbeiter durch die billigeren Frauen und den billigeren jugendlichen Arbeiter verdrängt worden ist. Während von 1900 bis 1902 die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter um 11 088 zurückging, stieg die Zahl der Frauen und jugendlichen Arbeiter um 8359. Und von 1900 bis 1903 beträgt der Zuwachs der männlichen Arbeiter nur 4090, der der Frauen und jugendlichen Arbeiter aber 15 667.

Daß sich das Aufleben der gewerblichen Tätigkeit nicht auf alle Verufe erstreckt, zeigen folgende Angaben über die Zahl der Arbeiter in der:

	1900	1902	1903
Maschinenindustrie	76 212	68 062	70 798
Industrie der Steine und Erden	28 232	25 196	24 009
Metallverarbeitung	27 059	25 892	26 885
Textilindustrie	64 722	68 065	71 818
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	26 612	25 900	26 813

Abgegeben von der Textilindustrie hat noch keiner der angeführten Verufe den Verlust der Krisenjahre eingeholt, so in der Industrie der Steine und Erden ist sogar die Arbeiterzahl von 1902 bis 1903 zurückgegangen.

Die Arbeitslöhne sollen im allgemeinen dieselben geblieben sein, vereinzelt wird über Lohnsteigerungen, andererseits aber auch über Lohnherabsetzungen berichtet. Nach dem Berichte des Leipziger Beamten sind die Löhne nur dort gewachsen, wo durch das Vorgehen der Arbeiter eine Erhöhung erzielt worden ist. Da die Lebensmittelpreise zum Teil gestiegen sind, ist die Lebenshaltung der Arbeiter im allgemeinen eher schlechter als besser geworden. Das wird auch von dem Annaberger Beamten bestätigt, der also aus seinem Bezirke berichtet: „Wenn auch der gegen das Vorjahr lebhaftere Geschäftsgang in fast allen Industriezweigen des Bezirks auf die Lohnverhältnisse günstig einwirkte, so haben doch die hohen Fleischpreise in Arbeiterkreisen die Ernährungsweise nachteilig beeinflusst, wohl auch den Fleischverbrauch gemindert“. Im Bezirk Aue sanken die Stunden- und Stücklöhne in der Schiffenstickerlei wesentlich herab; ähnliches wird auch aus der Sticker-Industrie des Bezirkes Plauen gemeldet. Umfassendere Nachweise über die Löhne liegen aus den Weberdistrikten in der Lausitz vor. Danach betragen in Guneirwalde, Oberkummerdorf, Nitzsch, Ebersbach und Seiffenwerder die höchsten Weberlöhne der männlichen Arbeiter 690 bis 850 Mk. im Jahre, die mittleren 450 bis 500 und die niedrigsten 286 bis 406. In Jittau und Großschönau betragen die niedrigsten Löhne 400 bzw. 250 Mk., die mittleren 500 bzw. 684 und die höchsten 1200. Noch ungünstiger erscheinen die Lausitzer Weberlöhne in den Arbeiterbudgets dreier als besonders wirtschaftlich bezeichneten Weberfamilien in Reichenau. Danach verdienen im ersten Falle (eine Familie mit zwei Kindern) Mann und Frau zusammen im Jahre 1130 Mk., nach der zweiten Aufstellung (Familie mit einem Kinde) Mann und Frau zusammen 905 Mk. und nach der dritten Aufstellung (Familie ohne Kinder) beträgt der Gesamterdienst von Frau und Mann 859 Mk. im Jahre!

Die Unfallziffer ist fast in allen Bezirken größer geworden, das wird in den Berichten durch die Zunahme der Arbeiter erklärt. Nach einer Berechnung des Bauener Beamten hat die Maschinenindustrie die meisten Unfälle, nämlich 6,5 Proz. der beschäftigten Arbeiter; es folgen dann die Nahrungsmittel-Industrie mit 4,20 Proz., Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 4,19 Proz., Industrie der Steine und Erden mit 3,82 Proz. Die geringsten Unfälle hat die Textilindustrie mit 0,99 Proz. Der Beamte des Jittauer Bezirkes hat die Unfälle auf Tage verteilt und folgendes Bild erhalten: Montag 70 Unfälle, Dienstag 64, Mittwoch 74, Donnerstag 61, Freitag 73, Sonnabend 78, Sonntag 13 Unfälle.

Auffällig ist die große Zahl der Unfälle an den Sonnabenden; höchst wahrscheinlich ist sie durch das leidige Puzen der Maschinen während des Ganges zu erklären. Diese Aufstellung zeigt überdies, daß die oft vorgebrachte Behauptung, der Montag habe die höchste Unfallziffer, nicht stichhaltig ist.

Bei der Einführung der Arbeiterschutzbestimmungen für Steinbrüche stießen die Gewerbebeamten oft auf Widerspruch der Unternehmer; mehrfach sind Strafen deswegen verhängt worden. Verstöße gegen die Sonntagsruhe und die Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Frauen waren sehr zahlreich, Strafen aber sind verhältnismäßig selten ausgeworfen worden. Von 2291 Uebertretungen der gesetzlichen Bestimmungen für jugendliche Arbeiter wurden nur 34 bestraft, von 546 Verstößen gegen die Bestimmungen für die Frauenarbeit nur 12. Die Strafen sind unverhältnismäßig niedrig. Sie betragen 1 bis 20 Mark, nur vereinzelt sind Strafen von 30 und 50 Mark und nur in einem Falle eine solche von 300 Mark vorgekommen. Ausnahmewilligungen für Sonntagarbeit sind in großer Zahl erteilt worden. Für 1900 Arbeiterinnen wurden 835 906 Ueberstunden bewilligt, Sonntagarbeit wurden für 13 188 Arbeiter 143 923 Stunden genehmigt. Von 558 Gesuchen letzter Art wurden nur 32 zurückgewiesen.

Von den 18 808 versicherungspflichtigen Betrieben wurden 13 552 revidiert, darunter eine Anzahl zwei- und mehrmal. In einigen Bezirken wie Annaberg, Döbeln und Burgau konnten sämtliche Betriebe revidiert werden, darunter eine Anzahl mehrmals. Das ist ein günstiges Ergebnis. Es kommt aber nicht allein auf die Zahl der Revisionen an; ausschlaggebend ist vielmehr, wie revidiert wird. In dieser Hinsicht bleibt aber gerade in Sachsen viel zu wünschen übrig.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juli.

Die badische Wahlrechtsreform vor der Ersten Kammer.

Man schreibt uns aus Karlsruhe in Ergänzung unsrer gestrigen Depesche:

Vollzählig waren die Mitglieder der Ersten Kammer erschienen, da es der Verfassungsänderung galt; selbst die Standesherren, die Jahrzehnte und länger sich nicht hatten sehen lassen, waren herbeigeeilt. Der Berichterstatter Frhr. v. Hüffer erinnerte kurz an den Verlauf der bisherigen Wahlrechtsabänderung; er führte aus, daß bis vor sechs Jahren Regierung und Nationalliberale noch darin einig gewesen seien, daß das direkte Wahlrecht nicht ohne Kautelen gegeben werden dürfe. Man könne es demnach auch der Ersten Kammer, die nicht so auf Volksstimmungen Rücksicht nehmen müsse wie die nationalliberale Partei, nicht verübeln, daß sie auch jetzt noch an solchen Kautelen festhalte. Man wolle zugeben, daß die Kautelen nicht in die Zweite Kammer gelegt werden, dafür müsse aber an der Erweiterung des Budgetrechts für die Erste Kammer festgehalten werden. An sich hält der Berichterstatter die Einführung des direkten Wahlrechts nicht für nötig und nicht für wünschenswert. Nötig sei es nicht, da der Landtag jetzt schon ein „getreues Spiegelbild“ der Volksstimmung gewesen sei. (Das ist heillosen Unfims: die Sozialdemokraten haben mit 72 000 Stimmen 6, die Nationalliberalen mit 108 000 Stimmen 24 Abgeordnete!) Wünschenswert aber sei das direkte Wahlrecht nicht, weil sonst die Sozialdemokratie zuviel Uebergewicht gewinne. Hier wiederholte der Redner sein Schaueremulde über die Sozialdemokratie, das schon aus dem schriftlichen Bericht wiedergegeben wurde. Es sei auch die Verstärkung der Ersten Kammer durch Vertreter des Handels und Handwerks nicht allzu freudig begrüßt worden, aber man habe alle diese Bedenken zurückgestellt und sich bereit erklärt, an der Wahlreform mitzuarbeiten, jedoch müsse unter allen Umständen an einer Erweiterung der Rechte der Ersten Kammer festgehalten werden. Schon jetzt könne gesagt werden, daß wenn die Zweite Kammer nicht auf eine Gleichstellung der Ersten Kammer mit der Zweiten im Hinblick auf die Einzelpositionen des Budgets und der Finanzgesetze eingehe, dann die Erste Kammer ihre Zustimmung zu der Reform nicht geben werde.

Ministerpräsident v. Brauer erklärte namens der Regierung, daß dieselbe mit den von der Kommission der Ersten Kammer vorgeschlagenen Änderungen: Stellvertretung für Standesherren und Kirchenvertreter, Stütz des Städteproporz, Vermehrung der durch den Großherzog zu ernennenden Mitglieder einverstanden sei. Das alles seien keine ausschlaggebenden Fragen bei der Reform. Viel wichtiger sei die Frage des Budgetrechts. Mit großem diplomatischem Geschick sucht nun der Ministerpräsident den „wichtigsten und höchsten Herren“ klar zu machen, daß sie doch eigentlich schon recht viel bekommen und daß sie unbeschadet ihrer Würde zugeben könnten, daß die Zweite Kammer bei Rechnungsbeschließungen über Budgetpositionen zuletzt maßgebend bleibe. Es sei ja der Ersten Kammer in Bezug auf finanzielle Dauergesetze (z. B. Steuergesetze etc.) volle Gleichberechtigung zugesprochen, was früher auch nicht der Fall gewesen. Mit einem Appell an die Vaterlandsliebe der Herren schloß der Minister.

Gen. Rat Dewald, Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, legt dar, daß die Verfassungsreform-Vorlage in der Kommission der Ersten Kammer zunächst keine günstige Aufnahme gefunden habe. Die Gesamttendenz der Reform habe keinen Anflug gefunden, man wolle das direkte Wahlrecht nicht. Auch der Gedanke, die Erste Kammer auf vollstimmlichere Grundlage zu bringen, habe keinen Anflug gefunden. Der Einwirkung der Regierung sei es zu danken, daß trotzdem die Reform in Angriff genommen worden sei. Redner selbst hält den Regierungsentwurf für eine sehr taugliche Grundlage; er stehe nicht an, das direkte Wahlrecht zu begründen, er sei auch von der Notwendigkeit seiner Einführung überzeugt. Er wolle nicht dem Berichterstatter folgen und tausendmal Gefagtes wiederholen, aber so viel stehe fest, das indirekte Wahlrecht sei zur leeren Form geworden, deren Lage ohnedies geklärt seien. Die Wähler seien mündig, man soll sie nun auch für mündig erklären. Redner fährt fort: Ich gehöre nicht zu denen, die es beklagen, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstag eingeführt ist, ich halte das vielmehr für eine Großthat Bismarcks. Ich besorge auch nicht, daß Sozialdemokraten dadurch in den Reichstag gekommen sind, die Volksvertretung würde ein unvollständiges Bild geben, wenn keine Sozialdemokraten darin wären; ebenso finde ich die Schilderung, welche der Berichterstatter von den Tendenzen dieser Partei gab, allzu düster. Die Mitarbeit der Sozialdemokratie ist vielmehr zu begrüßen, sie wirkt erzieherisch auf sie ein. (Umgekehrt ist es auch richtig! Diese Mitarbeit hat auch schon sehr erzieherisch auf unsre Gegner eingewirkt.) Redner geht dann im einzelnen auf den Entwurf ein. Er ist in vielen Punkten mit dem Entwurf der Zweiten Kammer einverstanden, bedauert aber die Verschlechterung des Wahlrechts zur Zweiten Kammer. Die Steuerrenten-Vermehrung wie die Karenzzeit gefallen ihm nicht und er müsse anerkennen, daß in der Zweiten Kammer viel Berechtigtes gegen diese Beschränkungen gesagt worden sei. Im übrigen bringt er die staatsrechtlichen Bedenken zum Ausdruck, welche neuerdings Gegenstand der Zeitungserörterungen sind und welche die Bestimmung über die Karenzzeit für den, der die Staatsangehörigkeit erwirbt, als im Widerspruch stehend mit Artikel 3 der Reichsverfassung betrachten. In Bezug auf das Budgetrecht geht er mit der Kommission völlig einig; die Erste Kammer solle nicht nur eine Stütze der Regierung sein und darum müsse sie innerlich völlig unabhängig und selbständig sein. Dazu gehöre aber die budgetrechtliche Gleichstellung mit der Zweiten Kammer. Zum Schluß erklärt sich Redner gegen jede Ausgaben-Initiative der Kammer und für die präventive Sicherung der Einnahmen, das heißt eine Bestimmung in der Verfassung, wonach Steuern und sonstige Einnahmen so lange erhoben werden können, bis ein Gesetz andres bestimmt. Dewald ist das Mitglied der Ersten Kammer, das erst die Verichterstattung über die Wahlreform übernehmen sollte, wegen der schlechten Aufnahme der Vorlage aber das Amt niederlegte.

Kammergentrat Sander, ein Großindustrieller, stellt sich ganz auf den Boden des reaktionären Berichterstatters und hält eine Rede gegen die Sozialdemokratie, die ihm zu international ist.

Herr Löwenstein-Wertheim-Rosenberg wünscht, daß die Erste Kammer unabhängig nach oben und unten sein möge. In der Specialdiskussion plaidiert dieser höchst internationale Standesherr, der auch in Oesterreich Besitzungen hat und gut Bescheid mit dem berühmten § 14 weiß, für berufständische Vertretung. Um damit einen Anfang zu machen, beantragt er, außer verschiedenen Berufsvertretern auch den gestrichenen Arbeitervertreter wieder in die Vorlage aufzunehmen. Der Antrag wird von keiner Seite unterstützt.

Es giebt eine ziemlich lebhaft Specialdebatte, doch wird an der Vorlage, wie sie aus der Kommission der Ersten Kammer gekommen, nichts geändert. Einige Professoren sind gegen das Stellvertretungsrecht der Standesherrn, da sonst der Adel und Großgrundbesitz die andern Mitglieder erdrücken.

Herr Löwenstein-Wertheim-Rosenberg verteidigt es sehr lebhaft; er sei zugleich Mitglied der Herrenhäuser in München und Stuttgart und könne doch nicht immer auf der Reise liegen. Den Einwand, daß es differierende Interessen der einzelnen Bundesstaaten gebe, will er nicht gelten lassen. Dieser Redner verlangt bei anderer Gelegenheit, daß die Erste Kammer nur aus erblichen und auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern bestehe, damit die Unabhängigkeit gegen die Krone wie gegen etwaige „Wähler“ gewahrt bleibe. Eine Auflösung der Kammer, weil sie der Krone nicht genehm ist, dürfe es nicht geben, denn die Kammer soll „nicht der Willkür der Regierung“ ausgehört sein.

In der Budgetfrage spricht sehr nachdrücklich Professor Zuhl-Seidelberg im Sinne der Ersten Kammer; die Herren Gelehrten fühlen sich offenbar geniert, weil das „Herrenhaus“ in dieser Beziehung zu wenig zu sagen hat. Die Standesherrn dachten wesentlich materieller, der Herr Löwenstein-Rosenberg führt als warnendes Exempel Stuttgart an, wo die Herren auch nicht viel zu sagen hätten. Man solle die Hand auf die Ämte der Gesetzgebung halten, damit bei einer künftigen Steuerreform die Progression nicht zu hoch werde. Hier mitzubestimmen dürfe sich die Erste Kammer, der große Besitz, nicht nehmen lassen. Schon der Berichterstatter hatte diesen demagogischen Trick probiert, er malte die Konfiskation des Vermögens durch hohe Steuerprogression an die Wand und sprach davon, daß in der Zweiten Kammer die Masse über den Geldbeutel der Auserwählten verfüge. Bei dieser Stimmung war es gar nicht notwendig, daß der Minister Schenkel ganz im Gegensatz zu v. Brauer die Herrenhäuser noch scharf zu machen versuchte, natürlich unter dem Schein, zum Frieden zu reden.

Die Reform wurde in der Fassung der Kommission mit allen gegen die Stimme des Anhängers der Berufsstände angenommen. —

Mirbach.

Geht er oder geht er nicht? — Dies gewichtige Problem erörtern die Zeitungen. Der „Berliner Börsen-Courier“ will wissen: er geht, und schon ist in der Person des Vice-Ceremonienmeisters v. d. Knefeler der Nachfolger des Oberhofmeisters erloren. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt zu wissen, daß „manche dem Oberhofmeister nahestehende Kreise“ mit ihm „derselben Auffassung über die notwendigen Konsequenzen der Enthüllungen der letzten Zeit sind.“ Aber das Residenzblatt des Oberhofmeisters, das „Potsdamer Intelligenz-Blatt“ weiß es anders. Es ist ein Laßal ohne Gleichen, zu erfahren, daß das Blatt des Herrn v. Mirbach sich — „Intelligenz-Blatt“ nennt. Dieses „Intelligenz-Blatt“ also, das „von bestinformierter Seite“ unterrichtet sein will, erklärt, Freiherr v. Mirbach denke gar nicht daran, sein Entlassungsgeheiß einzuschicken und es liege auch keine Veranlassung zu diesem Schritte vor.

Darauf wären die Erkrankungsmeldungen falsch oder verfräht. Allerdings: Der Kaiser ist zur Zeit abwesend und geht bald in die Erholung der Nordlandreise, so daß ihm wohl vorläufig der Fall Mirbach nicht vollständig vorgelegt werden kann.

Für unsere Beurteilung des Falles bleibt es natürlich nebensächlich, ob der Freiherr die Oberhofmeisterei fortbetreibt oder ob er geopsert wird und seine Methode bleibt.

Zunächst, so erzählt das Potsdamer Blatt weiter, hält der Freiherr in Potsdam kirchliche Sitzungen ab. —

„Post“-Orden.

Ein Gönner sendet uns einige Nummern des „Zeitungs-Verlag“, des Jahrgangs der deutschen (bürgerlichen) Zeitungsverleger. In jeder Nummer findet sich ein blauer Strich und jeder Strich soll uns offenbar beweisen, daß die „Post“ von Jahr zu Jahr mit dem wachsenden Verbrauch von kriminell bewährten Gentlemen thätigste immer vornehmer geworden ist.

Wir geben die lustigen Notizen nach der Zeitfolge wieder:

I.

Dem Chefredakteur der „Post“, Herrn W. Kronsbein, wurde vom Sultan der Großherrlich Türkische Osmanische-Orden verliehen. (Der „Zeitungsverlag“ vom 19. Januar 1901.)

Einige Zeit vorher hatte die „Post“ die zusammenbrechende Pommernbank im Sinne des Herrn v. Mirbach verteidigt. Vielleicht hat dies Verdienst den Sultan verzogen. Denn auch der Sultan weiß doch offenbar, „wozu man das giebt“. — „In der Türkei nennt man das Dadschisch“.

II.

Der Chefredakteur der „Post“, Herr Wilhelm Kronsbein, ist von der Universität Heidelberg zum Dr. phil. promoviert worden. Ferner wurde Herrn Dr. Kronsbein vom König von Serbien das Komturkreuz des heiligen Sava-Ordens verliehen. (20. Juli 01.)

Dem Verdienste um die Türkei gesellt sich jetzt das Verdienst um die Wissenschaft, die man in Heidelberg anerkennt und das Verdienst um den König von Serbien. Den armen König Alexander und seine Draga hat selbst diese opfermütige Belohnung der serbischen „Post“-Trene nicht vor dem Schicksal retten können, von den Offizieren grausam abgeschlachtet zu werden.

III.

Dem Chefredakteur der „Post“, Dr. Wilhelm Kronsbein, ist vom Kaiser von Oesterreich das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens verliehen worden. (16. April 1903.)

Welche der verschiedenen Nationen der habsburgischen Monarchie der „Post“ Förderung verdanken, läßt sich aus der Auszeichnung nicht erkennen. Aus der nachfolgenden Notiz ergibt sich, daß man Ungarn in Verdacht gehabt hat.

IV.

Herr Dr. Kronsbein hatte nicht nur den Redakteur, sondern auch den Verleger und Drucker der „Eisl. Zig.“ zu belangen versucht, ein Verfahren, das schon Entrüstung hervorruft, wenn es vom Staatsanwalt amtlich angewandt wird. Das Vorgehen des Redakteurs und Verlagsvertreters Dr. Kronsbein bedeutet eine Verleugnung eines wohlbegründeten journalistischen Grundgesetzes und verdient die Mißbilligung aller Kollegen.“ (4. Juni 1903.)

So urteilt das bürgerliche Jahrgang über die journalistischen Sitten der „Post“. Das Eislebener Blatt hatte angedeutet, die „Post“ sei von den Magyaren gelaust.

V.

In dem Verleumdungsprozeß des Chefredakteurs der „Post“, Dr. Kronsbein, gegen den Chefredakteur der „Eislebener Zeitung“, Zweck, ist der letzte Termin auf Antrag der Anwälte beider Parteien aufgehoben worden. Der Rechtsvertreter Dr. Kronsbeins hatte eine dem Beklagten nahestehende Persönlichkeit erlucht, auf einen Vergleichsabschluß hinzuwirken. Daraufhin eingeleitete Vergleichs-

verhandlungen scheiterten an der Weigerung des Beklagten, eine Erklärung abzugeben. — Der Prozeß ist erwähnenswert, weil hier ein Mitglied der Presse (!) gegenüber einem Kollegen (!) den „Kriegsgerichtsstand“ ausnützt. (29. Oktober 1903.)

Nach diesen selbst von bürgerlicher Seite verurteilten Proben des „Post“-Journalismus, wird man sich nicht wundern, wenn das Blatt die beste Empfehlung eines anrüchlichen Gewähmannes darin sieht, daß er sich als Polizei-Denkzettel vorstellt. Der Eislebener Prozeß wurde übrigens durch Vergleich erledigt, also daß über den Kronsbainischen Ordensorden nichts gerichtlich festgestellt wurde.

VI.

Der Chefredakteur der „Post“ Dr. Kronsbein hat sich durch seine Verdienste um das türkische Reich den Medschidie-Orden 3. Klasse zugezogen. (23. Juni 1901.)

Sogar das durchaus staatsberhaltende und neutrale Jahrgang der Zeitungsverleger beginnt — wie man sieht — die Verdienste der „Post“ um die Türkei zu verpöten. Sollte etwa Herr Kronsbein mit gekreuzten Beinen redigieren oder sonst zur Verbreitung türkischer Sitten im Abendlande beitragen?

Wir sind nunmehr völlig klar darüber, warum die „Post“ sich augenblicklich besonders um den Schutz Väterchens gegen „hochverräterische“ Schriften bemüht; Herr Kronsbein fehlt in seiner Ordensammlung noch ein russisches Kinderpielzeug. An ihm arbeitet er gegenwärtig und wir hoffen, daß das edle Werk zum Ziele führt. Die deutsch-nationale „Post“ für die Vertretung der Interessen der Türkei, Serbiens und Ungarns zeigt naturgemäß auch nach dem Ruhm, als des Jaren geistiger Hoflieferant durch ein glühendes Band der Liebe anerkannt zu werden. Mag Herr Kronsbein den Weg über den „Vorwärts“-Keller zu Väterchens Thron rasch finden. An seiner besten russischen Gefinnung kann niemand zweifeln. —

Der „Simplicissimus“ vor der Strafkammer zu Königsberg.

Wegen angeblicher Verleumdung Königsberger Polizeibeamten hatte sich am Dienstag vor der Strafkammer zu Königsberg der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Genosse Mar-Gionini, zu verantworten. Die Verleumdung sollte in einer von der „Volkszeitung“ abgedruckten, dem „Simplicissimus“ entnommenen Klaunderlei „Staatshoheit“ von Ludwig Thoma enthalten sein. Ludwig Thoma geißelt in prächtiger Art die Ausweisung russischer Studenten und die Haltung des Reichslanzlers in dieser Frage. Ferner schildert er die Skandale und die Verehrung dieses Mannes durch Wilow, der sich heute für diesen morgen für jenen begeistert und beide nicht kennt. Dann ist in der Klaunderlei noch die Rede von einem vertrauensseligen russischen Studenten, der aus Sibicien geflüchtet und nach Königsberg gekommen war, gerade zu der Zeit, wo man das Andenken Kantens feierte. Er wurde aber ergriffen und über die Grenze gebracht, denn „ein russischer Lump besah und ein preussischer Beamter gehörte“. In diesem Satz sollte die Verleumdung enthalten sein. Der Angeklagte behauptete, daß er den Artikel vorher gelesen habe und sich nicht bemüht gewesen sei, daß er eine Verleumdung der Polizei enthalten könnte. Ludwig Thoma habe nur eine Satire auf den Reichslanzler geschrieben und nicht im entferntesten daran gedacht, die Königsberger Polizei zu beleidigen. Der Ort Königsberg sei nur deshalb genannt, um eine Verbindung mit Kant und dessen Lehren in Bezug auf den Reichslanzler herzustellen. Auch sei der Satz, der die Polizei beleidigt haben soll, gar nicht für die Polizei beleidigend, denn bei den Russenbatten im Reichstage habe der Reichslanzler selbst zum Ausdruck gebracht, daß die preussische Polizei der russischen Polizei und ihren Helfershelfern bei der Handlung auf russische „Revolutionäre“ heftig sei.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Genosse Haase stellte den Antrag, den Dichter Ludwig Thoma vernehmen zu lassen, ob er die Absicht gehabt habe, die Königsberger Polizei zu treffen. Der Antrag wurde abgelehnt und der Genosse Marchionini wurde zu hundert Mark oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht sprach sich dahin aus, daß die Verleumdung eine sehr schwere wäre, und wenn der Angeklagte nicht bisher unbestraft gewesen wäre, hätte müssen auf Gefängnis erkannt werden. Es sei wohl zu glauben, daß Ludwig Thoma, als er den Artikel schrieb, nicht daran dachte, die Königsberger Polizei zu beleidigen. Anders liege es aber mit dem Angeklagten. Der habe wohl dadurch, daß er in Königsberg den Artikel abdruckte, sich der Verleumdung schuldig gemacht. Er mühte das Bewußtsein haben, mit demselben die Polizei in Königsberg zu beleidigen. Und deshalb sei er auch zu verurteilen gewesen. —

Kriegs-Wolust. Der „Kriegs-Specialberichterstatler“ des „Lokal-Anzeiger“ beginnt seinen Bericht vom Ende April aus dem Hauptquartier der ersten japanischen Armee, als diese im Begriff stand, den Jalu zu überschreiten, also:

„Sich ein Krieg ist wirklich etwas Wunderliches. Er hat seinen Jauber. Vielleicht mag man den Reiz, den er ausübt, dämonisch nennen. Beglücken läßt er sich nicht. Bei Tag und Nacht, zu jeder Stunde, im Wachen wie im Träumen, hat der Mensch jenes Gefühl freudig erregter Erwartung, in dem das Kind am Heiligabend hinter den noch verschlossenen Thüren jubelt: „O du frohliche, o du seltsame Weihnachtszeit.“ Immer denkt man, im nächsten Augenblick wird Großes sich ereignen — mit Blut und Eisen ein Kapitel Weltgeschichte geschrieben werden! Wächtig preist sich, wer dabei sein darf.“ Die tolle Lästerei zeigt, wie der Krieg die normale Geistesverfassung zerstört und die ekelhaftesten Verwerflichkeiten erzeugt. —

„Festschwindel“. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt: „Als ein wahrer Krebschaden, der an der öffentlichen Wohlfahrt nagt, stellt sich mehr und mehr... der Festschwindel heraus.“ Zur Veranschaulichung sei erwähnt, daß sich das Jumberblatt diese Bemerkung weder aus Homburg noch aus Kiel, sondern aus der — Schw eig schreiben läßt. Gott sei Dank, daß so etwas nur in Republiken vorkommen kann. —

Eine schwere Verleumdung des deutschen Heeres leistet sich das Kanonenblatt, die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Wir hatten gestern bemerkt, daß die Ausschreitungen in Sens thätigste vor- gekommen seien, nur seien sie nicht von hessischen Truppen verübt worden. Die Exzessanten in Sens seien nicht bloß Hessen, sondern überhaupt keine Deutschen gewesen, sondern Franktireurs oder Kommunisten, Gesindel und Genossen des „Vorwärts“, wie das nicht selten 1870/1871 in Frankreich der Fall gewesen ist.“

Wio: Ersten sind die Exzesse nicht wahr, und zweitens sind sie vom Gesindel begangen. Die Truppen, die nachweislich in Sens sich die schlimmsten Dinge zu Schulden kommen ließen, waren — Gesindel! Wir urteilen nicht so hart über deutsche Soldaten, wir sehen vielmehr in solchen Freveln nur die Folgen des Krieges, der alle Bestialität in den Menschen lebendig macht. Und wir sehen es allerdings als das schwerste Verbrechen an der menschlichen Kultur an, diese Bestialität noch zu schämen, indem man sie heuchlerisch leugnet und die Greuel abkündigend glorifiziert.

Wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nun gar zart andeuten, daß die Mörder von Sens, die ja gar nicht vorhanden sein sollen, socialdemokratisches Gesindel, „Vorwärts“-Genossen gewesen seien, so können wir diese Enthüllungen dahin ergänzen, daß auch Bismarck und Molke als Deustragte der Socialdemokratie den deutsch-französischen Krieg angezettelt haben, weil die „Vorwärts“-Genossen alles Interesse daran hatten,

wenigstens in Frankreich die Monarchie zu beseitigen und auf der anderen Seite die herrschenden Klassen in Deutschland moralisch zu ruinieren. Beides ist uns ja auch herrlich gelungen. —

Das gotteslästerliche Turnen. In Ruda (Oberschlesien) hat ein Lehrer eine Turnspiel-Vereinigung gebildet. Diese gymnastischen Übungen empfand der dortige Kurator Dgar als unläutere Konkurrenz gegenüber den frommen Turnspielen der Seele und er predigte von der Kanzel gegen das Teufelswerk.

Die Folgen der geistlichen Vermahnung schildert ein Rattowitzer Blatt wie folgt:

„Am Dienstag leistete sich ein Weib, als die Turnbrüder zum Turnen gingen, die Keuerung: „Da hat der Pfarrer gewarnt vor dem Turnverein und doch gehen die Vestien hin.“ Sogar ein Steinwurfbarmement wurde bei anderer Gelegenheit auf die Turnbrüder eröfnet, wobei ein Turner am Arme verwundet wurde, zugleich wurden ihm die Worte zugerufen: „Da kommt einer aus dem Lumpenverein.“ Auf dem Turnplatz, der durch ein Gitter abgegrenzt ist, wurden die Turner wiederholt mit Steinen beworfen und von den außenstehenden Zuschauern durch Schimpfreden belästigt. Ferner hat die Hege gegen den Turnverein dazu geführt, daß die Jugendspiele für die Kinderabteilung am Mittwochnachmittag wegen Mangel an Beteiligung ausfallen mußten.“

Wenn diese Darstellung richtig ist, so zeigt das wiederum, daß Oberschlesien das Herkule Saarabien ist. —

Landesverrats-Prozeß.

Leipzig, 6. Juli. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann heute die Verhandlung gegen den Schloffer Julius Davot aus Uedingen bei Diedenhofen wegen Spionage. Die Anklage behauptet, daß Davot acht photographische Aufnahmen der Festung Diedenhofen an die französische Regierung geliefert habe. Davot bestreitet, schuldig zu sein. Der Angeklagte soll in Weh Schlofferarbeit angenommen haben, um Zutritt zu den Forts zu haben. Es wurden bis gegen Mittag 16 Zeugen vernommen. Polizeidirektor Jahn-Strasburg, Polizeikommissar Weismann-Montigny und Wachmeister West-Weh erklärten, nur in nicht öffentlicher Sitzung Aussagen machen zu dürfen. Der vom Ober-Reichsanwalt beantragte Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit wurde beschloffen. Am Donnerstag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Bairisches. Nach dem „Frankfurter Courier“ soll der wiederholt gemeldete und wiederholt besrittene Rücktritt des Kriegsministers Freiherrn v. Aisch nach dem Landtagschluss bestimmt erfolgen. Als sein Nachfolger wird der Augsburger Divisionär v. Reichlin-Waldegg genannt, an dessen Platz dann der bekannte Militär-bevollmächtigte Bayerns beim Bundesrat Generalmajor v. Enders treten soll.

Der Rücktritt des Kriegsministers hat seine Ursache in den Vorgängen aus Anlaß des Falles des Einjährigen Eras, für den sich der Abg. Blicher vertraulich beim Kriegsminister zu verwenden suchte; der Kriegsminister hatte aber den Fall zur militärgerichtlichen Untersuchung weitergegeben. —

Zweikampf und Selbstmord. Aus Weh wird vom 5. Juli berichtet: Vor dem Kriegsgericht der 8. bairischen Infanteriebrigade hatte sich der Oberleutnant Waldwin Hagen vom 8. bairischen Infanterieregiment wegen Zweikampfes mit tödlichen Waffen zu verantworten. Während der Verhandlung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte hatte mit einem Kameraden einen Wortstreit, der in Verleumdungen ausartete. Hagen forderte infolgedessen seinen Gegner auf Pistolen. Der Kampf wurde auf dem Exercierplatz von Jrescati ausgetragen, hatte aber einen unblutigen Ausgang. Der Angeklagte wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Leutnant Karl Häsch vom 4. bairischen Infanterieregiment hatte kürzlich mit dem Vicefeldwebel Müller einen Wortwechsel, der so weit ausartete, daß der Leutnant den Vicefeldwebel wegen Achtungsverletzung meldete. Da nun der Leutnant sich früher in verlegender Weise über seine Vorgesetzten geäußert haben soll, so machte Müller seinerseits Meldung hiervon, und der Leutnant, der hierdurch seine Karriere gefährdet sah, erschoss sich in der Nacht zum Sonntag in seinem Zimmer in der Kaserne. In das Garnisonlazarett zu Montigny gebracht, verstarb er bald. —

Aus Südwestafrika

kommt die Nachricht von der „Gefangennahme“ eines Händlers Namens Wallace, der von den Hereros gefangen mitgeschleppt, aber am 8. Juni entkommen sein will. Nach seiner Darstellung befindet sich eine Hauptmacht der Hereros unter Samuel Maharero an den Nordabhängen des Waterbergs zwischen Waterberg und Dabi. Ein amtlicher Bericht Trothas hierüber ist in der gestrigen Nummer unter „Depeschen“ bereits mitgeteilt.

Einen ausführlicheren Bericht hat der Hauptmann Dann-Hauer, der Berichterstatter der Scherl-Presse, gesandt:

„Okahandja, 6. Juli. Der Händler Wallace wurde hier gerichtlich vernommen. Er ist ein Mann Ende der 50er Jahre, von englischer Abkunft und mit einer Hererosfrau verheiratet, die aber jetzt bei den Hereros in Waterberg untergebracht ist. Er bestreitet entschieden, mit Samuel verwandt zu sein. Wallace treibt Handel in Ohmnteije und erklärt, er wäre bei Ausbruch des Aufstandes von den Hereros vollständig ausgeplündert, gewaltsam fortgeführt und von Ort zu Ort gefangen mitgeschleppt worden. Erst zu Anfang Juni sei er auf seine klandigen, bis dahin vergeblichen Bitten an Samuel freigegeben worden. Darauf verließ Wallace gemeinsam mit Frau Bremen und Frau Rosoff Waterberg. Die erstere ist eine Kapstadinerin, die zweite eine Herero, beide sind jedoch mit weißen Männern verheiratet. Der Händler Bremen ist beim Ausbruch des Aufstandes ermordet worden. Die Frauen werden heute hier noch vernommen werden. Nach Aussage des Wallace wollen die Hereros noch entschiedenen Widerstand leisten. Samuel mit allen Großleuten und Wochleuten mit 5000 Stück Großvieh stehen an allen großen Weiden an den Abhängen des Waterbergs. Wallace schätzt die Stärke der Hereros auf 25000 Mann, von denen mindestens 2000 Kriegerleute mit Gewehren sind. Interessant ist, daß Wallace, der ruiniert und ohne Mittel sein will, auf Unterstützung der deutschen Regierung rechnet. Vorläufig bleibt er in Haft. Die Abteilung Klaffenapp ist auf Dittre abmarschiert. Starke Patrouillen Etorffs, Heydes und Klaffenapps, sämtlich unter landesüblichen Offizieren, sowie Witboi- und Bastard-Abteilungen klären die Gegend von Omurambo bis Waterberg auf.“

Die Belundungen des Wallace über die Stellungen und die Stärke der Hereros enthalten nichts besonders Neues. Dagegen verdient der Schlusssatz der Meldung Trothas, daß begonnen worden sei, die Rolle von Swalopmund zu verlängern, einige Beachtung. Was diese „Verlängerung“ auf sich hat, wird durch folgenden Bericht der „Admissionen Zeitung“ illustriert:

„Die Rolle in Swalopmund, über deren mangelhaften Zustand schon mehrfach berichtet wurde, ist nunmehr nach neueren Nachrichten durch den schweren Seegang der letzten Wochen derart beschädigt worden, daß die Landung der Truppen und des militärischen Materials die größten Schwierigkeiten bietet, und die fortwährende Modifizierung nur sehr langsam vor sich gehen kann. Der Seegang war so stürmisch, daß eine Anzahl Leichter, die die Wörmann-Linie zur Bewältigung des Verkehrs eilig nach Swalopmund hatte kommen lassen, durch Strandung unbrauchbar geworden sind. Es sind an der Rolle wahrscheinlich sehr kostspielige Ausbesserungsarbeiten notwendig.“

„Und immer mehr, und immer mehr, und immer mehr — Millionen!“ kann man also den Herwegh'schen Vers variieren. Nicht weniger als 7 Millionen soll überdies auch das Reich als Entschädigungen für die Farmer und Händler berappen. Nach einem Telegramm der „Deutschen Kolonialzeitung“ hat in Wundhul am Sonntag, den 3. Juli, in Anwesenheit des Gouverneurs Oberst Leutwein eine Versammlung der Abteilung Wundhul der Deutschen Kolonialgesellschaft stattgefunden. Dr. Korbach hielt einen Vortrag über die vom Aufstand hervorgerufenen Schäden. Er schätzte sie auf Grund des von ihm bearbeiteten Materials auf insgesamt 7 Millionen. Davon sind Schäden der Farmer 3 1/2 Millionen, der Kaufleute 2 1/2 Millionen, kleinere Verluste 1/2 Million, von ermordeten Farmern 1/2 Million, Händler 1/2 Million.

Unser maderer Reichstag wird ja erst einige Schwierigkeiten gegen die Bewilligung dieser Summe machen, aber schließlich wird er der Forderung doch zustimmen. Die kolonialpolitische Majorität kann ihre Kolonialpolitik doch nicht selbst desavouieren. Sie möchte sich denn auf den Standpunkt stellen, daß die Kolonialisten die Katastrophe selbst verschuldet hätten, aber von dieser Auffassung ist man in diesen Kreisen längst zurückgekommen. Ueber die Missionarsentfaltungen glaubt man bereits Gras gewachsen, jetzt tobt man nur noch gegen die rebellischen „Schwarzen Westien“. So läßt das „Leipziger Tageblatt“ den christlichen Seufzer vernehmen: „Wir sind noch immer recht weit davon entfernt, Herrn Samuel Maharero und andern Selbsterlöser die redlich verdiente häusliche Krawatte umzuliegen.“

Schlimmer noch als in diesem Rohheitsausbruch offenbart sich der moralische Segen der Kolonialpolitik in dem Vorschlag des Majors v. François in dem „Militär-Wochenblatt“, den Hereros dadurch Schaden zuzufügen, daß man mit Ablicht Gewehrpatronen verliere, die mit Dynamit gefüllt sein müßten. Auf diese Weise würden die Rebellen ihre Gewehre und ihre gesunden Gliedmaßen einbüßen. Einem so „barbarischen“ Feind gegenüber müsse auch ein solches Verteilungsmittel als erlaubt gelten.

Soweit haben's selbst die Engländer in ihrer kolonialen Kriegsführung nicht einmal gebracht! Wir machen also geradezu reichende Fortschritte in der „Weltpolitik“. —

Ausland.

Frankreich.

Paris, 5. Juli. Die Untersuchungskommission in der Karthäuser-Angelegenheit wählte den Deputierten für Algier, Colin, zu ihrem Berichterstatter und nahm dann die Prüfung des Tagebuchs Mascaraud vor. Diefes ergab, daß Mascaraud in der Zeit nicht von Paris abwesend war, während welcher er nach den Angaben Cendres bei den Karthäusern gewesen sein sollte. Mascaraud erklärte, er werde alles thun, um Gerechtigkeit zu erlangen, und er sei bereit, zum Prior der Karthäuser zu gehen, wenn man ihn dahin begleiten wolle. Die Kommission vertagte darauf die Debatte hierüber bis morgen.

Wie verlautet, waren die Kommissionsmitglieder einstimmig in der Anerkennung, daß Emil und Edgar Combes vollständig außerhalb des Rahmens der Angelegenheit gestellt werden müßten. Der Berichterstatter Colin wurde beauftragt, in seinem Bericht dem Vedauren darüber Ausdruck zu geben, daß der Ministerpräsident geglaubt habe, in der Deputiertenkammer von dem Versuche einer Versteckung sprechen zu müssen, während doch die Zeugenaussagen ergeben hätten, daß ein Schritt in dieser Richtung bei Edgar Combes nicht unternommen worden sei. —

Italien.

Rom, 6. Juli. „Popolo Romano“ meldet, in Messina seien gestern auf einen aus Rom ergangenen Befehl der Kapitän des Militärbezirks Cecolese und eine Frau Namens Jania wegen Hochverrats verhaftet worden. Sie sollen die Mobilisationspläne für die Verteidigung Siziliens nach dem Auslande ausgeliefert haben. —

Nizien.

Die Tibet-Expedition. Nach ergebnislosem Ablauf des Waffenstillstandes zwischen der englischen Expedition und den Unterhändlern des Dalsai-Kama haben die Feindseligkeiten wieder begonnen. Die Engländer schossen das Dorf und Kloster Besan in Brand. Der bevorstehende Kampf gegen die Stellung der Tibetaner bei Ghangtse wird als ein schwerer angesehen. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureau“ vom 6. d. Mts. haben die englischen Truppen das tibetische Post gestürzt. Die Verluste sind unerheblich. Soweit bekannt, ist ein Offizier gefallen. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Ein Zusammenstoß mit der Wladivostok-Flotte?

Peterburg, 6. Juli. Die Russische Telegraphen-Agentur meldet aus Kiautschang vom 5. Juli: Hier ist das Gerücht verbreitet, daß das Wladivostok-Geschwader heute nördlich von Genlan japanischen Schiffen begegnet sei. Es habe sich ein heißer Kampf entsponnen, der für die Russen gänzlich endete.

Die Meldung ist mit der sehr unverbürgten Nachricht gegenüber stets angebrachten Nejerde aufzunehmen.

Durchfahrt russischer Schiffe durch die Dardanellen.

Konstantinopel, 6. Juli. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Schiffe der russischen Freiwilligen-Flotte Petersburg und Drel passierten vorgestern beziehungsweise gestern, aus dem Schwarzen Meer kommend, den Bosporus und die Straße der Dardanellen. Ebenso passierte heute das Schiff Smolensk den Bosporus und die Straße der Dardanellen. Die Bestimmung der Schiffe ist unbekannt.

Die drei Schiffe sind zwar nicht Kriegsschiffe im eigentlichen Sinne, es sind Schnell dampfer, die im Kriegsfall als Hilfskreuzer verwendet werden. Alle drei Schiffe sind Doppelschraubendampfer; die „Drel“ (1889 gebaut) hat ein Displacement von 5074 Tonnen, die „Petersburg“ (1894 gebaut) ein solches von 5432 Tonnen und die „Smolensk“ (1900 gebaut) ein solches von 7270 Tonnen. Letztere läuft zwanzig, die beiden anderen Schiffe neunzehn Knoten. Nach dem den Großmächten am 16. September 1891 mitgeteilten russisch-türkischen Nachtragsabkommen zum Dardanellen-Vertrag dürfen die Schiffe der freiwilligen Flotte Russlands, sofern sie die Handelsflagge führen, die Dardanellen frei passieren, und wenn sie Sträflinge oder Soldaten an Bord haben, haben sie der Pforte davon einfach Anzeige zu machen, ohne daß die Pforte berechtigt wäre, deshalb die Durchfahrt zu behindern.

Vermutlich werden sich die Schiffe nach der Dstee begeben, um sich mit dem Kriegsgeschwader zu vereinigen, das — wann ist allerdings eine andre Frage! — nach Ostasien auslaufen soll.

Neue russische Mobilmachungen.

Peterburg, 6. Juli. Die heutige Nummer der Befehlssammlung veröffentlicht einen kaiserlichen Ukas, durch den gemäß dem Mobilmachungspläne zur Vervollständigung des Mannschaftsstandes der kaiserlichen Kriegsschiffe alle noch nicht einberufenen Marinereferenten der Gouvernements des europäischen Russlands mit Ausnahme Orenburgs und Simlunds zum aktiven Dienst einberufen werden. Ferner werden für die Bedürfnisse von Sewastopol die Referenten der Dongebietsbezirke Taganrog und Rostow und von vier Kreisen des Gouvernements Cherson einberufen.

Russische Briefe vom Kriegsschauplatz.

Die Redaktion des russischen „Iskra“ hat uns zwei noch nirgends veröffentlichte Privatbriefe aus dem Kriegslager im fernem Osten zur Verfügung gestellt, die einen Einblick hinter die Coulissen namentlich der Alerjewischen Wirtschaft gewähren.

In dem einen Brief aus Liaojang vom 17. 30. Mai heißt es:

Die russische Krone ist bei Jalu besiegt worden, dank erstens, dem Uebergewicht der japanischen Strategie, zweitens, der japanischen Artillerie, drittens, der ausgezeichneten Qualität des japanischen Offizierscorps und endlich, der bewundernswürdigen Tapferkeit der japanischen Soldaten. Die Ueberlegenheit der japanischen Armee ist jetzt auch von engerem Feldquartier anerkannt worden, während man im Hauptquartier immer noch bei der eignen Meinung bleibt. In der Schlacht vom 18. April (1. Mai) ist das 22. Regiment mitant der Fahne von den Japanern gefangen genommen worden. Den Feldennut des 17. Regiments kann man freilich nicht in Abrede stellen. Im ganzen aber trug der Rückzug der Russen vom Jalu nach Fongwanfchong den Charakter einer chaotischen Flucht von Menschen, die vom panischen Schrecken ergriffen waren. Augenzeugen der Schlacht und des Rückzugs berichten darüber die düstersten Szenen.

Auropatkin hat den Flügeladjutanten Hauptmann Fürst Wassiltschakow als Kurier an den Jaren abgeandt, um ihn über die kritische Lage im Osten Vortrag zu halten. Diese Lage wird noch verschlimmert durch die Anwesenheit und Einmischung des Statthalters Alerjew, der entschieden zu den bösen Genien des Hauses Romanow zu gehören scheint. Während das Quartier Auropatkins ein reines Militärquartier, stellt dasjenige Alerjews ein Sammelmiscium von allerhand dubiosen Abenteuriers dar, das seines Hauptes durchaus würdig ist. Intriguen, Spionieren hinter Auropatkin und seiner Partei. Zwietrachtigkeiten zwischen den Generalen, Erfinden immer neuer polizeilicher Maßnahmen gegenüber der Armee, und, in den Intervallen dieser „harmlosen“ Beschäftigung, Orgien mit Vertreterinnen der internationalen Demimonde — das ist nur ein schwaches Bild des Treibens am Hofe seiner Majestät des Sarcapen im fernem Osten. Mademoiselle Yuen, die nicht mehr jugendliche „Freundin“ Alerjews, die bis zur Finisse die Kunst erlernt hat, Alerjew stets bei munterer Laune zu erhalten, ist die Königin dieser Welt des Cash-Chantant. Die Stabsoffiziere haben ihre Gattinnen längst nach Rußland geschickt und sich nun, der hier herrschenden Atmosphäre anpassend, mit andern „Freundinnen“ versehen, die aus Wulden, Shanghai, Tschifu, Jnsou und sogar aus Nagasaki an den Hof des Statthalters gezogen sind. Bei dem Rückzug nach dem Norden werden alle diese Damen wahrscheinlich dem Hauptquartier folgen. . . .

Nach schrieb schon im vorigen Briefe von den Maßnahmen, die Alerjew gegenüber den russischen Kriegskorrespondenten verfügt hat. Diefelben Maßnahmen sind auch auf die ausländischen Korrespondenten angewendet worden. Hier eine kleine Probe von ihrer Lage. Die fremden Korrespondenten treffen in der Frühe in Liaojang ein. Man bewirkt sie um 1 Uhr mittags mit einem feinen Frühstück, mit Champagner und Toastreden, und um 3 Uhr nachmittags werden sie dringend „gebeten“, in dem für sie bestimmten Wagen des Eisenbahnzuges Platz zu nehmen, um die Reise nach Wulden und noch weiter nach dem Norden anzutreten. Die Erlaubnis, nach Liaojang zu fahren, war aber vom Statthalter selbst gegeben! Diese Geschichte wird übrigens noch ein Nachspiel haben.

Die Hinrichtung des japanischen Hauptmanns Jo-schi-ko und des Kapitäns No-ki in Chabin hat auf die Krone-Offiziere den niederdrückendsten Eindruck gemacht. Allgemein wurde erwartet, daß sie von dem Statthalter begnadigt würden. Das Verhalten der Beurteilten bei der Hinrichtung war von wunderbarem Heldennut. Die russischen Offiziere, die bei der Exekution zugegen waren, haben auch ihren japanischen Kameraden die gebührende Achtung gezollt. Bevor den Beurteilten die Augen verbunden wurden, salutierte alle 300 russischen Offiziere mit ihrem Kommandanten an der Spitze militärisch. Diese Stimmung wurde übrigens von Alerjew als eine „Demonstration“ aufgefaßt und er wollte sogar eine regelrechte „Untersuchung“ gegen die Offiziere anordnen, ist jedoch durch das Zureden seiner Umgebung von dieser Idee abgebracht worden.

Ueberhaupt ist die russische Krone mit Spionen überfüllt, die jedem Schatten einer revolutionären Stimmung nachspüren. Im Ueberdies, mit dem man nach dem „inneren Feind“ schnüffelt, verfährt man natürlich nur zu oft der nachwürdigen Erscheinung nachzugehen, daß die besten Säulen der „Ordnung“ nicht selten als Verräther von Nachrichten aus dem russischen Lager an den japanischen Generalstab fungieren. So ist im April in Liaojang ein russischer Stabsoffizier wegen Auslieferung von Nachrichten über die Stärke und Dislokation der russischen Armee an die Japaner hingerichtet worden. Im gleichen Monat ist der Kapitän Nikolajew in Kowos-Ussurijel wegen Uebergabe von Aufnahmen der Detachisten und der Anhöben von Wladivostok bis Kowos-Ussurijel verhaftet worden. Endlich gleichfalls im April wurde der Konteradmiral Fürst Li-chi-om-ki verhaftet: Es hat sich herausgestellt, daß aus seinem Hofort die Pläne der russischen Minenlegungen an die Japaner ausgeliefert wurden. Sein Adjutant ist denn auch glücklich nach Amerika verduftet, wobei er die Kasse des Port Arthur-Geschwaders mitgenommen haben soll. —

Der andre Brief ist von einer Schwester von der Sanitätskolonne des roten Kreuzes und enthält die folgende interessante Stelle:

... Vor Ungewißheit und Bitterkeit, die hier herrschen, fange ich an zu verzweifeln. Denken Sie sich, wir werden ja schon wieder berseht! (Es folgt die detaillierte Beschreibung der Einrichtung zweier Feldlazarette an zwei Eisenbahnstationen in der Nähe Liaojangs.) Und nun — heißt es weiter im Briefe —, nachdem wir fast alles eingerichtet und die Sachen bereits ausgespacht haben, erhalten wir eine neue Disposition, nach der beide Lazarette wieder auf einer Station vereinigt, auf der andre aber, wo fast alles fertig ist, die Einrichtung einer andern Sanitätskolonne übergeben werden soll. Nun heißt es: wieder einmal alles zusammenpacken, ausladen usw. Die Schweltern verzweifeln, daß sie zu der eigentlichen Krankenpflege gar nicht herankommen. . . . Gestern ist hier Herr N. N. (ein Vervollmächtigter) aus Liaojang zurückgekehrt, er erzählt, daß Auropatkin und Alerjew einander nicht um ein Haar breit nachgeben wollen; der eine wolle die Japaner zurückschlagen, der andre — sie weiter ins Land hineinschleppen, es giebt die widersprechendsten Pläne. . . . Rauf und Streit giebt es allenhalben zwischen allen Behörden. Gestern traf hier auf dem Rückwege der Hauptmann J. ein, der aus Liaojang geschickt wurde, die Wehmagazine der Intendantur in Angensheim zu nehmen; es stellt sich heraus, daß das Wehl durch den Regen durchweg unbrauchbar gemacht worden ist. J. erzählt, in Liaojang führten die höheren Offiziere ein so opulentes Leben, daß man es kaum für möglich hält, daß in der Nähe Lauernde von Menschenleben zu Grunde gehen. — Der Transport der Verwundeten auf den zweiträdriigen chinesischen Karren ist ein Martyrium; viele Kranke ziehen es vor, zu Fuß zu marschieren.“

Soziales.

Eine famose Rechtsfertigung der skandalösen Behandlung der Berichterstatter auf dem Moskauer Kerztetage versenden der Generalsekretär des Deutschen Kerztetages und der Vorsitzende des Verbandes der Kerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Etwas — Raibers als dies Schriftstück läßt sich kaum denken. Die angebliche Rechtsfertigung giebt zunächst nach dem offiziellen Stenogramm die strittige Stelle der Rede des Dr. Mayer's fälsch wieder. Sie lautet danach:

„Es hat alles nach Selbsthilfe gefächert — bei den Kassen, nicht bei uns — und nachher, wie sie haben, daß es damit auch nicht so rasch ging, wie es bei uns auch nicht so rasch ging, kam das Wort „Staatshilfe“ wieder herein. Die haben also genau daselbe durchgemacht, wie wir, bloß angefaßt unsrer Einigung ein klein bißchen schneller, wie wir. Diese Selbsthilfe ist natürlich in keiner Weise zu unterschätzen, und es ist sehr zu bedauern, daß der Kampf da und dort schon Phasen angenommen hat, denen wir beinahe insofern nicht mehr gewachsen sind, als wir nicht hemmen können, daß er Wahne einschlägt, die in der That uns

selbst nicht angenehm sind, nicht im Interesse von uns, sondern im Interesse der Socialgesetzgebung. Die Geschichte eines Boykotts a la Leipzig ist meines Erachtens nach fast eine unmoralische Geschichte. (Widerspruch.) Reinen's net? (Weiterleit.)“

Hierzu macht dann das Rechtsfertigungsschreiben folgende scharfsinnigen Anmerkungen:

„Man darf wohl annehmen, daß jeder gebildete Zeitungsläser, und hierzu rechnen wir alle diejenigen, welche berufsgemäß sich mit Berichterstattung für die Presse beschäftigen, wissen mußte (das Zeitgedruckte ist auch im Original seit gedruckt. Red.), daß schon seit einer Reihe von Wochen in Leipzig von seiten der Leiter der dortigen Socialdemokraten ein Boykott gegen einen Teil der früheren, jetzt wieder rechtmäßig als solche eingeleiteten Stassenärzte ins Werk gesetzt worden ist.“

Dies mußte also auch Herr Friedländer wissen, der seit zwanzig Jahren Berichterstatter ist, und ebenso die übrigen drei anwesenden Vertreter Berliner Korrespondenzbureaus.

Ebenso mußte Herr Friedländer wissen, daß nicht die Leipziger Kerzte irgend jemand, also auch nicht die Krankenkassen, bezw. die Leipziger Orts-Krankenkasse, zu irgend welcher Zeit „boykottiert“ haben.

Und endlich mußte er wissen, daß die Behauptung: die Leipziger Kerzte hätten zu irgend einer Zeit, und insbesondere während ihres Kampfes gegen den Vorstand der Leipziger Orts-Krankenkasse „standesunwürdig“ gehandelt, einen gänzlich unberechtigten und schwer beleidigenden Vorwurf gegen die Leipziger Kerzte enthält, der ihrem Kollegen, dem offiziellen Referenten des Kerztetages, Herrn Hofrat Dr. Mayer, gar nicht in den Mund hätte kommen können!“

Wir brauchen demgegenüber nur zu citieren, was die „Frankf. Zeitung“ zu diesen wunderbar logischen Ausführungen sagt. Sie schreibt:

1. Herr Hofrat Dr. Mayer hat sich thatsächlich sehr unklar ausgedrückt. Zugegeben, daß er das sagen wollte, was die uns vorliegende Erklärung behauptet, so geht es doch aus dem Wortlaut nicht ohne weiteres hervor. Auch der gebildete Zeitungsläser kann da im Zweifel sein, und jedenfalls gab es unter den in Kostock versammelt gewesenen Kerzten eine Anzahl, die nach der Meinung der Doktoren Heinze und Hartmann nicht zu den gebildeten Zeitungsläsern gehören, denn eine Anzahl Kerzte hat dem fraglichen Sage des Herrn Hofrat Mayer durch Jurufent-schieden widersprochen, was sie natürlich nicht gethan haben würden, wenn sie ihn richtig verstanden hätten.

2. Wer sich mit der Kerzte- und Kassenfrage beschäftigt, muß allerdings wissen, daß in der letzten Zeit zu Leipzig ein Boykott gegen dortige frühere Stassenärzte ins Werk gesetzt wurde. Wer sich mit der Kerzte- und Kassenfrage beschäftigt, muß aber auch wissen, was den Doktoren Heinze und Hartmann nicht bekannt zu sein scheint, daß nämlich schon vorher ein Boykott der Leipziger Kerzte gegen die Leipziger Orts-Krankenkassen-Mitglieder ins Werk gesetzt wurde. Als Orts-Krankenkasse und Kerzte in Leipzig sich nicht einigen konnten, haben die dortigen Kerzte erklärt, Krankenkassen-Mitglieder überhaupt nicht, auch nicht als Privatpatienten zu behandeln. Das ist ein veritabler Boykott, und es ist nicht wahr, daß die Leipziger Kerzte „nicht irgend jemand zu irgend welcher Zeit boykottiert haben.“ Herrn Friedländer war dies wahrscheinlich bekannt, und so konnte er glauben, daß Hofrat Mayer den Boykott der Kerzte gegen die Kasse, nicht den andren meine.“

Des weiteren behauptet das Rechtsfertigungsschreiben, daß der Berichterstatter Friedländer, auf die „Unwahrheit“ seines Berichtes aufmerksam gemacht, erklärt habe, „daß er bereit sei, eine von uns zu liefernde Gegenerklärung zu bringen, daß er aber aufrechterhalte, was er berichtet habe“. Erst daraufhin sei er aus dem Sitzungssaale ausgewiesen worden, und das sei mit vollem Recht geschehen.

Auch hier muß jedoch die andre Seite gehört werden. Die Vertreter der vier Korrespondenz-Bureaus, die in Kostock anwesend waren, schildern den Vorgang in einem neuerlichen Schriftstück folgendermaßen:

„Die Kollegen Friedländer und Bürger, letzterer als Vertreter der Korrespondenz Herzberg, waren zunächst in Sitzungssaale anwesend. Als der Kollege Cordel den Saal betrat, stürzte sich gerade eine Anzahl von Kerzten in Leidenschaftlichster Erregung auf Herrn Bürger, den man irrtümlich für den Verfasser des beanstandeten Berichtes hielt. Endlich traf man den Mächtigen. Die „Kaus!“-Rufe, die schon vorher vereinzelt erkörnten, erschallten jetzt von allen Seiten. Verschiedentlich hörte man Bemerkungen fallen, daß nicht nur der beanstandete Satz, sondern überhaupt der ganze Bericht „Blödsinn“ sei. Der inzwischen erschienene Kollege Schweder veranlaßte Friedländer, den Saal des Vorstehenden auszurufen. Bei der ganz kurzen unter tumultuarischer Erregung und heftigen „Kaus!“-Rufen vor sich gehenden Vespresung des Kollegen Friedländer mit Herrn Professor Löbber rief letzterer dem Kollegen zu, daß der ganze Bericht vollständig falsch sei; wenn er das nicht zugebe, fordere er ihn aus, sofort den Saal zu verlassen. Als hierauf Friedländer erwiderte, daß er das nicht zugeben könne, aber einen etwaigen Irrtum berichtigen wolle, rief der Generalsekretär Dr. Heinze-Verlin: „Der Bericht ist überhaupt nicht zu berichtigen, jedes Wort ist falsch, machen Sie, daß Sie rauskommen! Kaus! Kaus! Kaus!“ Weitere Auseinandersetzungen schmit Professor Löbber ab, indem er Friedländer unter nicht mißzuverstehenden Armbewegungen zurief: „Ich fordere Sie auf, den Saal zu verlassen! Kaus! Kaus!“ Als der Kollege Cordel sich nimmere gleichfalls zum Verlassen des Saales anschickte, rief ihm Professor Löbber zu: „Auf Sie Bezieht sich der Ausschluß nicht!“ Er erhielt die prompte Antwort: „Ich erkläre mich aber mit dem beleidigten Kollegen solidarisch!“ Jetzt brach der Sturm erneut los. Unter tosenden „Kaus!“-Rufen, an denen sich der Vorsitzende, Professor Löbber-Vochum, beteiligte, verließen die übrigen Korrespondenten den Saal.“

Die „Frankfurter Zeitung“ zieht schließlich noch einen Vergleich zwischen dem Verhalten der Standesbewachten und dem der „roten Kotte“ unter ähnlichen Umständen. Sie schreibt:

„Wir wollen nur noch eines erwähnen. Vor ein paar Jahren passierte demselben Herrn Friedländer ein Irrtum bei der Berichterstattung über den socialdemokratischen Parteitag in München. Er ließ in seinem Bericht Uner etwas sagen, das für ihn mindestens die Bedeutung hatte, wie das „standesunwürdig“ für Hofrat Mayer. In der nächsten Sitzung erhob sich Uner, erklärte, daß er mißverstanden worden sei, und ersuchte den Berichterstatter zu berichtigen. Das geschah denn auch, und damit war die Sache glatt erledigt. Also auf dem socialdemokratischen Parteitage wird der Berichterstatter höflich auf einen Irrtum aufmerksam gemacht, vom Kerztetage wird er hinausgeworfen. Das ist der Unterschied. Und das thaten in Kostock dieselben Herren, die einen ärztlichen Kollegen nicht weiter reden ließen, als er sich erlaubte zu bemerken, daß es sozusagen keine Schande sei, Socialdemokrat zu sein.“

Ob die Herren jetzt aufhören werden, sich immer tiefer in die Tinte hinein zu „berichtigen“?

Zur Berichtigung von Drei-Erkrankungen.

Der Staatssekretär des Innern Graf Vosadovsky hat den Bundesregierungen einen „Entwurf von Bestimmungen zur Berichtigung von Drei-Erkrankungen der Maler, Kunstreicher und Padierer“ mit dem Ersuchen um eine Keurherung darüber zugehen lassen, ob Bedenken gegen den Erlaß dieser Vorschriften bestehen.

Die Bestimmungen sollen sowohl für den Betrieb des Maler- und Anstreicherwesens mit seinen vielfach wechselnden Arbeitsstätten als auch für solche gewerbliche Anlagen gelten, in denen Maler- und Anstreicherarbeiten im Zusammenhang mit einem anderen Gewerbebetriebe (Werken, Waggonfabriken, Wagenbau-Anstalten, Möbelfabriken, Tischlereien usw.) ausgeführt werden.

Von einem Verbote der Verwendung des Bleiweißes sieht, so meldet die „Berliner Korrespondenz“, der Entwurf aus volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen ab. Eine Befreiung der Maler durch bleihaltige Stoffe findet nur bei einem Teile ihrer Arbeiten statt. Neben der Entwicklung von bleihaltigen Stauhe die hauptsächlich Gefahr bei der Verarbeitung von bleihaltigen Farbstoffen darin, daß die Arbeiter aus Unkenntnis der Schädlichkeit dieser Stoffe oder aus Nachlässigkeit (!) nicht genügend darauf Bedacht nehmen, vor dem Essen, Trinken, Rauchen oder Tabakknupfen ihre Hände und Kleider von Blei zu reinigen.

Der Entwurf enthält daher Vorschriften zur Verhütung der Vergiftungsgefahr, die durch unmittelbare Verührung von trockenen Bleifarben herbeigeführt wird oder mit dem Anreiben trockener Bleifarben mit Öl oder Firnis sowie mit dem trockenen Abstreifen, Abwischen und Abklopfen von Bleifarbenanstrichen verbunden ist. Für solche Anlagen, in denen dies durchführbar (!) ist, wird eine ärztliche Ueberwachung des Gesundheitszustandes sowie die Führung eines Kontrollbuches vorgeschrieben. Einen wesentlichen Punkt bildet die Verhütung der Maler und Anstreicher über die ihnen drohende Bleivergiftungsgefahr, über die Symptome der Blei-erkrankung und über ihr Verhalten gegenüber dieser Gefahr durch ein jedem Arbeiter auszuhandigendes, vom Kaiserlichen Gesundheitsamt aufgestelltes Merkblatt.

Die betreffenden Arbeitergehilfen selbst haben bekanntlich ein vollständiges Verbot der Verwendung von Bleiweiß gebildet. Davon will der Entwurf nichts wissen. Er schreibt die Anstreicher-gefahr mit Bleifarben ohne weiteres der „Nachlässigkeit“ zu! Selbst der nationalliberale Abg. Dr. med. Weder bemerkt in einem Artikel im „Tag“, daß die Reinlichkeit der Arbeiter, „wie man gestehen muß, in erster Linie abhängig von der Einsicht und dem guten Willen der Arbeitgeber.“ Seltsam berührt auch, daß ärztliche Ueberwachung nur in solchen Betrieben eingeführt werden soll, wo sie „durchführbar“ sei!

Partei-Nachrichten.

Die englische Arbeiterpresse. Eine eigene Arbeiterpresse giebt es in England noch fast ebenfowenig, wie es eine eigene Arbeiterpartei giebt. Die beiden sozialistischen Vereinigungen verfügen zwar über je ein Wochenblatt, die aber gegenüber den großen Tageszeitungen der großen politischen Parteien gänzlich bedeutungslos sind. Um die Gründung einer täglich erscheinenden Arbeiterzeitung in die Wege zu leiten, war nun ein Komitee von Vertretern des parlamentarischen Komitees des allgemeinen Gewerkschaftsbundes und des Arbeiter-Vertreter-Komitees gebildet worden. Dieses hat aber jetzt die Gründung einer Tageszeitung für unpraktisch und unausführbar abgelehnt und sich nur für Gründung eines größeren Wochenblattes ausgesprochen. Es bleibt also dabei, daß auch in Zukunft die englischen Arbeiter auf die Lektüre der liberalen Blätter angewiesen sind.

Poltzellisches, Gerichtliches usw.

Wegen Aufreizung zum Klassenhaß und zu Gewaltthatigkeiten wird sich demnächst Genossin Klara Zetkin vor der Strafkammer in Dresden zu verantworten haben. Ihr Vortrag „Der Zar in Deutschland voran“, den sie im März dieses Jahres in der schlesischen Hauptstadt hielt, soll diese Delikte enthalten. Wie in Erinnerung ist, wurde die Versammlung damals aufgelöst, als die Rednerin aus Schillers „Wilhelm Tell“ die bekannte Stelle citierte: „Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht“ und daran noch ein Citat von Nietzsche fügte. Klara Zetkin wird jetzt in Gemeinschaft mit diesen beiden Geistesheroen prozessiert werden — ein neues Ruhmesblatt zum Kranze preussisch-deutscher Socialistenverfolgung.

Gewerkchaftliches.

Vaterlandslos.

In Reden und Schriften mahnt unsere Bourgeoisie das Volk zur Heimatsliebe, preist sie das Vaterland, das sie nur wenige Wintermonate bewohnt, um dann zum Frühjahr an die Riviera, im Sommer ins Gebirge und im Herbst an die See zu gehen und sich auf diese Weise von den Strapazen der „Saison“ zu erholen und auf diese neu vorzubereiten. Die Arbeiter aber, die zu jeder Jahreszeit mit Hammer und Ambos, mit Meißel und Schlägel, mit Säge und Hobel, Kelle und Lot in der Heimat treulich ihre Pflichten erfüllen, schickt sie für vaterlandslose Gefellen!

Freilich, wenn über Industrie und Gewerbe eine verheerende Krise hereinbricht, die Beschäftigung für Tausende aufhört, dann schüttelt auch die Arbeiterchaft vielfach den Staub des Heimatbodens von den Pantoffeln und sucht die Fremde auf, aber nicht aus Mißachtung gegen die Schönheiten des Vaterlandes, nicht um eine eitle Genusssucht zu befriedigen, sondern auf der Flucht vor dem Hungertode!

So geht es jetzt den Arbeitern Kopenhagens. Sie müssen nach monatelanger Beschäftigungslosigkeit die dänische Hauptstadt verlassen, um anderwärts Arbeit zu suchen. Die Unternehmer freilich läßen es lieber, wenn sie dort blieben und sich in der Zeit der Krise als Lohnbrüder gebrauchen ließen.

Da mag es ihnen recht angenehm gewesen sein, als sie folgende offizielle Warnung gelesen haben:

„Auf Veranlassung des königlichen Generalkonsulats in Berlin warnen das Ministerium des Äußern dänische Handwerker, besonders Tischler und Grobschmiede, nach Berlin zu reisen, da sie sowohl dort, als auch in den Städten auf dem Wege dorthin, sehr schwer Arbeit finden werden.“

In „Dannebrog“, dem Organ des dänischen Justizministers, ist, sonderbar genug, schon am Sonnabend vor dieser Veröffentlichung eine Mitteilung über den Bericht des dänischen Generalkonsulats in Berlin erschienen. Es heißt in dieser Mitteilung: In den letzten zwei Monaten seien so viele arbeitssuchende dänische Handwerker nach Berlin gekommen, daß sie unmöglich erwarten könnten, Beschäftigung zu finden. Die Folge sei, wie gewöhnlich, daß die Betreffenden nach langen vergeblichen Versuchen, Arbeit zu finden, durch bittere Not gezwungen würden, sich an das Generalkonsulat um Unterstützung zu wenden. „Dannebrog“ beschuldigt dann die dänischen Gewerkschaften, sie verlockten leichtsinnig die Arbeiter, ins Ausland zu reisen.

Am Mittwoch hat nun der Vorsitzende des Fachvereins der Dautschler Kopenhagens in „Social-Demokraten“ folgende Erklärung erlassen:

Auf dem Comptoir des Dautschler-Fachvereins liegen vier Briefe von dänischen Tischlern, die zur Zeit in Berlin arbeiten, und aus allen Briefen geht hervor, daß die Betreffenden gleich nach der Ankunft Arbeit erhalten haben. Der Fachverein hat darum kein Bedenken getragen, den Mitgliedern anzuraten, sich Arbeit zu verschaffen, statt hier in Kopenhagen herumzuwandern und zu hungern, und der Verein hat ihnen auch mit Reisegeld geholfen. „Dannebrog“ spricht von „Leichtsinn“ der Fachvereine. Aus diesem Anlaß will ich erklären, wie der Dautschler-Fachverein seine Arbeitslosen unterstützt hat. Die größte Anzahl Arbeitsloser hatte der Fachverein in den Monaten Februar und März, nämlich 700. Für Monat März hat der Verein 9660,91 Kronen, im letzten Rechnungsjahr 43 883,73 Kronen Unterstützung an die Arbeitslosen bezahlt.

Es giebt noch jetzt viele arbeitslose Tischler hier, von denen mehrere 6 bis 8 Monate ohne Arbeit sind, und sie sind selbstverständlich der Hilfe sehr bedürftig. Darum will ich hoffen, daß „Dannebrog“ der Linienregierung anempfehle, unsere Arbeitslosen mit demselben „Leichtsinn“ wie der Fachverein zu behandeln.“

Das wird natürlich „Dannebrog“ nicht thun, denn ausreichend unterstützte Arbeitslose sind dem Unternehmertum so wenig nützlich als ins Ausland gerichte.

Das Proletariat aber meidet den vom Vaterland verlassenen Arbeitsbehörden nicht, wenn sie das Vaterland verlassen und anderswärts Arbeit finden. Es hofft und erwartet von ihnen nur, daß sie sich nicht als Lohnbrüder gebrauchen lassen und dem Organisationsgedanken treu bleiben!

Berlin und Umgegend.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter (Sektion des Holzarbeiter-Verbandes) besetzten sich in ihrer gestrigen Vertrauensmännerversammlung unter anderem mit dem Streik der Orgelbauer bei der Firma G. A. G. Frankfurt-Allee 117a. Es sind daselbst sämtliche Arbeiter auf Klavier-Selbstspielapparate am 27. Juni in den Ausstand getreten, weil ihnen eine bis zehnprozentige Lohn-erhöhung, die einem Minimallohn von 26 M. pro Woche entspricht, nicht bewilligt wurde. Der Unternehmer hat schwarze Listen herausgegeben und sucht „Arbeitswillige“ von auswärtig heranzuziehen. Die Kollegen allerorts werden ersucht, von dem Streik entsprechend Notiz zu nehmen.

Verdichtet wurde ferner, daß die Brandenkommision für den Bezirk Oden und Norden im vergangenen Quartal 53 Werkstatt-schließungen abgehakt hat. In den betreffenden Betrieben waren 2100 Kollegen beschäftigt, wovon 1484 organisiert waren, darunter 818 im Verbannde. Es konnten eine Anzahl kleinerer Differenzen zur Zufriedenheit erledigt werden. — Beschlossen wurde noch, die nächste Brandenversammlung ausfallen zu lassen.

Die streikenden Steinseher und Kammer waren gestern nach-mittag wieder vollständig im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelt. Die Situation der Bewegung kennzeichnete Anoll folgende: Der Umstand, daß sich die Steinsehermeister in anderen Orten mit ihren Berliner Kollegen solidarisch erklärt und die Steinseher ohne jeden Grund ausgesperrt haben, beweist am besten, daß es sich nicht mehr um den Streik der Kammer, sondern um ein planmäßiges Vorgehen gegen die Bewegung der Steinseher handelt. Während die Innungsmeister fälschlicherweise behaupten, die streikenden Arbeiter seien vertragsbrüchig, haben die Votsdamer Meister die Aussperrung unter offenbarem Kontraktbruch, nämlich ohne Innehaltung der Kündigung, ins Werk gesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch noch in anderen Orten die Arbeiter ausgesperrt werden. In Nürnberg soll am Sonnabend, wahrscheinlich auf einen aus Berlin gegebenen Rat, die Aussperrung sämtlicher Pfisterer erfolgen. Alles das beweist, daß die Berliner Innung allein nicht mit der Organisation der Steinseher fertig werden kann. Das Vorgehen der Innungsmeister dürfte jedoch nicht den beabsichtigten Erfolg haben, sondern vielmehr zu ihrem eignen Nachteil ausschlagen. In Brandenburg, wo die Innungsmeister gleichfalls ausgesperrt haben, stellte die städtische Behörde in Aussicht, daß sie die Pfistererarbeiten vom Montag ab in eigener Regie ausführen lasse, wenn die Meister bis dahin die Arbeit nicht fortsetzen ließen. In Berlin hat die städtische Behörde gleichfalls gezeigt, daß sie nicht der Meinung ist, die Steinseher und Kammer seien im Unrecht. Infolge der Vorstellung einer Deputation der Streikenden hat Bürgermeister Reide mit einer Vertretung der Innungsmeister gesprochen und ihnen nahegelegt, sich in Frieden mit den Streikenden zu verständigen. Die Meister sagten auch zu, daß sie unterhandeln wollten. Man nahm hiernach an, daß sie vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts verhandeln wollen. Auf eine spätere Anfrage des Bürgermeisters erklärten die Meister jedoch, sie würden nicht vor dem Einigungsamt, sondern vielmehr mit dem Gesellenauschuß verhandeln. Andererseits heißt es auch, die Meister verlangten die Einsetzung eines besonderen Einigungsamtes für den vorliegenden Fall. Die Streikenden werden ihrerseits natürlich alles versuchen, um eine Einigung herbeizuführen. Sie sind bereit, einander durch den Gesellenauschuß unter Hinzuziehung einer Vertretung der Kammer mit der Innung zu verhandeln oder auch vor einem besonderen Einigungsamt, welches jedoch paritätisch zusammengesetzt und von einem unparteiischen Vorsitzenden geleitet werden muß, den der Oberbürgermeister zu bestimmen hätte. — Der Redner empfahl die Annahme dieses Vorschlages und trat gleichzeitig dafür ein, daß, wenn es zu Verhandlungen kommt, den Vertretern Vollmacht erteilt werde, von den Forderungen der Kammer noch etwas abzulassen. Es solle auch in dieser Hinsicht gezeigt werden, daß die Arbeiter nicht unversucht lassen, um zu einer Verständigung mit den Arbeitgebern zu kommen.

Die Versammlung stimmte diesen Vorschlägen Anoll zu und ermächtigte den Gesellenauschuß, bei etwaigen Verhandlungen die Teilnahme einer Vertretung der Kammer durchzuführen zu versuchen. Im übrigen gab die Versammlung der Auffassung Ausdruck, daß alles versucht werden müsse, um zu einer Verständigung zu kommen. Die Behörden müßten an den Thatfachen erkennen, daß es nicht an den Arbeitern liege, wenn eine Einigung nicht zu stande kommt, daß vielmehr nur das verständnislose Verhalten der Innungsmeister den Frieden stört.

Die im Metallarbeiter-Verband organisierten Bauanschläger tagten am Sonntag im Gewerkschaftshaus. Der Brandenvertreter, Kollege L o o s, gab einen kurzen Bericht über den Stand der Tariffrage. Demnach habe die Berliner Schloßerrichtung es noch nicht über sich gebracht, eine klare Antwort auf die Frage zu geben, ob sie mit der Kommission der Bauanschläger verhandeln will oder nicht. Im Gegenteil hat die Innung ihren Tarif vom 1. November 1901 bis zum Jahre 1908 verlängert. Auch soll sie sich dem Vernehmen nach bereit erklärt haben, mit der Sonderorganisation, dem sogenannten „Blauen Verein“, der selbstverständlich nur eine kleine Kinderheit der Bauanschläger vertritt, über einen neuen Tarif zu verhandeln. — Es wurde beschlossen, nochmals bei der Berliner und gleichzeitig bei der Charlottenburger Schloßerrichtung anzufordern, ob sie gewillt seien, in kürzester Zeit mit den Bauanschlägern in Tarifverhandlungen zu treten. — In der Versammlung erhielten noch die Redatoren Bericht über die Tarifverhältnisse der Stierbefasse. Der Bestand beträgt am 1. Juli 2082,78 M.

Deutsches Reich.

Der Streik der Straßenbahnen in Hagen hat mit einem teilweisen Erfolge geendet. Durch Vermittelung des 1. Bürgermeisters C u n o kam ein Vergleich zu stande. Zugestimmt wurde von der Direktion die geforderte vierwöchentliche Kündigung, die Regelung der Strafgehalte-Angelegenheit, die Arbeitszeit soll dem Wunsche der Streikenden gemäß nach Möglichkeit geregelt werden, die Auf-besserung der Gehälter soll in der Weise geregelt werden, daß in der Aufsichtsratsitzung im August die geforderte Gehaltsaufbesserung der Fahrer befürwortet, die der Schaffner abgelehnt werden soll. Die Schaffner sollten hierfür das Kräftfeld für sich behalten. Maß-regelungen finden nicht statt, wenn die Ausständigen am Dienstag, den 5. Juli, morgens 7 Uhr, die Arbeit wieder aufnehmen würden. — Das ist inzwischen geschehen.

Achtung, Klempner! Schwarze Listen gehen um und Streikbrecher für Leipzig werden gesucht. Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für Schlesien schreibt uns: Bekanntlich sind am 17. Juni in Leipzig 448 Klempner in den Ausstand getreten. Die Meister machen nun krampfhaftige Anstrengungen, um einerseits den etwa aus Leipzig abreisenden Klempnern andererseits die Existenz unmöglich zu machen, andererseits bemühen sich die Herren Erbsch für die Ausständigen zu erhalten. Zu diesem Zwecke haben sich die Leipziger Meister an die Klempner-Zwangsbündnisse Deutschlands gewendet, hoffend, daß ihnen von diesen in ihrer Not Hilfe wird. So erhielt die Breslauer Innung eine entsprechende Anzahl schwarzer

Listen. Auf dieser Liste, von der wir „selbstverständlich“ ein Original in Händen haben, sind sämtliche 448 Namen der Streikenden verzeichnet, außerdem ist der Geburtsort angegeben. Jedem Mann haben zwei Kreuze und sechs Mann drei Kreuze erhalten. Die Meister haben also die Streikenden nach der Formel schwerer, am schwersten eingeteilt. Ob's was hilft? — Die Breslauer Innung hielt nun am 4. Juli eine außerordentliche, streng vertrauliche Sitzung ab. Wir sind in der Lage, darüber folgendes zu berichten: Nachdem jeder Meister eine Liste erhalten, und ihnen eingeschärft war, bei Einstellung von Klempnern diese Liste zu beachten, wurde beraten, wie man den Leipziger Klempnermeistern helfen könnte. Beschlossen wurde, daß allen sich etwa arbeitslos meldenden, zureisenden oder ortsanfässigen Gesellen Arbeit nach Dresden (!) angeboten werden soll. Von dort aus soll dann die weitere Entsendung nach Leipzig geschehen. — Danach ist anzunehmen, daß die Meister Dresden als Sammelpunkt für die Arbeitswilligen nach Leipzig aussersehen haben. Ferner wurde darüber beraten, ob den Gesellen seitens der Breslauer Innung auch das Reisegeld nach Dresden gezahlt werden soll. Dabei ergab sich, daß viele Meister bei der Abstimmung sich der Stimme enthalten, so daß der Vorsitzende äußerte: Es ist traurig, daß es unter uns Meister giebt, die sich in dieser Sache der Stimme enthalten. Es scheint also mit der Solidarität bei den Meistern nicht weit her zu sein, wenn's an den Geldbeutel geht. Klempner Deutsch-lands! So wie hier in Breslau wird man auch anderwärts in ähnlicher Weise versuchen, den Leipziger Meistern zu helfen. Es gilt daher, überall für Fernhaltung des Zuguges zu sorgen. Sei jeder vorsichtig bei der Annahme von Arbeit nach irgend welchen nicht einwandfreien Orten, insbesondere aber müssen Dresden und Leipzig gemieden werden.

Die Bremer Tischler nahmen am Montagabend Stellung zu den scharfmacherischen Maßnahmen der Unternehmer. Der Vorstand und der Gesellenauschuß wurden als Streikkomitee proklamiert, und dieses hat jetzt die weiteren Maßnahmen der Arbeitnehmer zu veranlassen. Im ganzen sind jetzt etwa 100 verheiratete Tischler gemahregelt. Eine Resolution, die alle ledigen Kollegen verpflichtet, sofort abzureisen, fand einstimmige Annahme. Auch die Tischlerbewegung, an welcher 1100 Personen beteiligt sein werden, wird sich zu einem Kampf auswachen, der sich in seinem Umfang dem großen Bauarbeiter-Ausstande an die Seite stellen kann.

Die Aussperrung der Kohlen-Schauerleute in Hamburg dauert fort. Dieser Tage sind mit der Bahn 24 neue Kohlen-Schauerleute angekommen, die in der Pappelstraße eintrafen. Ferner sind 14 Mann über Harburg gekommen. Die Arbeitswilligen wurden an Bord des Hotelschiffes „Gjelder“ untergebracht. Als diese neuen Arbeiter auf dem Bahnhof Pappelstraße eintreffen sollten, hatte sich ein gutgekleideter Arbeiter auf den Bahnsteig begeben, um die neuen Kollegen zu empfangen. Als er mit seiner Bahnsteigkarte in der Hand auf dem Perron hin- und herging, wurde er von einem Kriminalbeamten aufgefordert, den Bahnhof zu verlassen. Der Mann bestand auf seinem guten Recht, wie jeder andre auf dem Bahnhof dazwischen zu können, da er eine Bahnsteigkarte im Besitz habe und den Zug erwarte. Als der Mann nicht gutwillig ging, wurde er verhaftet, in eine Drofschle gepackt und in Begleitung eines Kriminalbeamten nach der Kriminalwache am Klosterthor gebracht. Die Drofschle mußte so langsam fahren, daß die auf jeder Seite nebenher schreitenden Polizeibeamten mitkommen konnten. Als man auf der Wache seine Personalien festgestellt hatte, wurde er wieder entlassen.

Der Hamburger Bierbockstift ist abermals verhängt worden. Die Gewerkschaftskarteile von Hamburg und Umgegend haben infolge des nach ihrer Ueberzeugung vertragsbrüchigen, vorbrüchigen und den Grundfähen von Treu und Glauben zuwiderlaufenden Verhaltens des Brauereibesitzers mit übermäßiger Majorität abermals den Bockstift über die 22 dem Ringe (Versicherungsverbände) angehörenden Hamburger Brauereien verhängt.

Ausland.

Mit einer allgemeinen Aussperrung in der norwegischen Eisen-industrie droht die norwegische Arbeitgeber-Vereinigung, weil die Former der Fabrik Norsk elektrisk atiesbolag sich weigern, Accorarbeit zu übernehmen. Die genannte Aktiengesellschaft hat ihren sämtlichen Formern am 1. Juli gekündigt. Die Verweigerung der Accorarbeit geschah auf Beschluß der Formersorganisation, der gefahrt wurde, weil die Unternehmer den Formern die Accorblöhne einseitig vorschreiben und ihnen keinerlei Mitbestimmungsrechte zugestehen wollen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Karthäuser-Angelegenheit vor der Untersuchungskommission. Paris, 6. Juli. (B. T. B.) Die Kommission vernahm heute nachmittag zwei Zeugen über die gestern von Tendre gemachten Aussagen; das Verhör ergab jedoch nichts Neues. Außerdem faßte die Kommission den Beschluß, Mascaraud sofort als an der ganzen Sache unbeteiligt zu erklären. Die Kommission hat nämlich festgestellt, daß die Zeugenaussagen den bei den Karthäusern unter-nommenen Schritt auf den 6. März 1903 verlegen, zugleich aber, als erwiesen erklärt, daß Mascaraud an diesem Tage den Vorsitz in einer Gewerbegerichts-Sitzung führte.

Vom östlichen Kriegshauptlat. Petersburg, 6. Juli. (B. T. B.) Der russischen Telegraphen-Agentur wird aus Hankow von heute gemeldet: Die Japaner begannen unsere Truppen auf beiden Flanken zu umgehen, mußten aber ihre Absicht aufgeben, da General Kurapatkin durch mehrere geschickte Bewegungen eine vortreffliche strategische und taktische Stellung eingenommen hat, die es ihm ermöglicht, die verhassten feindlichen Armeen jede einzeln längs ihrer inneren Operationslinien anzugreifen. Um dieser Möglichkeit zu entgehen, sahen sich die Japaner genötigt, ihren östlichen und westlichen Flügel zurückzuziehen.

Witten a. Ruhr, 6. Juli. (B. G.) Ueber 100 Vergleute der Zeche „Bergmann“ waren unlängst in Ausstand getreten, weil ihnen der Lohn per Mai, Juni nicht gezahlt werden konnte. Dieserhalb fand heute Termin beim hiesigen Amtsgericht statt, doch hatte die Zeche, um einen Termin zu vermeiden, inzwischen den rückständigen Mai-Lohn ausgezahlt, worauf die Vergleute die Klage zurückzogen und von der 116 Mann starken Belegschaft 45 Mann wieder die Arbeit aufgenommen haben.

Hagen, 6. Juli. (B. G.) Auf der Grube „Alldorf“, zum Schwelmer Bergwerk gehörig, ist die Sturmtransit ausgebrochen. Vergleute sind bereits erkrankt. Von der über 30 000 Mann starken Belegschaft werden täglich 50 Vergleute ärztlich untersucht.

Dresden, 6. Juli. (B. G.) Der Sparlaffen-Kassierer Bartold in Coswig hat 18 000 M. unterschlagen. Er ist bereits verhaftet.

Bahn, 6. Juli. (B. T. B.) In der vergangenen Nacht wurde hier ein nahezu eine Minute andauerndes Erdbeben verspürt.

Rom, 6. Juli. (B. T. B.) Der Senat genehmigte eine Reihe von Vorlagen, darunter das französisch-italienische Abkommen betreffend die Verhältnisse der Arbeiter sowie betreffend die Ermächtigung der Regierung zum Abschluß von Handelsverträgen mit der Schweiz und Oesterreich-Ungarn und vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit.

Rom, 6. Juli. (B. T. B.) Dem „Giornale d'Italia“ zufolge hat der in Messina wegen Spionage verhaftete Hauptmann Crocetti die Schriftstücke betreffend die Verteidigung Siciliens an Frankreich ausgeliefert.

Teheran, 6. Juli. Die Cholera ist auch an verschiedenen Orten an der Straße nach Hamadan aufgetreten. Die Verwaltung der Eisenbahnlinie Rescht-Teheran hat sanitäre Maßnahmen getroffen. Der konsularische Vertreter Anshands hat die Einrichtung einer Quarantänestation in Kasmin gefordert, die unter der Aufsicht eines russischen Arztes stehen soll, sowie die Ermächtigung zur Entsendung eines russischen Arztes nach Rescht. —

Der neunte Buchbinder-Verbandsstag.

Dresden, 6. Juli.

Vormittags-Sitzung.

Ein Antrag Schlegel-Hamburg, einer Kommission mit den Hamburger Delegierten Einbild in die Hamburger schriftlichen Zwischenverträge zu gewähren, wird einstimmig angenommen.

Den Bericht des Kassierers erstattet hierauf Verbandskassierer Hauelsen, der auf die gedruckten Jahresberichte verweist und mitteilt, daß bis heute das Vermögen des Verbandes auf über 800 000 M. gestiegen sei.

Hierauf erstattet der Redakteur des Verbandsorgan „Buchbinder-Zeitung“, Georg Schmidt-Stuttgart, Bericht. Redner legt ausführlich die Grundsätze dar, die ihn bei der Redaktion leiten.

Er legt Wert darauf, mehr von Berufscollegen Beiträge zu nehmen, nicht von Literaten. An Honorar für letztere gebe er nur noch wenig, dagegen mehr für Artikel von Berufscollegen aus.

Kloß-Leipzig nimmt hierauf in einstündiger Rede Stellung gegen die Haltung der Zeitung, die sich der des Fräulein Jmle bedenklich nähert. In einigen Fragen habe sich die „Buchbinder-Zeitung“ im Gegensatz zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands befunden und Schmidt selbst habe sich sehr in seinen Ansichten geändert.

Vergmann-Berlin gibt zu, daß seit Anstellung eines Redakteurs manches besser geworden sei, allein auch die Berliner Kollegen hätten mancherlei Beschwerden betreffend der Haltung der Zeitung in wichtigen Fragen vorzubringen.

Albert-Magdeburg, Sailer-Ludenswalde, Getrost-Frankfurt am Main und Schröder-Leipzig wenden sich an der Hand des Artikels Schmidts in den „Socialistischen Monatsheften“ stark gegen die gegnerische Haltung Schmidts zur Waisfeier und den wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen, worauf Kloß eine Resolution einbringt und begründet, die sich für Neutralität äußert.

Nachmittags-Sitzung.

Nach Verlesung einiger Begrüßungsschreiben fährt Schmidt-Stuttgart, Redakteur des Verbandsorgan, in seiner am Schluß der Vormittags-Sitzung begonnenen Erwiderung gegen die Angriffe bet. Haltung der Zeitung fort und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Gegensatz zu andern Berufscongressen von ihm etwas weniger Neutralität verlange.

Albert-Magdeburg wendet sich in längeren Ausführungen gegen Schmidts Neutralitätsstandpunkt und die parteiverhöhnenden Artikel des Fräulein Jmle in der „V.Ztg.“, wünscht für gute Feuilletons mehr Mittel auszugeben und mehr wie bisher die Berufs-Schriftsteller mit zur Mitarbeit heranzuziehen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird die Resolution, die noch ausspricht, daß der Verbandsstag den Standpunkt der Redaktion bezüglich der Neutralität resp. Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht teilt und fordert, daß auch den Hirsch-Dunderschen gegenüber eine andre Haltung einzunehmen sei, gegen 6 Stimmen angenommen.

Hierauf erstattet Schlegel-Hamburg den Bericht für den Ausschuß, dabei auf den gedruckten Bericht verweisend und ausführend, daß neben den dort aufgeführten (meist internen) Beschwerden gegen den Verbandsvorstand nichts vorliege. Ueber die Kompetenz des Ausschusses herrschen Meinungsverschiedenheiten, die bei Beratung der Anträge verhandelt werden.

Schlegel-Hamburg erstattet namens der Kommission Bericht über die Regelung des Gegenständigkeitsverhältnisses mit den Oesterreichern und empfiehlt eine Resolution zur Annahme, die erklärt, daß kein Grund vorliege, das Verhalten des Vorstandes zu mißbilligen, dagegen die Erwartung ausdrückt, daß der Vorstand mehr wie bisher die nützlichen Verhältnisse der Bruderverbände berücksichtige und der Pflege der internationalen Solidarität mehr Aufmerksamkeit schenken möge.

Grünwald-Wien giebt alsdann die Erklärung ab, daß sich der österreichische Vorstand betreffs der Zurückzahlung des Darlehens geirrt habe und er deshalb die daran geknüpften Schlussfolgerungen zurückziehe.

Regierung und Verwaltung in Preußen.

In die Landgemeinde-Ordnung von 1891 für die sieben östlichen Provinzen wurde die Bestimmung aufgenommen, daß Landgemeinden die Annahme der Städte-Ordnung auf ihren Antrag nach Anhörung des Kreisrates und Provinzial-Landtages durch königliche Verordnung gestattet werden könne.

In den östlichen Provinzen ist eine Reihe großer Landgemeinden mit hoher Einwohnerzahl vorhanden, welche einen vorwiegend städtischen Charakter haben. Für solche Orte ist die Landgemeinde-Ordnung vielfach nicht die angemessene Form zur Entfaltung des kommunalen Lebens; wie sie ihrem ganzen Wesen nach Städte sind, so würde sich die städtische Verfassung nicht nur weit mehr für sie eignen, sondern sie würden durch Einführung derselben eine Förderung in ihren wichtigsten Lebensinteressen erfahren.

Welche Ortschaften mag das Ministerium damals ins Auge gefaßt haben? Nehmen wir einmal an, es seien nur die „Landgemeinden“ mit mehr als 15000 Einwohnern gewesen; das wären nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 der Größe nach geordnet die Orte Rixdorf, Schöneberg (Kreis Teltow), Lichtenberg, Neu-Weißensee (Kreis Niederbarnim), Jaborze und Langenbielau (Provinz Schlesien) gewesen. Von ihnen sind aber seither nur Schöneberg und Rixdorf mit der Städte-Ordnung bedacht worden, die man unumgänglich als eine „ganze Reihe“ bezeichnen kann, obwohl noch eine wirkliche „ganze Reihe“ großer Orte mit dem Ministerium von 1891 der Meinung sind, daß für die Landgemeinde-Ordnung vielfach nicht die angemessene Form der Entfaltung des kommunalen Lebens ist, daß sie durch Einführung der Städte-Ordnung „eine Förderung in ihren wichtigsten Lebensinteressen erfahren“ würden.

Die so dringend nötigen Städte-Ordnung verfaßt, „rechnet“ man für gewisse Zwecke alle „Landgemeinden“ mit über 6000 Einwohnern — also auch die oben genannten, zu den Städten. Das hat zunächst den Vorteil, daß die großen Steuerzahler in diesen Orten, fast ausschließlich Größen der Industrie und des Handels aus dem Verband der „größeren ländlichen Grundbesitzer“ ausschelden, die Gutsherren sind wieder unter sich oder haben zum mindesten das ausschlaggebende Uebergewicht in ihrem Verband. Das ist aber nicht alles. Nach der allgemein gültigen Kreisordnung verteilen sich die Kreismandate in städtische und ländliche nach dem Verhältnis der Gesamt-Einwohnerzahl der Städte und der Landgemeinden, wobei aber die Städte nie mehr als die Hälfte der Mandate beanspruchen können. Die ländlichen Mandate fallen je zur Hälfte den Verbänden der größeren Grundbesitzer und der Landgemeinden zu. Würden diese Bestimmungen auch für Niederbarnim gelten, so würden die vier Städtischen des Kreises nur über fünf von den 60 Kreismandaten verfügen; 55 würden den größeren Grundbesitzern zulommen — hier würden aber die Gutsherren den Industrie- und Handelsherren unterliegen. Ebenso erhielten die „Landgemeinden“ 32 Sitze; die Landgemeinden hatten (1900) eine Bevölkerung von 271 542 Seelen; von diesen wohnten 156 400 also die weit überwiegende Mehrzahl in Gemeinden mit je mehr als 6000 Einwohnern; diese würden also, trotz der Vergünstigung der kleineren Gemeinden bei der Zahl der Wahlmänner (die Wahlen sind hier indirekt) den überwiegenden Einfluß haben, zumal von den übrigen 115 142 Einwohnern noch mehr als ein Drittel in Orten mit je mehr als 2000 Einwohner wohnen, die ebenfalls industriell tätig, den ersten zur Seite stehen würden. Der Kreisrat würde also fast völlig aus industriellen Unternehmern und ihren Kreisen bestehen. — Arbeiter können bei diesen Wahlen, die in den Städten und Gemeinden erst möglichst indirekt aus den Gemeindevertretungen hervorgehen, gar nicht in Betracht! Nach der Ausnahme-Kreisordnung für Teltow und Niederbarnim stellt sich die Rechnung völlig anders. Die Städte haben mit den Orten über 6000 Einwohnern zusammen eine Bevölkerung von 177 834 Seelen, denen die Landgemeinden mit nur 115 142 gegenüberstehen. Trotzdem haben die vereinigten Städte und großen Gemeinden nur auf 34 Mandate Anspruch (ein Mandat wird durch das Los einem der Verbände zugespielt). Die größeren Grundbesitzer — jetzt in überwiegender Mehrzahl Gutsherren — ernennen 17 Kreisratsdelegierte, während ebenso viel den kleineren Landgemeinden zufallen und ebenfalls agrarischen Charakter tragen werden. Es gehört die ganze Unfähigkeit und Schläffigkeit unsrer preussischen Bourgeoisie in politischen Dingen dazu, um sich eine solche Ausnahme-Bevorzugung der Junkersippe gefallen zu lassen. —

Die Gelsenkirchener Typhus-Epidemie vor Gericht.

Essen (Ruhr), 6. Juli 1904.

In der Fortsetzung der Dienstagssitzung wird der Angeklagte Maschinenmeister Heinz Riefendahl vernommen. Er sei gelernter Schlosser, wurde später Rentier und sei seit 1885 bei dem Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier gegen ein Jahresgehalt von 2000 M. als Maschinenmeister angestellt. Dieser Angeklagte, der der Weibliche beschuldigt wird, bestreitet ebenfalls seine Schuld. Auf Befragen des Vorsitzenden giebt er eine Schilderung über die Pumpen- und Leitungsanlagen. Aus Verlesungen über die Tätigkeit der Pumpwerke wird festzustellen versucht, daß das Pumpwerk, aus dem das Städtische saugte, am meisten in Tätigkeit war. Weiter bemerkt der Angeklagte, daß am 18. August 1901 ein Rohrbruch stattgefunden habe. Während der Reparatur wurde die Leitung aus dem 700- und 400-Millimeterrohr gesperrt. — Auf Befragen des Sachverständigen Professor Dr. Bieffe-Berlin bemerkt der Angeklagte Riefendahl, daß das gebrochene Rohr gesperrt worden sei; das Spillwasser wurde sogleich beseitigt. — Geh. Medizinalrat Professor Dr. Koch: Er habe sich die Stelle genau angesehen. Das gebrochene Rohr sei zunächst gefahren und alsdann bergauf gegangen. Eine Spülung könne erst stattgefunden haben, nachdem Wasser von unten zugeflossen war. Der Angeklagte giebt das im wesentlichen zu. — Im weiteren Verlauf der Vernehmung bemerkt Angeklagter Riefendahl auf Befragen: Auf Anordnung des Angeklagten Direktors Schmidt sei 1886 oder 1887 das Städtische Rohr eingeleitet worden. Dasselbe war 12 Zoll im Durchmesser. Es wurde mit Kies und Stein bedeckt, damit Unreinlichkeiten ferngehalten wurden. Das Städtische sei vielfach in Tätigkeit gewesen. Direktor Schmidt habe ihn einmal telephonisch benachrichtigt, daß Wasser beschafft werden müsse. Da er sich Wasser aus dem Finger nicht saugen konnte, habe er die Bemerkung des Direktors Schmidt dahin verstanden: er solle das Städtische öffnen. — Vors.: War das Städtische auch 1901 vielfach in Tätigkeit? — Angekl.: Ja wohl. — Vors.: Hat Direktor Schmidt Sie mehrfach benachrichtigt, daß Wassermangel vorhanden sei und Wasser beschafft werden müsse, so daß Sie sich genötigt haben, das Städtische zu öffnen? — Angekl.: Ja wohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Riemeyer: Ich bitte, den Angeklagten zu fragen, ob nicht zwischen diesen Benachrichtigungen Jahre dazwischen lagen und ob nicht das erwähnte telephonische Gespräch lange Zeit nach Errichtung des Städtischen stattgefunden habe. — Angekl.: Ja wohl. — Vors.: Ist Ihnen erinnerlich, daß Direktor Winded über die Anlegung des Städtischen sehr erstaunt war und gesagt hat: Das Städtische müsse beseitigt werden? — Angekl.: Das ist mir nicht erinnerlich. — Vors.: Haben Sie denn kein Bedenken gehabt, unfiltriertes Wasser in die Leitung zu fördern? — Angekl.: Wenn ich irgend Bedenken gehabt hätte, daß das Wasser gesundheits-schädlich sei, dann hätte ich es sicherlich nicht getan. — Vors.: Sie würden doch aber selbst kein Rohwasser trinken? — Angekl.: Ich hatte die Gewohnheit, alle Morgen eine Flasche Wasser zu trinken. Das Wasser ist stets klar gewesen, daraus habe ich geschlossen, daß dasselbe unschädlich sei. — Vors.: Sie erfreuen sich allerdings einer guten Gesundheit. — Angekl.: Ja wohl. — Vors.: Wie kam es, daß Sie dem Hochmeister Volkman gegenüber das Vorhandensein des Städtischen in Abrede gestellt haben? — Angekl.: Ich hat das, um den vielen Fragen Volkmanns zu entgehen; man muß sich überhaupt einem Menschen wie Volkman gegenüber sehr in acht nehmen. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Walling: Wieviel Arbeiter wurden unter Ihrer Leitung beschäftigt? — Angekl.: Zweihundertzwanzig. — Vors.: Haben diese sämtlich von dem Wasser getrunken? — Angekl.: Selbstverständlich, es gab ja kein andres Wasser. — Vors.: Sind diese Leute alle gesund geblieben? — Angekl.: Ja wohl. — Vors.: Geben Sie nun zu, daß durch den Genuß des unfiltrierten Wassers, das durch das Städtische in die Leitung gelangt war, die Typhusepidemie entstanden ist? — Angekl.: Das weiß ich nicht, Herr Vorsitzender, ich bin kein Mediziner. (Weiterleit.) — Sachverständiger Geh. Medizinalrat Professor Dr. Koch: Das Städtische war mit einem Siebtoch versehen, der eine Öffnung von zwei Millimetern hatte. Bei der Beschaffenheit der Ruhr ist anzunehmen, daß der Siebtoch oftmals schlammig, ich möchte wissen, wie oft der Siebtoch gereinigt wurde? — Angekl.: Alle Sonntagsabends. — Auf Befragen des Professors Dr. Bieffe bemerkt der Angeklagte: Soweit mir erinnerlich, ist das Städtische im Sommer 1901 ebenso häufig in Tätigkeit gewesen wie im Sommer 1901. — Regierung- und Medizinalrat Dr. Springfeld: Bereits im Jahre 1900 fanden Typhuserkrankungen in Wattenscheid, Gelsenkirchen und benachbarten Ortschaften statt. Schon damals wurde der Verdacht

Kauf, daß durch das Wasserwerk die Erkrankungen verursacht worden seien. Es fanden damals auch bereits Verhandlungen mit Herrn Landrat Dr. Hammerschmidt und der Direktion des Wasserwerks statt. Ich möchte gern wissen, welches Ergebnis die Verhandlungen hatten? — Angeklagter Hegeler: Es wurde damals nicht der Vorwurf erhoben, daß die Typhuserkrankungen durch das Wasser verursacht seien, sondern behauptet: Es sei ein Arbeiter an der Leitung beschäftigt gewesen, der bereits am Typhus erkrankt war und somit die Leitung verunreinigt habe, daß also von diesem die Ansteckung ausgegangen sei. Es wurde jedoch von uns festgestellt, daß dieser Arbeiter nicht an der Leitung beschäftigt war.

Nach noch einigen Erläuterungen über die Beschaffenheit des Strohrohrs wird die Verhandlung gegen 1 1/2 Uhr nachmittags auf Mittwochvormittag 8 1/2 Uhr verlagert.

Essen, 6. Juli.

Heute wird der Angeklagte Schmitt vernommen. Er ist 1857 geboren. Nachdem er die Realschule absolviert hatte, ist er Betriebsbeamter bei verschiedenen Werken im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gewesen. 1876 ist er Betriebsbeamter des Wasserwerks geworden. 1885 ist unter seiner Leitung das Wasserwerk Castrup gebaut worden. Nachdem dies vollendet war, wurde er Direktor des Werkes. Einige Zeit darauf ist das Wasserwerk Gelsenkirchen angekauft worden. 1888 ist er erster Direktor geworden. Sein Vorgänger ist Direktor Winded, dessen Vorgänger sein (des Angeklagten) Vater gewesen. Er ist Direktor bis 1899 gewesen. In diesem Jahre ist er krankheitsbedingt ausgetreten. Er hat ein Anfangsgehalt von 6000 M. bezogen, das sich bis 20 000 M. erhöhte.

— Vorf.: Haben Sie auch Lantime bezogen? — Schmitt: Jawohl. — Vorf.: Wie hoch belief sich die Lantime? — Angeklagter: Ich bezog 2 1/2 Proz. vom Reingehalt. Anfanglich war die Lantime sehr gering, da wenig verdient wurde. Das Wasserwerk hatte einen Grundbesitz von 1/2 bis 1/3 Morgen Terrain; auf diesem wurde das Werk angelegt. — Der Angeklagte giebt alsdann eine eingehende Beschreibung über die Einrichtungen des Wasserwerks, der Wasserverzweigung usw. 1899 waren 740 Meter Filteranlagen und 10 Brunnen vorhanden. Das Aktienkapital sei einige Male erhöht worden; aus diesen neuen Kapitalien seien die Reusanlagen beschafft worden. Es sei ein Strohrohr seit 1870 vorhanden gewesen. 1877 sei ein neues Strohrohr angelegt worden.

— Vorf.: Haben Sie gemäß der Bestimmung des Reichsgesetzes von 1848 die behördliche Genehmigung zur Anlage des Strohrohrs nachgeschickt? — Angekl.: Ich hielt eine solche Genehmigung nicht für erforderlich. — Auf weiteres Verfragen bemerkt der Angeklagte: Das Strohrohr konnte nicht mehr als 2000 Kubikmeter Wasser täglich erzeugen. Das Strohrohr sollte nur als Notrohr dienen, d. h. nur im Notfall in Anwendung kommen. Das Wasser ist geruchlos und klar gewesen, so daß kein Bedenken gegen die Beschaffenheit des Wassers vorlag. — Vorf.: War es nicht geboten, Ihre Nachfolger von dem Vorhandensein des Strohrohrs zu unterrichten. Es wäre das doch um so notwendiger gewesen, da, wie Sie sagen, es ein Strohrohr war. Wenn die Not eintrat, so konnte doch der Nachfolger die Not nicht bannen? — Angekl.: Es wäre Sache des Nachfolgers gewesen, einmal in den Fluß hineinzugehen, dann hätte er das Strohrohr sehen müssen. Es war im übrigen allgemein bekannt, daß ein Strohrohr vorhanden war.

— Vorf.: Es ist sehr auffallend, daß Sie ein Strohrohr unterhalb des Übergangs angelegt haben, aus dem Unreinlichkeiten aller Art in großer Menge in den Fluß kamen. — Angekl.: Wenn ich den Übergang hätte beseitigen können, dann würde ich es gethan haben. Jedenfalls war das Wasser, welches aus dem Strohrohr der Leitung zugeführt wurde, vollständig einwandfrei. Das Wasser wurde von mir und meiner Familie und auch vielen andern Leuten getrunken, ohne daß jemand Schaden an seiner Gesundheit genommen hätte. — Vorf.: Jedenfalls ist es auffallend, daß selbst die Stromabverwaltung von dem Strohrohr keine Kenntnis hatte. — Angekl.: Die Strombehörde konnte auch das Strohrohr nicht sehen. Ich habe das Wasser auch regelmäßig, zuletzt vom Regierungs- und Medizinalrat Dr. Tennhold untersuchen lassen, das Wasser ist aber stets für gut befunden worden.

Lokales.

Zum Richter noch nicht arbeiterfeindlich genug.

Die Tischlerinnung zu Berlin hat an den Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt z. S. des Herrn Dr. Freund in der Klosterstraße hier selbst das folgende Schreiben gerichtet:

Wie uns von der Sektion 4 der Holz-Verufsgenossenschaft mitgeteilt wird, ist von seiten dieser Sektion als Beisitzer zum Schiedsgericht der Verufsgenossenschaft der Tischlermeister W. Meyer, Schützenstraße 72/73, in Voranschlag gebracht worden, von seiten der Landes-Versicherungsanstalt dagegen der Tischlermeister Siebert, in Firma Bänisch u. Co., Bruchstraße 35. Wenn schon der letztere Umstand auffällig erscheint, so müssen wir umso mehr unser Entsetzen darüber aussprechen, daß ein Mann zu diesem wichtigen Amte vorgeschlagen wird, der kaum zwei Jahre selbständig ist und durch seine ganze Handlungsweise unserm Gewerbe den Beweis erbracht hat, daß er noch vollständig auf dem Arbeiterstandpunkt steht. Die Tischlerinnung hat das lebhafteste Interesse, daß ein so wichtiges Amt nicht von einem arbeiterfeindlichen Arbeitergebern, welche sich von ihrem socialdemokratischen Standpunkte noch nicht losgerungen haben, besetzt wird, und erheben wir gegen derartige ganz willkürliche Vorschläge seitens der Landes-Versicherungsanstalt auf das allerentschiedenste Protest. Unsere Korporation erscheint groß genug, daß man nicht über deren Kopf hinweg Vorschläge macht, ohne daß dieselbe gehört wird, und wir dürfen wohl mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß in Zukunft bei gleichartigen Fällen anders verfahren wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand.

J. A. gez.: C. Kahardt, Obermeister.

Das Schiedsgericht der Verufsgenossenschaft besteht nach dem Gesetz aus einem ständigen Vorsitzenden, der aus der Zahl der öffentlichen Beamten von der Landes-Centralbehörde ernannt wird, und vier Beisitzern, von denen zwei von der Verufsgenossenschafts-Sektion, zwei andre dagegen von den aus der Wahl der Krankenkassen hervorgegangenen Arbeitervertretern gestellt werden.

Geseglich hat die Tischlerinnung also ebenso wenig ein Recht, sich in die Angelegenheiten der Verufsgenossenschaft hineinzuweisen, wie etwa ein Statthalter. Welche Gründe die Landesversicherungsanstalt gehabt hat, sich gegen die Wahl des Herrn Meyer zu lehnen, wissen wir natürlich nicht. Doch welcher Art diese Gründe auch seien, sie haben keineswegs die Thatsache auf, daß hier eine Unmahnung der Innung vorliegt, der nicht entschieden genug begegnet werden kann. Soweit die formelle Seite dieses Falles.

In seiner Materie ist das Schreiben aber noch viel beachtenswerter. Nach dem Gesetz sollen die Beisitzer des Schiedsgerichts wie andre Richter auch in Unfallsachen nach bestem Wissen und Gewissen ohne irgendwelche Rücksichten nach außen hin urteilen. Die Innung stellt es aber in aller Gemäßlichkeit als selbstverständlich hin, daß einer ihrer Angehörigen, wenn er als Mitglied eines Schiedsgerichts wirkt, seine ganze Kraft daran zu setzen hat, dem verunglückten, um seine Rechte kämpfenden Arbeiter so wenig wie nur möglich zukommen zu lassen, ihm den Schwächriemen recht eng zu schnüren, kurz, aus Leibeskräften alles zu vermeiden, was ihn, um mit dem Schreiber zu reden, in den Verdacht bringen könnte, daß er ein „allzu arbeiterfreundlicher Arbeitgeber“ sei. Dabei ist in einer allerdings unbeabsichtigten Schmeichelei für unsere Partei arbeiterfeindlich und socialdemokratisch als gleichbedeutend erachtet werden. Was sonst von ordnungs-

fügender Seite immer aus Leibeskräften bestritten wird, nämlich, daß Richter aus bürgerlichen Kreisen Klassenjustiz treiben, hält der Vorstand der Tischlerinnung für das selbstverständliche Ding von der Welt; die Klassenjustiz, die alles zu vermeiden hat, was sie auch nur entfernt in den Verdacht der „Arbeiterfreundlichkeit“, das heißt einer gerechten Beurteilung der Leiden des Arbeiters bringen könnte, ist ihm der Ausfluß wahrer Gerechtigkeit. Wo diese Thatsache so unerblickt in die Erscheinung tritt, hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt allerdings alle Ursache, der Wahl eines Innungsmeisters entgegen zu wirken; und er erfüllte nur seine Pflicht, wenn er ohne weiteres unter Berufung auf das von uns abgedruckte Schreiben einen vom Vorstand der Innung empfohlenen Mann für unfähig zur Rechtsprechung erachtete.

Mit diesem Schreiben hat die Innung nicht allein den ja überflüssigen Beweis geliefert, daß der schlechte Ruf, den das Innungswesen in der Bevölkerung genießt, wohlverdient ist; sie hat auch das Ansehen der bürgerlichen Rechtsprechung im großen ganzen arg kompromittiert.

Nun also, was trinken wir?

Zu dieser durch die Zuschrift des Herrn Dr. Juliusburger vorgestellten von neuem angeregten Frage bringt uns ein Tischlergeselle einen beachtenswerten Beitrag. Die Abstinenzler, so schreibt dieser Parteigenosse, mögen darob die Hände ringen, aber thatsächlich liegen die Dinge so, daß der Arbeiter in der Werkstatt vielfach gar nicht ohne Bier auskommen kann. Ich denke dabei weniger an die Hänseleien, die vielfach von unverständigen Arbeitern an abstinente Kollegen verübt werden. Mögen derartige Unziemlichkeiten schwache Charaktere zumanken bringen; wer es ernsthaft mit der Enthaltenslehre meint, strast die unverständigen Durschen mit Verachtung. Zumeist lassen solche Kollegen auch von ihrem Treiben ab, wenn sie nur sehen, daß das Objekt ihrer Sticheleien fest bleibt und sie im ruhigen Ton darauf aufmerksam macht, daß ihre Albernheiten eines socialdemokratischen Arbeiters unwürdig sind.

Kann der zur Abstinenz neigende Arbeiter mithin diesen Stein des Anstoßes zumeist aus dem Wege räumen, so liegt die Sache schwieriger, wenn er sich die Frage stellt, was er an Stelle von Schnaps oder Bier zum Frühstück trinken soll. Wasser wird die Antwort lauten. Schön, aber Trinkwasser ist, so befremdlich dies manchem klingen mag, in vielen Werkstätten gar nicht oder doch nur unter Schwierigkeiten zu haben. An der Arbeitsstelle, wo ich jetzt beschäftigt bin, ist z. B. erst vor vierzehn Tagen und zwar auf meine Veranlassung eine Wasserlanne angeschafft worden. Das Wasser muß von der Straße heraufgeholt werden. Zwar ist eine Leitung in der Werkstatt vorhanden, doch hängt über ihr ein Warnungsschild „Kein Trinkwasser“. Unter diesen Umständen bin ich so ziemlich der einzige, der die Wasserlanne benutzt, die andern trinken Bier. In der Werkstatt, wo ich vorher arbeitete, war zwar ein sich gesundes Wasser vorhanden, aber die Leitung befand sich im Klosett. Der Abflusssiphon wurde als Bedürfnisanstalt benutzt; aber auch ohnedies konnte einem der Appetit zum Trinken vergehen, wenn man nur den schmutzigen Leitungshahn ansah!

Nun giebt es ja alkoholfreie Getränke; aber wer kann eines nennen, das auf die Dauer nicht anwidert? Seltener Wasser wird nach einiger Zeit so ziemlich jedem zum Gel; mancher verträgt es auch nicht. Und ebenso steht es um die andern alkoholfreien Getränke, die neuerdings einander den Rang streitig machen, von denen das eine aber zumeist noch süßlicher und widerwärtiger schmeckt als das andre.

Solange die Gewerbebehörde nicht die Befugnis und den guten Willen hat, streng darauf zu achten, daß für einwandfreies Wasser in jeder Arbeitsstätte ebenso gesorgt wird wie für eine zweckmäßige Ventilation, solange muß der Arbeiter in der Werkstatt wohl oder übel beim Bier bleiben, wenn ihn der Durst quält.

Öffentliche Spielplätze in Städten. Von verschiedenen Seiten wurde in letzter Zeit auf die Notwendigkeit einer Vermehrung der öffentlichen Spielplätze im Innern der größeren Städte hingewiesen. An der Hand der in Band 9 des „Jahrbuchs für Jugendspiele“ veröffentlichten Statistik über die Verteilung der Spielplatzflächen in den einzelnen Orten Deutschlands über 5000 Einwohner sei daher unter alleiniger Berücksichtigung der Großstädte, also der Orte mit über 100 000 Einwohnern, eine Uebersicht dessen gegeben, was auf diesem Gebiete geleistet wird. Nach der verhältnismäßigen Größe der Spielplatzflächen (auf je 1000 Einwohner geordnet), ergibt sich folgende Reihenfolge:

1. Hannover	1827 Quadratmeter
2. Bremen	1818 „
3. München	1691 „
4. Altona	1673 „
5. Magdeburg	1619 „
6. Leipzig	1112 „
7. Halle	1031 „
8. Dresden	1020 „
9. Braunschweig	1005 „
10. Stuttgart	821 „
11. Elberfeld	616 „
12. Barmen	542 „
13. Frankfurt a. M.	511 „
14. Düsseldorf	474 „
15. Königsberg	436 „
16. Stralsund	343 „
17. Stettin	335 „
18. Breslau	305 „
19. Arefeld	299 „
20. Chemnitz	223 „
21. Danzig	222 „
22. Nürnberg	216 „
23. Wachen	215 „
24. Charlottenburg	198 „
25. Dortmund	121 „
26. Köln	102 „
27. Berlin	57 „
28. Hamburg	37 „

In dieser Zusammenstellung ist zunächst besonders auffallend der außerordentlich große Spielraum, in dem sich die Zahlen bewegen: Hannover, Bremen, München, Altona, Magdeburg mit 17—1800 Quadratmetern Spielfläche auf je 1000 Einwohner einerseits, Hamburg und Berlin mit 37 und 57 Quadratmetern andererseits. In Berlin, wo der Grundstücksbesitzer außerordentlich verwüstend wirkt, ist es auch mit der Spielplatzgelegenheit für die Jugend am schlechtesten bestellt. Verschlimmert wird dieser Zustand noch dadurch, daß die Hauswirte unbarmherzig spielende Kinder von den Höfen weisen.

Vor 75 Jahren, am 1. August 1829, wurde die städtische Schuldeputation ins Leben gerufen. Bis dahin stand die Armen- und Schuldeputation über dem Schulvorstand. Am 1. Oktober 1837 übernahm dann die Schuldeputation, die schon damals aus Mitgliedern des Magistrats sowie der Stadtverordneten-Versammlung und aus Bürgerdeputierten bestand, auch die Verwaltung des Armenschulwesens. Die Einschulung der Kinder und die Ueberwachung des Schulbesuchs hatten bisher die Armenkommissionen bewirkt. Trotzdem fand sich eine für die damalige Bevölkerungsziffer sehr erhebliche, freilich von Jahr zu Jahr verminderte Zahl von Kindern, die trotz aller Mühe ohne jede Beschulung blieb. 1833 wurden 2932, zwei Jahre später noch 1835 schullose Kinder ermittelt. Ihre Zahl blieb auch in den folgenden Jahren recht erheblich. Es kam nun darauf an, Organe und Einrichtungen zu schaffen, die diesem Uebelstande wehrten. Dies geschah 1845 durch die Einrichtung von Schulkommissionen, die somit fast 60 Jahre bestehen. Die Stadt wurde in 23 Schulkommissionsbezirke geteilt, zur Zeit schon 22, und für jeden sechs bis zehn Mit-

glieder auf drei Jahre gewählt. Ihre Aufgabe war zunächst nur die Schulkontrolle. Die Mitglieder im Ehrenamt übten ihre Thätigkeit so energisch aus, daß die Zahl der ungerechtfertigten Schulverräumnisse sich bald wesentlich verminderte.

Schulaufsicht nach Besetzung. Eine Besetzung von 10 000 M. ist auf die Ergreifung eines flüchtigen Kassierers ausgesetzt worden. Der 53 Jahre alte Josef Jarula war Sekretär und Kassierer des Grafen Potoki in Pöschau. Er erbrach ein Geldspind und verschwand mit 65 000 Rubeln. Der Verhaftete läßt den Angetreuen durch Detektivs verfolgen, die ihn jetzt auch in Berlin suchen, und dem, der ihn ergreift, die ansehnliche Besetzung von 10 000 M. zuführen. Jarula ist 1,70 Meter groß, hat eine Mittelgestalt, eine große Nase und schwarzen Schnurrbart, Haare und Augenbrauen. Er spricht nur polnisch.

Ein schwieriges Rettungswerk beschäftigte heute früh die Feuerwehr am Hasenplaz. Dort war ein Pferd mit samt dem Wagen über die Quaimauer hinweg ins Wasser gestürzt. Alle Bemühungen, das Fuhrwerk wieder aus Trodene zu bringen, waren vergeblich, weshalb die Feuerwehr um Hilfe gebeten wurde. Dieser gelang es denn auch mit vieler Mühe das Pferd herauszuholen. Der Wagen wurde später mit einem Krahn gehoben.

Im alten Botanischen Garten werden jetzt die an der Potsdamerstraße gelegenen Beamtenhäuser von ihren Bewohnern verlassen, da deren Uebersiedelung nach der neuen Anlage in Dahlem angeordnet worden ist. Die Häuser werden aber vorläufig noch nicht abgebrochen, sondern zur Aufnahme der Herbarien dienen, die zur Zeit in dem Privathause Grunewaldstr. 119 untergebracht sind. Bewohnt bleibt vorläufig noch das alte Steuerhaus an der Ecke der Grunewald- und Potsdamerstraße, daß seiner Zeit von der Verwaltung angekauft worden ist und jetzt auf dem Gelände des Gartens liegt. Sein Bewohner ist der Agrarwissenschaftler Prof. Dr. Schweinfurth. Auch das botanische Museum an der Grunewaldstraße bleibt so lange bestehen, bis der bereits in Angriff genommene Neubau an der Dahlemer Chaussee fertig ist.

Zur Ermordung der Lucie Berlin wird berichtet: Theodor Berger hat nun endlich eingestanden, daß er die kleine Lucie Berlin gefaßt und auch wiederholt zu Votengängen benutzt hat. Wenn er auch noch hartnäckig leugnet, den Mord begangen zu haben, so zieht sich doch das Reg des Belastungsmaterials immer enger über ihm zusammen. So ist jetzt mit Sicherheit festgestellt, daß Berger am Sonnabend, 11. Juni, in aller Frühe seine Wohnung verlassen haben muß, da er bei seiner gegen 7 Uhr erfolgten Heimkehr von Hausbewohnern gesehen worden ist. Das Gericht wie auch die Kriminalpolizei neigen zu der Ansicht, daß der Verdächtige die Körperteile des Kindes nicht auf einmal, sondern auf zwei Gängen fortgeschafft hat. Weiter wird gemeldet: Als der Vater der Lucie nach der Recognosierung der Leiche mit einigen Kriminalbeamten über den Hof seiner Wohnung schritt, äußerte Berger bei offenem Fenster in höhnischer Tone zur Liebetrau: „Die mögen lange suchen, ehe sie das Kind finden!“ Berger war es auch, der den Verdacht zuerst auf den in demselben Hause wohnenden Lenz lenkte und somit dessen Verhaftung herbeiführte, die jedoch alsbald wieder aufgehoben wurde, weil sich die volle Unschuld des Beschuldigten herausstellte.

„Die verlorene vierte Klasse.“ Unter dieser Ueberschrift brachten wir nach einer Lokalcorrespondenz vom 10. Juni die Mitteilung über einen Eisenbahnunfall, der sich auf der Strecke Thorn-Berlin ereignet haben sollte. Der Berichterstatter muß falsch unterrichtet worden sein, denn die königliche Eisenbahndirektion Bromberg teilt uns mit, daß ihr von einem Vorkommnis wie dem geschilderten nicht das geringste bekannt geworden ist und auch auf einer andern Strecke ein solcher oder ähnlicher Vorfall sich nicht ereignet hat.

Tödlicher Bananfall. Auf dem Reuban Gde Schützen- und Viribusstraße in Steglitz war Mittwochvormittag der Maler Adolf Wolff, in Schöneberg, Wielandstraße wohnhaft, damit beschäftigt, Bretter aus der ersten Etage nach der zweiten hinaufzuführen. Er stürzte dabei auf einer Höhe von etwa 5 Meter herab und schlug auf die Eisenlanten eines Balkons schwer auf. Der 25 Jahre alte Mann erlitt Querschnitten des Brustkastens und schwere innere Verletzungen; er starb unter den Händen des herbeigeholten Arztes.

Nach einer Richtigstellung durch die Mutter hat sich die 15 Jahre alte Arbeiterin Auguste Reumann aus der Barnimstr. 2 aus dem Fenster gestürzt. Sie blieb in der Nacht zum Mittwoch von Hause weg und ging morgens gleich wieder nach der Fabrik in der Andreasstr. 32. Hier suchte ihre Mutter sie auf und züchtigte sie vor den Augen ihrer Mitarbeiterinnen. Gleich darauf sprang das Mädchen aus dem Klosettfenster im dritten Stock auf den Hof hinab und wurde sehr schwer verletzt nach dem Krankenhause gebracht werden.

Tödlich durch Feuer verurteilt wurde die drei Jahre alte Tochter Gertrud des Arbeiters Vogel aus der Rastowstr. 1. Die Vogelschen Eheleute gingen abends um 7 1/2 Uhr auf eine Viertelstunde aus, um in der Nachbarschaft etwas einzukaufen, und ließen ihre drei Kinder im Alter bis zu vier Jahren in der Wohnung. Das jüngste, erst ein Jahr alte Töchterchen Luise lag schon im Bette. In dem Augenblick, als Hausgenossen aus der Wohnung Rauch herausbringen sahen und hinauseilten, lehrten die Eltern zurück. Man fand nun die beiden ältesten Kinder in der Bohnstube auf dem Fußboden sitzen. Der vier Jahre alte Sohn Karl hielt eine Streichholzschachtel in der Hand, während angebrannte Streichhölzer neben ihm lagen. Er selbst war unversehrt, der kleinen Gertrud dagegen brannten die Kleider. Man erlöschte das Feuer sofort, das Mädchen war aber am Rücken schon schwer verbrannt und verlor bald das Bewußtsein. Die Eltern brachten die Verunglückte nach der Rettungswache am Gödlicher Bahnhof und von dort nach dem Krankenhause Bethanien. Dort erlag sie den Brandwunden.

Feuerbericht. Brandstiftung wird vermutet bei einem Wohnungsbrande, der gestern abend in der Vernauerstraße 23 zum Ausbruch kam. Schon vor vier Wochen wurde die Feuerwehr nach derselben Brandstelle gerufen und gelang es damals, das Feuer noch im Keim zu ersticken. Auch diesmal wurde der Brand so zeitig bemerkt, daß Hausbewohner ihn noch löschen konnten, bevor die von drei verschiedenen Stellen aus alarmierte Feuerwehr eintraf. Die Wohnungsinhaberin, eine Schneiderin, behauptet diesmal, in ihrem verbrannten Bett hätten sich 100 M. in Gold befunden, doch konnte die Wehr trotz sorgfältigen Suchens keine Spur von dem Gelde entdecken. — Border entstand in der Barnimstraße 92 ebenfalls ein Wohnungsbrand, der Betten, Kleidungsstücke etc. ergriß. Bei den Versuchen, die Flammen zu ersticken, erlitt eine Frau Brandwunden an den Händen, die ihr von den Samaritern verbunden wurden. — Im übrigen hatte die Wehr neben dem großen Dachstuhlbrande in dem Schause Spener- und Wielandthronstraße, über den wir an anderer Stelle ausführlich berichten, nur noch in der Reichenbergerstraße und in der Kantstraße ganz unbedeutende Feuer zu besitzigen.

Im Zoologischen Garten findet sowohl am Sonnabend wie am Sonntag ein Gastspiel des Moskischen Solo-Quartetts aus Köln a. Rh. statt. Diesem Quartett, welches sich aus den Herren Birrenkoven, Hofopernsänger der Hofbühne in Darmstadt, Karl Hoff, Oratoriensänger aus Köln, und den beiden Opernsängern Peter Kreuder vom Stadttheater in Wachen und Karl Roeling vom Stadttheater in Bern zusammensetzt, geht ein vorzüglicher Ruf voraus.

Theater. Die Moritz-Oper im Schiller-Theater O. hat „Die Entführung aus dem Serail“, komische Oper in drei Akten von Mozart, neu einstudiert und gelangt das Werk im Laufe nächster Woche zur ersten Aufführung.

Cirrus Carrasani ist auf dem fiskalischen Platz in der Neuen Friedrichstraße, Ecke Schilderstraße, eingetroffen und giebt heute, Donnerstagabend 8 Uhr, seine Eröffnungsvorstellung.

Aus den Nachbarorten.

Für die Schöneberger Kanalisation ist mit der Legung des großen Druckrohres begonnen worden, das von der Pumpstation an der Hohenstaufenstraße durch die Martin-Luther-, Mühlen- und Tempelhofer Straße geführt wird und die Gemarkung Tempelhof und Brigg durchquert, um dann unter Benutzung von Chaußee des Kreises Teltow auf den Miesefeldern bei Ragow-Brusendorf zu enden. Das eiserne, stahlwandige Druckrohr besitzt eine Lichtweite von einem Meter. Das Pumpwerk befördert die Abwässer auf dem kürzesten Wege nach dem 20 Kilometer entfernten Mieselgute. Von den 20 Millionen betragenden Gesamtkosten der Kanalisation entfallen auf das Druckrohr 8 1/2 Millionen Mark.

Rein Theater in Schöneberg. Um die Vergabe eines Platzes zum Bau eines Theaters hatte ein bekannter Berliner Theaterdirektor den Magistrat von Schöneberg ersucht. Die eigentlichen Baukosten wollte der vermögendere Mann selbst tragen. Der Magistrat unserer Nachbarstadt hat den Theaterunternehmer jedoch ablehnend beabschiedet. Offenbar ist damit in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen. Wenn es gilt, der Kirche Baupläne zu bewilligen, ist der Schöneberger Magistrat freigebiger.

Steglich-Friedenau. Der dritte Abend unseres Programms-Kursus findet am Freitag im „Gesellschaftshaus“, Friedenau, Rheinstr. 14, um 8 1/2 Uhr statt. Regere Beteiligung wird erwartet.

Pantow. Mit 14 gegen 10 Stimmen entschied sich die Gemeindevertretung dafür, daß die Wollankstraße mit Asphalt zu pflastern sei; ein Antrag, diese Straße in ihrer ganzen Länge von der Prinzen-Allee an zu regulieren, wurde abgelehnt. — Für den Bau der Realschule wurden 8000 M. nachbewilligt, die zum Bau eines besonderen Treppenaufganges erforderlich sind. — Eine Klage beim Kreisaußschuß, welche die Firma Siemens u. Halske gegen die Gemeinde erhoben hatte, ist von der Firma zurückgezogen worden. Es handelt sich um die Verlängerung der Linie Mittelstraße-Pantow nach Nieder-Schönhausen, für die dieselben Bedingungen verlangt wurden, die Berlin bewilligt hat.

Zu der Angelegenheit des Fuhrherrn Winkler in Lichtenberg geht uns die Mitteilung zu, daß das Verinden des bei der Reiserstederei in der Nacht zum Freitag schwer verletzten Mannes sehr bedenklich ist. Die Heilung im Krankenhauste am Friedrichshain dürfte nur langsam von statten gehen. Im übrigen wird von den Verwandten des Fuhrherrn entschieden besprochen, daß er den Angriff, dessen Opfer er wurde, irgendwie provoziert habe.

Steglich. Der Antrag, die ca. 3000 Bände zählende Bibliothek des Vereins „Steglicher Lesehalle“ auf die Gemeinde zu übernehmen, fand in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung der Mehrheit natürlich keine Gegenliebe. Die Herren Beschränkten mit der Uebernahme den Anfang einer sozialen Einrichtung zu machen, die hauptsächlich den Kinderbewertern zu gute käme; deshalb mußte der Antrag abgelehnt werden. Nur 800 M., die eigentlich schon vor Jahren einmal bewilligt waren, jedoch in den Etat einzustellen verabsäumt wurden, stellte die Verwaltung bereit, um die Bibliothek nicht verkommen zu lassen. Eine siebengliedrige Kommission soll die Bibliotheksfrage im Auge behalten und zunächst einmal einen Empfangsberechtigten für die 800 Mark ausfindig machen, da der Verein „Steglicher Lesehalle“ nur noch dem Namen nach existiert. Nur der Oberverwalter eines Einzelnen ist es zu danken, daß die Bücher bisher insidig gehalten wurde und dem Publikum zugänglich war. — Bei Gelegenheit der Beschlußfassung über die Neupflasterung der Grunewaldstraße wurde auch das Projekt der Anlage einer elektrischen Bahn nach dem Grunewald über Dahlem gestreift. Aus der Debatte war zu entnehmen, daß die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind; auch die Frage, ob Eigenbetrieb durch die Gemeinde oder Betrieb durch einen Unternehmer, ist noch nicht entschieden. Es wurde beschlossen, bei der Neupflasterung die Schienen gleich mit zu verlegen und diese Arbeit „denjenigen Unternehmer zu übertragen, der voraussichtlich den Betrieb übernehmen wird“. — Da wir nicht glauben können, daß sich die Gemeinde zum Eigenbetrieb aufschwingt, dürften nur Siemens u. Halske oder die Westliche Vorortbahn in Betracht kommen.

Gerichts-Zeitung.

Der Fall, daß die polizeiliche Spitzeln vor Gericht verurteilt wurde, ereignete sich gestern bei der Verhandlung einer Anklage wegen Verlaufs verbotener Heilmittel, welche vor der 145. Abteilung des Schöffengerichts gegen den Drogenhändler Schulz stattfand. Zu dem Angeklagten kam eines Tages eine Abgesandte der Polizei, eine Frau Mecklenburg, und verlangte ein Paket „Gauers Thee“. Der Angeklagte wies seinen jungen Mann an, das Gewünschte zu verpacken. Zwischenhandlung richtete die Käuferin an den Chef die Frage, ob der Thee auch gut gegen Verstopfung sei. Diese Frage wurde bejaht. Daraus zog die Polizei den Schluß, daß der Thee als Heilmittel verkauft worden sei und veranlaßte hierauf Erhebung der Anklage gegen Schulz. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Sonnensfeld, bezeichnete zunächst die Anklage als unfällig, denn der Thee solle nach der auf dem Paket aufgedruckten Gebrauchsanweisung nur als Genussmittel dienen, und er sei auch ohne jede Vermerkung verlangt worden. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung des Angeklagten, während der Verteidiger ausführte, daß aus zwei Gründen ein freisprechendes Urteil erfolgen müsse. Erstens sei der Kauf schon perfekt gewesen, bevor die erwähnte Frage an den Angeklagten gestellt wurde, sie habe deshalb nichts mehr an dem Verkaufsgegenstand geändert. Wollte die Polizei feststellen, ob Drogen zu verbotenen Zwecken abgegeben würden, so möge sie ihre geheimen Käufer anweisen, direkt Waren zu Heilzwecken zu fordern. Es verdiene aber nicht den Schutz der Rechtsordnung, zunächst unbedingte Ware zu fordern und dann zwischenhandlung eine Frage wegen des Heilzweckes zu stellen. Zweitens sei nicht jede Verstopfung krankhaft, ein Thee, welcher zum Zweck der Hautreinigung als Abführmittel diene, sei als Kosmetikum zu betrachten.

Der Vorsitzende erklärte nach kurzer Beratung: Zunächst müsse er nach dem einstimmigen Votum des Gerichts das Verfahren der Zeugin Mecklenburg möglichen. Es könne unmöglich den Wünschen des Polizeipräsidenten entsprechen, denn es kennzeichnete sich als ein Versuch, einen andern hineinzulegen“. Auf diese Weise könne auch der Verkäufer von Pomcil zur Verhaftung gebracht werden, wenn er nebenher die Frage, ob es gut gegen Verstopfung sei, bejahe. Durch solche nachträglichen Fragen werde der Zweck des Verkaufs und die Natur des Mittels nicht geändert. Schon aus diesem Grunde mußte freisprechung erfolgen. Es sei deshalb die Prüfung der Frage, ob jede Verstopfung krankhaft sei, überflüssig.

Ist der Mann zurechnungsfähig? Unter der Anklage des fortgesetzten Diebstahls wurde gestern der 29-jährige Geschäftsführer Julius Pitt der ersten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte ist nur in einem einzigen Geschäft, in der Kunsthandlung von Busch in der Leipzigerstraße gewesen. Er hat dort gelernt und sich nach und nach zur Stellung eines Geschäftsführers emporgearbeitet. Er erkaufte sich des unbegrenzten Vertrauens seines Chefs, der deshalb entrüstet wurde, als eine seiner Verkäuferinnen den Verdacht aussprach, daß der Angeklagte nicht ehrlich sei. Bald wurde dieser Verdacht aber so verächtlich, daß bei Pitt eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. Man fand dort Kunstgegenstände in solcher Menge, daß sie fünf Wäschkörbe anfüllten. Sie hatten einen Wert von 8000 M. Der Angeklagte hatte alles aus dem Geschäft seines Chefs gestohlen. Vor Gericht machte er einen so verblödeten, stümperhaften Eindruck, daß mehrere medizinische Sachverständige zur Stelle waren. Diese deuteten, daß er ein Mensch sei, der sich durch geheime Ausschweifungen enternet und ruiniert habe. Er sei außerdem erblich etwas belastet, denn sein Vater, der sich von seiner Familie getrennt habe, sei ein Schwelmertrinker. Der Angeklagte

sei als minderwertig, aber nicht als geisteskrank zu bezeichnen. Seine betagte Mutter sei lahm und taub. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, wovon 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Verfammlungen.

Erster Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag eine Versammlung für das Hansviertel in den „Spreeshallen“, Kirchstraße, ab, die einen befriedigenden Besuch aufwies. Genosse Lankow sprach dabei über: „Platonischer und urchristlicher Kommunismus“. Nach Beendigung des Vortrags teilte der Vorsitzende Genosse Seiler mit, daß die Broschüre „Der Zukunftsstaat der Junker“ demnächst an die Mitglieder des Vereins gratis abgegeben wird. Genosse Ege machte sodann darauf aufmerksam, daß das Lokal Kistenmacher in der Lokalliste irrtümlich als frei angegeben sei; der Wirt hat sich noch keineswegs veranlaßt gefühlt, seine Räume der Partei zur Verfügung zu stellen. — Mit der Aufforderung, auch im Hansviertel immer mehr für den Wahlverein und die Ausbreitung der Parteipresse tätig zu sein, schloß der Vorsitzende hierauf die Versammlung.

Achtung, Vereine! Diejenigen Vereine, welche in dem Mitte dieses Monats zur Veröffentlichung gelangenden Vereinskalender Aufnahme finden wollen, werden gebeten, bis zum 14. d. Mts. Sitzungstag und Lokal mitzuteilen.

Verband der Freizeugehilfen Deutschlands (Zweigverein Berlin). Donnerstag, den 7. d. M., abends 10 Uhr, bei Pfeffer, Rosenhaldenstr. 57: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Wahlen. 3. Dampferpartie am 12. Juli.

Verband der Freizeugehilfen Deutschlands (Zweigverein Rixdorf). Donnerstag, den 7. d. M., abends 10 Uhr, bei Fr. Hoppe, Beckenstr. 14: Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung: Vorstandswahl etc.

Vermischtes.

Eine Stadt durch einen Waldbrand gefährdet. Die Londoner Zeitung „Daily Chronicle“ meldet aus Halifax von vorgestern: Seit mehreren Tagen wüthet in den Wäldungen von Sydney (Cape Breton) ein Feuer, das Mittwoch die Grenzen der Stadt erreicht und, durch einen Sturm angefaßt, über bewohnte Stadtteile hinweggeht.

Ueber eine Feuersbrunst wird aus Boston gemeldet: Ein Feuer zerstörte gestern einen Getreideelevators und drei Warenlagerhäuser der Boston und Maine Eisenbahngesellschaft. Der Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. Der Dampfer „Austrian“ der Allan Line fing im Dock Feuer und wurde herausgeschleppt; die oberen Teile sind beschädigt. Einige Leute der Besatzung sprangen vor Schreck ins Wasser, wobei 3 ertranken.

Sum Untergang des Dampfers „Norge“ wird aus London berichtet: Der Fischdampfer „Kaitirahay“ landete Dienstagabend weitere 17 Ueberlebende von dem gescheiterten Auswandererschiff „Norge“ in Aberdeen. Die Ueberlebenden berichteten, daß sie sechs Tage lang von 6 Eimern Wasser und je 2 Zwiebäcken für eine Person gelebt hätten. Von den Geretteten befinden sich in Stornoway 102, in Aberdeen 17 und in Grimshy 27 Personen. — Der Kapitän des gesunkenen Dampfers „Norge“ schildert die Vorgänge bei dem Untergang des Schiffes folgendermaßen: Es wehte eine leichte Brise vom Süden. Ich stand mit dem ersten Offizier auf der Kommandobrücke. Der Zimmermann moß 5 Fuß Wasser im Unterdeck; ich gab Befehl, den Zwischendeckspassagieren Rettungsgürtel zu verabsorgen; acht Boote wurden herabgelassen, eins zerschellte jedoch beim Herunterlassen. Ich befand darauf, daß zuerst die Frauen und Kinder in die Boote gelassen würden. Die Mannschaft arbeitete ausgezeichnet; mehrere Boote kamen gut ab. Der Dampfer ging mit dem Bug zuerst unter. Als der erste Offizier mir zurief: „Das Schiff geht unter!“, rief ich ihm zu, er möge über Bord springen. Ich ging mit dem Dampfer unter, mein rechtes Bein war zwischen zwei Flaschen eingeklemmt; ich sah Leiden schwimmen. Nachdem ich 20 Minuten geschwommen, traf ich den Ingenieur Brown, einen guten Schwimmer; wir blieben ungefähr 1 1/2 Stunden zusammen, als wir ein Boot bemerkten, suchten wir es zu erreichen. Brown erreichte es zuerst, das Boot war aber überfüllt, trotzdem wurden wir beide, vollständig ermattet, aufgenommen. Das Boot wurde von dem ausgezeichneten Seemann Aßen geführt und hatte eine Kiste Zwiebäck und zwei Fässer Trinkwasser an Bord. Ich übernahm die Führung und steuerte auf die Insel St. Ailda zu, ungefähr 150 Meilen entfernt. Am Sonnabendmorgen haben wir einen großen Dampfer etwa 4 Meilen vor uns; wir steckten ein Signal aus, aber der Dampfer bemerkte uns nicht und fuhr vorüber. Am Sonntagmorgen fuhr eine Barke bei uns vorbei, um 12 Uhr mittags wurde 17 Meilen vor uns Land sichtbar. Es war St. Ailda. Kurz darauf kam der Petroleumdampfer „Energie“, um 6 Uhr waren wir an Bord des Dampfers und erfuhren nur gutes.

Speicherbrand in Bremerhaven. Die an der Ostseite des neuen Hafens in Bremerhaven liegenden beiden großen Baumwollschuppen der Firma J. Bachmann-Bremen 1 und 7, welche zusammen 7 Abteilungen umfassen, sind Mittwoch früh gänzlich niedergebrannt. Es lagerten in diesen Schuppen 13 000 Ballen Baumwolle.

Nannheim, 6. Juli. (V. S.) In einer Rechtsagentur und Anwaltskanzlei wurden größere Unregelmäßigkeiten aufgedeckt. Die Kriminalpolizei nahm Veranlassung auch in anderen ähnlichen Instituten Revisionen vorzunehmen, die zu vier Verhaftungen führten. Unter den Verhafteten befinden sich die Agenten und Rechtskonsulenten Grebing und Martin.

Genf, 6. Juli. (V. S.) Gestern Abend entstand in der benachbarten Pulverfabrik eine Explosion, durch welche das Gebäude vollständig zerstört wurde. Die Detonation war in weitem Umkreise vernehmbar; sämtliche Fenster der in der Nähe gelegenen Gebäude wurden zerschmettert, ein Arbeiter erlitt schwere Brandwunden. Die Ursache der Explosion ist unbekannt.

Opfer des amerikanischen Patriotismus. Dem „Berliner Tageblatt“ wird berichtet: Die bisherige Verlustliste des National-Service ergibt 24 Tote und 483 Verwundete. Ansehend schließt sie diesmal günstiger als im Vorjahre ab, das insgesamt 4449 Opfer forderte. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß viele Städte die übliche Schießerei verboten, bei der regelmäßig viele Personen verunglückten. In New York kamen übrigens auch diesmal 65 Brandfälle vor. — Ein Laffan-Telegramm meldet zu der Sache noch: In New York allein fielen bei der Unabhängigkeitsfeier beim Abbrennen von Feuerwerkskörpern 346 Personen verletzt und 4 getötet worden. An vielen Orten entzündeten Paniken. Sämtliche Bundesärzte New Yorks hatten die ganze Nacht hindurch zu thun, die Verletzten zu verbinden und zu behandeln. Ueber 500 Personen wurden zu Gehirnfasen verurteilt, weil sie ohne polizeiliche Erlaubnis Revolver trugen und durch das unvorsichtige Abschließen viele Personen verletzt hatten. Eine Kaskete schloß das trodene Gras des Rasenplatzes vor der Roosevelt'schen Residenz bei Gyster-Day in Brand. Mit rasender Schnelligkeit verbreitete sich das Feuer und bedrohte die Gebäude der nächsten Umgebung. Den Bemühungen der Gäste des Präsidenten und der Polizeimannschaften gelang es, das Feuer rechtzeitig zu löschen.

Was ich bin und was ich habe, dank ich dir, mein Vaterland! Der 61-jährige domizillose Schlosser Emil F., der die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 mitgemacht hat, kam insofern Alters- und Arantheit außer Arbeit. Da er andre Arbeit nicht finden konnte, auch keine Invalidenrente bezog, mußte er notgedrungen betteln gehen. Als man ihn zum dritten Male dabei ertappte, erkannte das

Schöffengericht in Landeshut gegen ihn neben der Haftstrafe auf Ueberweisung ins Arbeitshaus. Er legte Berufung ein und begründete sie wie folgt: Wegen Krankheit und Alters finde ich nur schwerer Arbeit, zweimal bin ich um Veteranen-Unterstützung eingekommen, aber immer abgewiesen worden. Wenn ich erst einmal Veteranen-Unterstützung bekomme, dann werde ich nicht mehr Betteln gehen. Die Strafkammer hatte Mitleid mit dem alten Krieger und hob das Erkenntnis zu Arbeitshaus wieder auf.

Frei nun ist er, wandern kann er
Wieder nun von Thür zu Thür,
Daß der Anblick seiner Leiden
Guter Menschen Mitleid rühre,
Und er sieht mit seines Alters
Sechzigjähriger Last beschweret,
Wie das christlich-fromme Deutschland
Seine Veteranen ehret!

In Neu-Ruppin brannte gestern nacht der vor dem Tempelhofer gelegene Lokomotivschuppen und die Centralwerkstatt der Kremmen-Neu-Ruppin-Wittstoder Eisenbahn bis auf den Grund vollständig nieder. Von den dort untergestellten fünf Lokomotiven gelang es nur zwei derselben zu retten. Sämtliche Werkzeugmaschinen und fast alles Handwerkzeug sind vernichtet. Der genaue Schaden läßt sich noch nicht feststellen, doch dürfte er 300 000 M. weit übersteigen. Besonders empfindlich ist der Verlust der Werkzeugmaschinen und damit die Möglichkeit, Reparaturen vornehmen zu können. Der Verkehr wird nach Möglichkeit aufrechterhalten. Ueber die Entstehung des Feuers ist nichts bekannt.

Absturz in den Alpen. Aus Appenzell wird gemeldet: Am Sonntag ist vorgestern beim Blumenjaden der Russdirektor Wälli aus Jollikon, Stonten Zürich, über eine 200 Meter hohe Felswand auf die Bodmeralp abgestürzt, wo sein Leichnam am Mittwoch gefunden wurde.

Ein unschuldig Verurteilter. Ein Justizirrtum, durch den ein Kölner Bürger betroffen worden ist, scheint jetzt nach einem Zeitraum von 25 Jahren berichtigt zu werden. Im Jahre 1878 wurde, wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, der Fabrikant Karl Breitwisch wegen Meineides zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Unausgesetzt war er bemüht, die Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen, bis vor einigen Tagen das Oberlandesgericht Köln auf Antrag entschieden hat, daß nach den jetzt beigebrachten Beweisen der geleistete Eid sich in subjektiver und objektiver Hinsicht nicht als ein Faltscheld darstelle, daß es in dieser Richtung einer weiteren Beweisführung nicht bedarf, daß der Wiederaufnahme-Antrag deshalb begründet sei und die Erneuerung der Hauptverhandlung verordnet werde.

Marktpreise von Berlin am 5. Juli. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,05—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Roggen**, gute Sorte 13,75—13,74 M., mittel 13,73—13,72 M., geringe 13,71—13,70 M. Futtergerste**, gute Sorte 14,50—13,40 M., mittel 13,30 bis 12,20 M., geringe 12,10—11,00 M. Hafer**, gute Sorte 15,80—14,90 M., mittel 14,80—13,90 M., geringe 13,80—13,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M. Spießbohnen, weiße 50,00—26,00 M. Linen 60,00—25,00 M. Kartoffeln 8,00—5,00 M. Rüböl 4,16—3,82 M. Senf 7,30—5,00 M. Für 1 Kilogramm: Butter 2,60—2,00 M. Eier per Schuß 3,80—2,40 M. *) Drei Hagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 5. Juli. Elbe bei Ruffig — 0,48 Meter, bei Dresden — 1,86 Meter, bei Regensburg + 0,51 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,95 Meter. — Oder bei Ratibor + 0,78 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 4,60 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,48 Meter, bei Frankfurt + 0,51 Meter. — Weichsel bei Braubrunne + 2,14 Meter. — Warthe bei Posen + 0,12 Meter. — Rhey bei Wlß + 0,42 Meter.

Witterungsübersicht vom 6. Juli 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.
Swinemünde	762	SW	2	bedeckt	15	Haparanda	758	SW	2	Regen	13
Damburg	763	SW	2	bedeckt	15	Petersburg	750	SW	2	Regen	12
Berlin	763	SW	2	bedeckt	16	Forst	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	765	SW	3	bedeckt	17	Aberdeen	758	SW	2	Regen	16
München	767	SW	4	wolkig	16	Paris	766	SW	2	Regen	17
Wien	764	SW	2	bedeckt	18						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. Juli 1904. Zeitweise heiter, nachts etwas kühl, am Tage ein wenig wärmer bei schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Verhandl. d. Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands.
Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Otto Erdmann
(Orts-Krankenkasse der Schneider) am 4. Juli cr. an Brustentzündung verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Juli cr., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Bethlehems-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Fritz Klein
am 5. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Bethlehems-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, der Gärtler
Ludwig Betge
nach jahrelangem Leiden am Montag, den 4. d. M., nachmittags 6 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7., nachmittags 5 1/2 Uhr vom Trauerhause, Dandlstraße 3 statt. 67672
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Karl Wegner
am 4. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/11 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Magdalene Schulz
am 4. Juli verstorben ist. 11575
Die Beerdigung findet Donnerstag, 7. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der St. Marien-Gemeinde, Wilhelmberg, aus statt.
Um stille Teilnahme bittet
Carl Schulz nebst Söhnen.

Danfagung.
Für die vielen Beweise gerechtester Teilnahme und für die herrlichen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes
Richard Wagner
sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Vereinen Gesangsverein „Freundschaft“ zu Schöneberg, Geselliger Sparverein „Doffnung“, den Kollegen der Firma Ludwig Löwe und der Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauwerke unsern tiefgefühlten Dank. 57662
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **W. Wagner nebst Frau.**

Kranz- u. Blumenbinderei
von H. Eckert,
98. Rosibuser Damm 98.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 7. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Opern-Theater. Die Fledermaus.
Belle-Alliance. Gastspiel von Emil Winter-Tymians in diesem Genre einzig dastehenden lässlichen 15 Humoristen und Sängern. Lieder, Couplets und Einakter. U. a.: Die strenge Gouvernante. Zum Schluss: In der Ballett-Summe.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Postillon von Lonjumeau. Neben. Der jüngste Heutenant. Neues. Einen Jux will er sich machen.

Kleines Theater. Der Herr im Hause. Carl Welh. Der Weg zum Herzen. Stadt-Theater Noabitz. Großstadt-Theater.

Metropol. Ein tolles Jahr. Winter-Garten. Edith Helena. Deloise Titcomb. Spezialitäten. Apollo. Bemis auf Erden. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49. Die Insel Rügen. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Wortwitz-Oper. Donnerstagabend 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Bödel: Der Postillon von Lonjumeau. Freitagabend 8 Uhr bei halben Preisen: Der Freischütz. Sonnabendabend 8 Uhr: Die Jüdin.

Der Sommergarten ist eröffnet. Im Garten des Schiller-Theater N. täglich großes Militär-Konzert.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Central-Theater.

8 Uhr: Gastspiel Josefine Dora. Madame Bonivard. Schwan in 3 Akten u. Daffon u. Ward. Vorher: Er. Einakter. Freitag: Hofkunst. Sonnabend und Sonntag: Gastspiel des Igl. Hofkapellmeisters Emil Richard: Onkel Bräsig.

Kleines Theater.

Nachtasyl.

Anfang 8 Uhr.
Morgen: Fräulein Julie.

Belle-Alliance-Theater.

Im Theater abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel von Emil Winter-Tymians in diesem Genre einzig dastehenden 15 Humoristen und Sängern. Im Sommergarten von 6 Uhr ab: Curt Goldmann-Konzert. Von 8 Uhr ab: Große Spezialitäten-Vorstellung. Nur allererste Attraktionen.

Apollo-Theater.

8 Uhr:
Das neue große Juli-Spezialitäten-Programm mit Emmi Kröcher und Martin Kottner. 9 1/2 Uhr: Venus auf Erden. Operette von Paul Lincke.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres: Ein tolles Jahr.

Sanssouci.

Kollnuser Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag.
Nach der Soliste: Tanz. Wochenlang haben Vorstellungen, auch die zu den Theaterabenden ausgegeben. Günstig.

Passage-Theater.

Terka Semmeloff
Farceal-Soubrette.
Die mysteriöse Uhr.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Perantw. Redakteur Paul Wüthner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Passage-Panoptikum.
Das Bärenweib, lebend.
Der 16-jährige Riesenknaab
Der lange Josef
217 cm gross.
Mada und Anemos, Gedankenkönner.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Kriedrichstr. 165.
Die vielbewunderten
zusammengewachsenen
Schwestern
Rosa und Josefa!
!! einzig dastehend in
der Welt!!

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Cirkus Sarasani

(Schillerstraße).
Täglich abends 8 Uhr:
Sensationelle Vorstellungen.

Mittwoch und Sonntag:
Zwei Vorstellungen
4 Uhr nachmittags u. 8 Uhr abends.

Nur die hervorragendsten Attraktionen auf sämtlichen Gebieten der circensischen Kunst.

Preise der Plätze:
Logen 3 M., Ober 2 M., 1. Platz 1 M., 2. Platz 75 Pf., 3. Platz 50 Pf., Gallerie 30 Pf.
Karten-Vorverkauf bei Paul Grimm, Cigarren-Verlandhaus, Ede Linden- und Friedrichstraße. 57542

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Für noch kurze Zeit!
Der Weg zum Herzen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Vineta, die versunkene Stadt.
Im Garten: Neues Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Sommernachtsfest.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Heute: **Elite-Tag.**
Das Sensations-Juli-Programm und
Paul Coradini.
Im Saale: **Elite-Ball**
bei herrlichem Orchester.
Entree 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 10.
Heute große Extra-Vorstellung.
Nur einmalige Aufführung:
Die Männerfeindinnen.
Schwan in 5 Akten von Gené die
Anfang 8 Uhr. Kaffeebrüche u. 8 Uhr ab.
Hall.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Täglich 4 1/2, 11 1/2, 19 1/2 Uhr:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Acht! Durch den Streik der
Zerlegerer ist der Sonnabend,
16. Juli ex., zu Sommerfesten
frei geworden u. unter günstigen
Bedingungen zu vergeben.

Passage-Theater.

Terka Semmeloff
Farceal-Soubrette.
Die mysteriöse Uhr.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob 10 Uhr! Täglich
im herrlichen Garten ob. gr. Saal:
Das neue konkurrenz. Programm,
u. a. mit höchstem Beifall:
Die 5 Wolsons
die besten Akro-
baten der Welt.
4 Vulkanos. bester Schmitz-Hitt.
Dirig.: Fritz Brand, Humorist.
Senor & Berard, ber. Langhumorist.
Die letzte Wagonkennort. Stange usw.
Der Bäckerstreif.
Große aktuelle Pantomime.
Kaffeebrüche, Volksheldentugenden.
Sonnab., Montag und Sonnabend bis
2 Uhr: **Ball.** Entree 20 Pf.

Berliner Prater Theater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: **Vineta.**
Genant.: Kalamitäten in
der Küche, Salomino-Trio.
Wardinis. Clown Stoffl.
Romess. Ball, Konzert,
Spezialitäten. Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Edith Helena, Bravour-
Sängerin.
Mason u. Forbes, amerik. Excentrics.
Die drei Eliters, Drahtseilkünstler.
Lydia Dobranow, Feuertänzerin.
Charles und Frederic, Radfahrer.
Michel Ellmanns, Tyroler Sänger.
Gebürdler Schwarz, Parodisten.
Will Mera, Reckkünstler.
Heloise Titcomb, Sängerin.
Die 4 Milons, Kraftnummer.
Neiss-Familia, akrobatischer Akt.
Die Rakocys, Ung. Gesangsgruppe.
Lebende Photographien
vom Kriegsschauplatz.

Schweizer-Garten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung
mit wechselndem Programm.
Am 1. und 15. jeden Monats
Spezialitäten-Wechsel.
Zum Schluss:
Die Rechenburg.
Vollständ. mit Gesang in zwei Akten.
Entree 30 Pf.
Täglich: **Jeden Mittwoch:**
Ball | Kinderfest.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Beide 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gälligkeit.

Reichshallen

Neut Vieke bei
Guter Philipp.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-**
Vorstellung.

Verband der Möbelpolierer.

Der Arbeitsnachweis für
Säböl und Kirscht befindet sich
bei der Reichshalle, Raum Nr. 6. (Telephon-
amt IV Nr. 5729.)
Bei Wohn-Heimlichkeitspl. wird
Arbeit für Möbelpolierer nicht mehr
vermittelt.
Es ist Pflicht aller Kollegen, ihre
Arbeitsgeber auf obiges sofort auf-
merksam zu machen.
146/30*
Der Vorstand.

Der Kampf im Bäckergerwerbe!

Folgende Bäckermeister haben den Tarif anerkannt und unterschrieben und sind als geregelt zu betrachten und in der Sonntagsliste nachzutragen:

Norden.

Kiderstr. 171, P. Krennig.
Kollnuserstr. 11, Teunigleit.
1, E. Kahlke.
Badstr. 37a, Schimekef.
Bernauerstr. 47, Schimekef.
35, D. Schröder.
Biesenbalerstr. 2, Niening.
Bodenstr. 11, Leopold Hyle.
Borsigstr. 18, D. Hloch.
Brunnenstr. 41, Herrn. Sorge.
95, Danke.
3, Th. Kollweide.
60, D. Witwit.
Burgdorferstr. 15, D. Kratochwill.
Buchholzerstr. 16, E. Vogler.
Chorinerstr. 55, F. Danke.
Göllinerstr. 3, E. Schmidt.
Gremmerstr. 15, Adolf Morlot.
Danzigerstr. 21, B. Singer.
78, D. Schmidt.
Denminnerstr. 25, Grund.
Dunderstr. 2, Tierment.
78, P. Deinert.
Drontheimerstr. 6, D. Schröder.
Eiffelstr. 88, Brofabrik Berolina.
Erzbergerstr. 19, Kischel.
Fürstenerstr. 12, Brofab. Berolina.
Görtschstr. 14, Schwemler.
4, D. Schröder.
Gleinstr. 19, Strahe.
60, Reich.
Graunstr. 22, Dohmann.
62, F. Danke.
5, B. Schenk.
32, F. Danke.
Grenzstr. 13, Biegel.
Grünhägerstr. 61, F. Allrod.
5, B. Rombor.
Hochmeisterstr. 20, P. Reber.
Hochhäuserstr. 21, B. Rombor.
Neue Poststr. 24, D. Kordner.
24, D. Schulz.
Quästlerstr. 43, Kiehling.
Kastanien-Allee 46, Sieg.
Koloniestr. 34, E. Ruche.
151, Otto Scheer.
Lynarstr. 4, Kradal.
14, Kamid.
Löhnerstr. 105, D. Schröder.
Liebermalderstr. 60, Th. Cassanica.
59, D. Schröder.
Lorkingstr. 36, P. Hauke.
Lippenerstr. 2, D. Hoff.
Maustr. 17, E. Schulz.
Müllerstr. 82, Bwe. Hum.
11, Brofabrik Berolina.
33, Wittens Brofabrik.
Reherstr. 2, Sachtig (vorm. Heilert).
Oberbergerstr. 46, Schöndorfer.
38, Balbin.
21, Wagner.
Dudenarderstr. 44, R. König.
Pantstr. 454, G. Höller.
21, D. Schröder.
Poppel-Allee 14, R. Höllebarth.
136, E. Drehsel.
Pringen-Allee 53, Schmidt.
61, D. Reich.

Nord-Osten.

Prinz Eugenstr. 10, D. Senff.
16, D. Ewald.
5, Jonscher.
8, D. Heide.
Prinz Eugenstr. 20, D. Heide.
Rudowstr. 24, Kumbt.
48, D. Schröder.
Ramlersstr. 38, G. Dachs.
24, G. Seidel.
Reinickendorferstr. 54, B. Herberg.
69, Biehl.
41, R. Wenzel.
Rügenerstr. 16, Höhn.
Rheinbergerstr. 13, A. Scholz.
26, R. Lorenz.
45, Seidel.
Rhinowestr. 2, D. Schwienhagen.
Rufstr. 31, E. Vogler.
Swinemünderstr. 54, Paulsch.
82, M. Wannel.
93, Schubert.
74, F. Danke.
Sparrstr. 6, Glnet.
Schulstr. 110, Strikle.
25, Th. Schmidt.
37, Jonscher.
51, P. Krumbach.
Schlemmerstr. 24, E. Kellens.
Stargarderstr. 74, F. Danke.
Seestr. 68a, H. Kumbt.
Schöndorferstr. 5, Mittelbach.
Schwedterstr. 48, H. Lohel.
240, Kurb.
Tillstr. 77, F. Stahnborf.
Tiefstr. 2, M. Hürker.
Tiedstr. 10, H. Kurke.
Tresdowstr. 44, R. Lehmann.
57, R. Hürker.
Tegelerstr. 11, G. Lang.
Uebomstr. 4, Stollberg.
15, D. Schröder.
Ulrederstr. 8, Kersten.
Wattstr. 21, F. Heidenstahl Jr.
Waldenowstr. 29, F. Breier.
Weidenburgerstr. 55, D. Kobilng.
Wienstr. 31, F. Schneemann.
Wolgasterstr. 13, Bwe. Dreier.
Wollmerstr. 50, Nicol.
58, F. George.
Weddingstr. 7, G. Wendel.

Süd-Osten.

Görlitzerstr. 55, Fischer.
Reichenbergerstr. 168, Weber.
Soranerstr. 12, R. Jömer.
Wolgasterstr. 26, D. Großmann.
Rudowstr. 44, Rabalt-Spar-Ver-
ein „Eid-Öst“.
Ratiborstr. 6, Dieckhmond.
Centrum.
Auguststr. 26, Brofabrik Berolina.
Lindenstr. 56, E. Schneider.
Westen.
Göbenstr. 18, Brofabrik Berolina.
Frobenstr. 20.
Süd-Westen.
Friesenstr. 27, Brofabrik Berolina.
Süden.
Blücherstr. 69, Brofabrik Berolina.
Pringenstr. 64.
Rixdorf.
Erfstr. 4, Speckhorn.
Hermannstr. 231, Friedr. Sch.
Lefingstr. 30, Hoppe.
Vannierstr. 16, H. Jömer.
Wippstr. 12, Krell.
Wilmannstr. 21, B. Krüger.
Delbrückerstr. 65, H. Seiler.
Hertzbergstr. 11, Gribat.
Herlichstr. 34, H. Seiler.
Hietzstr. 20, R. Lehmann.
Schöneweiderstr. 4, R. Lehmann.
Reinickendorf.
Reisenstr. 61, B. Busse.
Ober-Schöneweide.
Wilhelminenstr. 47, Th. Hilt.
Marienstr. 18, Th. Hilt.
Pankow.
Schöndorferstr. 7, R. Seyffer.
Tegel.
Schloßstr. 27, R. Peterjohn.
Schöneberg.
Fietenstr. 3, R. Hoffmann.
Hohenriederstr. 21, F. Tempin.
Vollstr. 68, Brofabrik Berolina.
Siegfriedstr. 1, Brofabrik Berolina.
Kaiser Friedrichstraße 4, Brofabrik
Berolina.

Weissensee.

Görlitzerstr. 60, H. Engel.
König-Ghauffee 41, Brofabrik Berolina.
Friedrichsberg.
Flumenhalstr. 7, E. Schülle.
Scharnweberstr. 37, B. Köpfe.
Mariendorf.
Ghauffeestr. 42, G. Freimuth.
Nieder-Schönhausen.
Kaiser Wilhelmstr. 27, L. Köhne.

Die Forderungen durchbrochen resp. zurückgezogen haben folgende Bäckermeister und sind deshalb aus der Liste der Bevollmächtigten zu streichen:

Norden.

Reinickendorferstr. 57, Biegler.
Lefstr. 18, R. Koder, Pantstr. 45.
Burta, Tiefstr. 40, Berndt, Müller-
str. 97, Aug. Wegner, Müller-
str. 115, Fern. Seifert.
Swinemünderstr. 2, Dache.
Dachmeisterstr. 9, Kapp.
Anklamstr. 57, W. Eder.
Poststr. 31, Jende.

Osten.

Gr. Frankfurterstr. 129, Treppenhauer.
Hornbergerstr. 20, Dichtenderger.
Wilhelm Stolzestr. 49, Giese.
Eberthstr. 25, Sommerfeld.
Thorerstr. 20, Schwarz.
Remerstr. 26, Heide.
Heidenfeldstr. 11, Heide.
Heidenburgerstr. 47, E. Schnelker.
Eberthstr. 44, Böhle.
Beymerstr. 26, R. Schenkel.

Süden.

Diefenbachstr. 58a, Rißke.
Richtstr. 26, Schmar.
Wilsdald Altesstr. 29.
Süd-Ost.
Rantewerferstr. 61, Stolle.

Die Verbandsleitung.

Bureau: Gipsstr. 2. Telephon Amt III, 1248.

M. Mörshels Restaurant Zum Sporthaus.

Ziegenhals, am Cressinso. Bahnstation Zeuthen. Fernsprech-Amt
Königs-Wasserhausen No. 75. Jeden Donnerstag: **Grosse Dampfer-
Extravahrt mit Musik.** Abfahrt 3 Uhr nachmittags an der Stralauer
Brücke. Gede Wollen-Brücke. Dampferstation Kahn & Hertzog. Hin-
und Rückfahrt nur 50 Pf., Kinder die Hälfte. — Freunde und Bekannte laden
ergebenst dazu ein. — NB. Für Fabriken! Sonnabend, den 16., 23. und
30. d. M., ist mein großer Saal (700 Personen fassend) noch frei. 57532*

Für Maschinenfabrikanten

offertere Eckgrundstück in Neumarkt (Schle.) für 25 000
Mark bei Anzahlung von 5000 Mark. Größe 21,50 Hk., maß. Wohn-,
Winterg., mit maschin. Dampfheizung, Dampfmaschinen etc. Dieser Leder-
fabrik, die fallert hat, ist in der Gegend großes Bedürfnis für landwirtschaftl.
Maschinenbau-Anstalt. Sollen günstige Gelegenheiten.
Offerten an Abend, Breslau, Oderstr. 12. 14/7*

Verein der Lithographen, Steindruckere und Berufsigen.

Am Sonntag, den 10. Juli,
nachmittags 1-5 Uhr:
**Gemeinsame Beschäftigung der
Ausstellung für Arbeiter-
wohlfahrt in Charlottenburg**
(Braunhoferstraße).

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.

Ziehung 6.-9. Juli 1904.
Haupt: 100 000, 40 000,
20 000, 10 000 usw. 53442*
30 Porto u. 30 Liste 30 Pf.
J. Racher, Kollektour, Mainz.

Alle Wanzen

werden nicht Brut durch mein Mittel
vollständig vertilgt. — Pl. 50 Pf. u.
1.00. — Ebenso Schwaben, Rissen,
Krausfüßler, Blattläuse etc. 53412*
60 Pf. u. 1.00. 54162*
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
zudem demjenigen, der mit einem Rück-
sichtsvoll nachweist. Nur allein ist bei
Hugo Barth, Drogerie, Jehu Brunnen-
straße 14, früher Nr. 18.

Etablissement Bughenhagen Moritzplatz.

Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Natur-
garten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Führmanns-Walde-Sänger.
Sonnabends
im Kaiseraal: **Tanz.**

Düsseldorfer Lotterie

zu Gunsten der St. Rochus-Kirche.
Ziehung schon 25. Juli
15,379 Gewinne I. W. von Mk.

120000

Lose à 2 M. — 11 St. 20 M.
(Porto u. Liste 30 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgesch. Mt.
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW. Wilsnackerstrasse 63.
O. Andreasstrasse 40a.
SO. Oranienstrasse 177.

Wer-Stoff-hat,

fertige Herrenanzug, 20 M., feinste
Zut., 2 Anproben, für tabellen Sie
belam gold. Medaille, Ludwig Engel,
Vrenzlauerstraße 29, II. (Alexander-
platz.) — Geegründet 1892. 25365

Prof. Moritz Meyer und Frau.

Dritter Tag.

Vorsitzender Geh. Justizrat Gatz eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Staatsanwalt Assessor Dr. Kay stellt mehrere Beweis- anträge. Was die Entlassung des Angeklagten aus der Redaktion der „Vossischen Zeitung“ betrifft, so habe sich Geh. Rat Lessing, der morgen eine längere Reise antrete, bereit erklärt, heute noch an Gerichtsstelle zu erscheinen und über die Gründe der Entlassung Auskunft zu geben.

Der Gerichtshof beschließt, Herrn Geh. Justizrat Lessing noch heute, die übrigen vom Staatsanwalt genannten Herren zu morgen als Zeugen zu laden.

Die Rechtsanwältin Morris und Caro beantragen die Ladung des Gefängnisarztes Dr. Hoffmann. Dieser habe die angeklagte Ehefrau während ihrer sechsmonatigen Untersuchungshaft beobachtet und werde bezeugen können, daß die Angeklagte hochgradig nervös und hysterisch ist.

Die Vorladung soll erfolgen. Die Beweisaufnahme bewegt sich zunächst in den alten Geleisen. Da hat die Angeklagte in einem Geschäft in der Potsdamer- straße ein Korsett auf Seide für 60 M. gekauft, in einem Hutgeschäft drei Hüte a 40 M., in einem andern einen Hut für 110 M., bei einer ersten Firma neben andern Sachen eine Schlafbede für 90 M. als Weihnachtsgeschenk für ihren Mann, dann ein Paar Goldschuhe für 27 M., kurz vor ihrer Verhaftung in einem Geschäft Wäsche für 350 M., ferner in einem Damentonfektions-Geschäft ein Kleid für 300 M., einen Unterrock für 40 M., eine Bluse für 20 M.

Es folgt dann wieder eine Gruppe von Fuhrherren, die den Angeklagten wiederholt auf längere Zeit Fuhrwerk gestellt haben. Summe handelte es sich um „Gummis-Coupees“ und um Verträge, die sich zwischen 90 und 128 M. hielten. Das Fuhrwerk ist vielfach zu Korso- und Spazierfahrten benutzt worden.

Neben den ins Große gehenden „Geschäften“, die den Ange- klagten als Betrag ausgelegt worden, läuft eine ganze Reihe von Bogatellen, die gleichfalls eingehende Beweisaufnahme erfordern. Dazu gehören die Fälle, in denen die Angeklagten zu ihrem Hochzeits- feste vier Obstkörbe für 30 M. bestellt haben, ferner die unbedeutenden Bestellungen auf eine Gans, auf Suppenhühner, Poularden und dergleichen.

In dem Geschäft von Littauer sind Kostüme und Mäntel für Frau Meyer entnommen worden. Der Zeuge glaubt, daß dabei ein Engagementsvertrag der Frau nach Hamburg vorgelegt worden sei, die Frau bestreitet dies aber; sie sei damals für das Wilhelm- Theater in der Friedrichstraße engagiert gewesen.

Auch Herr Verichleich, der Lieferant für Variété-Kostüme, bei dem für 1100 M. Kostüme für Frau Meyer bestellt und von dem für etwa 700 M. geliefert wurden, will durch das Verhalten der Angeklagten gekränkt und geschädigt worden sein.

Geh. Justizrat Lessing,

der Eigentümer der „Vossischen Zeitung“, über die Gründe ver- nommen, aus denen der Angeklagte aus seiner Stellung als Vörsen- Redakteur geschieden ist. Der Zeuge belundet: Ich bekam am 30. November 1895, natürlich anonym, ein Blatt des „Berliner Aktionär“ zugesandt, in welchem gegen den damaligen Vörsen- Redakteur Dr. Moritz Meyer eine der schwersten Beschuldigungen erhoben wurde, die gegen einen Mann in solcher Stellung erhoben werden kann. Es war auf eine Notiz in dem Vörsenteil der „Vossischen Zeitung“ Bezug genommen und dabei waren die Worte gedruckt: „Diese Notiz ist gefälscht!“ Am folgenden Tage schon erhielt ich vom Professor Meyer ein Ent- schuldigungs-schreiben des Inhalts, daß er sich leider vorher nicht in- formiert habe, ob die von ihm empfohlenen Papiere an der Börse zugelassen waren. Das war eine grobe Vernachlässigung der Pflichten, wie sie für einen Vörsenreferenten und für eine solche in altem Aufse beglaubete Zeitung absolut ausgeschlossen sein muß. Ich habe Herrn Professor Meyer sofort am nächsten Tage die Kündigung zugesandt, sie aber auf dem formalen Standpunkt gebracht: er habe einer von mir gegebenen Instruktion, wonach keinerlei empfehlende Notiz über die Rheinisch-Westfälische Bank aufgenommen werden sollte, zuwider gehandelt. Eine Prüfung, ob das Wort „gefälscht“ begründet war oder nicht, konnte ich in meiner Privatstellung nicht vornehmen und deshalb habe ich mich auf den formalen Standpunkt gestellt.

Angekl. Prof. Meyer: Es handelte sich um Larnowitzer Obligationen, die die Rheinisch-Westfälische Bank emittierte. Die Prospekte waren in allen Zeitungen und auch in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht worden, die Papiere wurden bereits gehandelt und ich hielt sie für gute Papiere, die nach meiner Meinung schon an der Börse zugelassen sein mußten, denn es war noch nie vorgekommen, daß mit Papieren schon gehandelt wurde, ohne daß vorher die Genehmigung des Aktienkollegiums erteilt worden wäre. Das hat aber die Rheinisch-Westfälische Bank getan, weil sie auf betrügerische Manipulationen ausging. Als mir Direktor Kaempff dann gesagt hatte, daß ich doch nicht Papiere hätte empfehlen sollen, die nicht zugelassen seien, habe ich sofort eine Berichtigung gebracht, so daß Herr Friedmann mir sagte, daß ich ihm die ganze Emission verdorben habe. Aber ich habe Feinde gehabt und wurde angegriffen; man warf mir vor, ich hätte mich für diese empfehlende Notiz kaufen lassen, aber ich habe darauf den mir feindlichen Vätern eine berichtigende Notiz zugehen lassen. Richtig ist, daß ein Verbot bestand, über die Rheinisch- Westfälische Bank irgend eine empfehlende Notiz zu bringen. Wegen dies Verbot habe ich geschwiegen. Nun war aber Friedmann einmal da gewesen und hatte gebeten, daß man doch mal eine Ausnahme machen möge, wenn es sich um eine reelle gute Sache handele. In der Ueberzeugung, daß jene Obligationen laienfähig seien, habe ich dann eine kleine empfehlende Notiz erscheinen lassen. Obwohl das Verbot bestand, aber ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, daß ich für die Notiz keinen Pfennig Geld bekommen, noch bezapfen erhalten habe.

Präsi.: Kann und der Herr Zeuge sagen, ob in der Zeit, die zwischen der Notiz des Angeklagten und dem Widerruf lag, große Vermögensschädigungen verursacht sein können? Zeuge Geheimrat Lessing: Darüber kann ich naturgemäß keine Auskunft geben. Die Notiz ist durch die Rheinisch-Westfälische Bank in Provinzialblätter übergeführt worden. Man muß bedenken,

daß nach der Notiz die Papiere sich zur Kapitalanlage eignen sollten, daß sie über kleine Beträge von 300 M. lauteten und somit vorwiegend wohl kleine Leute sich dafür interessieren konnten.

Auf eine Frage des Staatsanwalts erklärt der Zeuge, daß während der Tätigkeit des Angeklagten einige anonyme Mit- teilungen über Professor Meyer eingegangen seien, es sei aber kein Wert darauf gelegt worden, weil sie eben anonym waren. Wichtig sei es, daß er in einem Briefe an den Angeklagten geschrieben habe: „ich glaube nicht, daß Sie für diese Notiz gekauft (wörtlich genommen) worden sind.“

Hierauf wird die Beweisaufnahme über die einzelnen Fälle fort- gesetzt. Sie verändert das bisherige Bild nicht: in ununterbrochener Reihe treten die Lieferanten auf, die sich durch den Professortitel und die Wohnung der Angeklagten im Westen

haben blenden lassen

und Waren geliefert haben. Staudenwert ist die Reichhaltigkeit der Bedürfnisse, die die Angeklagten an allerlei Luxus- und Gebrauchs- gegenständen gehabt haben. Unter den bestellten und teilweise auch gelieferten Sachen befanden sich immer wieder Wäsche-Ausstattungen. Frau Meyer hatte unter anderem Bedürfnis für Knopfstiefel zum Preise von 33 M. und Goldschmuck zum Preise von 55 M., ferner für einen Kostümkorb im Preise von 140 M., für zwei Hüte a 50 M. und einen zu 82 M. etc. Eine ganz große Bestellung, die nur zum Teil ausgeführt worden ist, hat die Angeklagte bei Herrsch-Söhne gemacht. Es handelte sich dabei um Sachen im Werte von über 1390 M., darunter eine Federboa für 75 M., eine Gesellschaftsrobe für 450 M., Reifer für 100 M., ein Persianer- Jackett für 280 M. etc. Daneben gehen die Bedürfnisse des Professors Meyer weiter. Sehr empört über ihn ist ein Schneidermeister, der dem Angeklagten einen Winterpaletot für 185 M. geliefert und sein Geld bekommen hat. Er habe noch Gerichtskosten dazu zahlen müssen. Daß Herr Professor Meyer auf Betrag ausge- gangen, folgert dieser Zeuge daraus, daß sich der Angeklagte schon im nächsten Jahre wieder bei einem andern einen Ueberzieher be- stellt habe. „Und jeder anständige Mensch trägt doch einen so teuren Ueberzieher sicher drei Jahre!“

Bei einer Frau Kandler in Hamburg haben die Angeklagten während des Engagements am Hansa-Theater 14 Tage in Pension gewohnt. Sie sind abgezogen, ohne ihre Schulden in Höhe von 105 Mark zu bezahlen. Die Frau behauptet, daß sie von einer angeblichen schweren Halskrankheit der Frau Meyer nichts gemerkt habe. Nicht deshalb sei die Angeklagte aus dem Engagement ent- lassen worden, sondern

weil sie nicht gefallen habe

und bei ihrem einmaligen Auftreten ausgepfiffen worden sei. Der Direktor habe ihr noch 100 M. Abstand gegeben und sie nicht mehr auftreten lassen. — Die Angeklagte bleibt dabei, daß sie schwer halsleidend gewesen sei, und beruft sich auf einen zufällig in Ham- burg anwesend gewesenem Berliner Arzt, der sie im „Mistpavillon“ begrüßt und ihr anempfohlen habe, aus Hamburg zu gehen, weil ihr die dortige Luft nicht bekomme. — Präsi.: Wenn das alles ist, was Sie zum Beweise für Ihr schweres Halsleiden anführen können, so ist das ein bißchen wenig. — Angekl. Prof. Meyer: Schon wie wir uns verlobten, war meine jetzige Frau schwer halsleidend. — Präsi.: Bitte, Beweise! Wir werden jetzt für jede Ihrer Behaup- tungen Beweise verlangen müssen!

Längere Zeit beansprucht die Verhandlung eines Falles, in welchem die Angeklagte bei Friedländer zwei goldene Börsen im Werte von 170 und 136 M. entnommen hat. Streit herrscht darüber, ob diese Börsen nur „zur Auswahl“ mitgegeben, oder, wie die Angeklagte behauptet, von ihr fest gekauft worden sind. Die eine Börse ist von der Angeklagten sehr bald, die andre von dem An- geklagten später veräußert worden. — Der Angeklagte erklärt hierzu, daß er den Verkauf vorgenommen habe, um seiner armen Frau, die an Krämpfen litt, die nötigen Mittel zu beschaffen, um Wäber nehmen zu können. Es sei das gewissermaßen eine Spekulation von ihm gewesen. In der festen Ueberzeugung, daß er die nötigen Mittel werde herbeischaffen können, um die Börsen wieder einzulösen und zu bezahlen.

Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Kay werden zwei Briefe verlesen, die der Angeklagte unter dem 8. und 10. August 1903 an seine Frau nach Heringdorf gerichtet hat. Darin wird auch auf die Friedländerischen Börsen Bezug genommen und die Notwendigkeit betont, das

Geld zur Einlösung

derselben zu beschaffen, da sonst der Frau Unannehmlichkeiten er- wachsen könnten.

Die Briefe klingen wieder wie das Liebesgittern eines bis über die Lippen verlebten Jünglings. In dem ersten heißt es unter anderem: „Mein süßes gutes Herz, mein innigstgeliebtes Friedel! Dein gestriges Brieflein hat mich außerordentlich erfreut und für mich eine reizende Letztüre im Bett gebildet. Ich hatte mich den Abend über ziemlich gedöbdt, ich war mit verschiedenen diden Weibern zusammen, wir sprachen viel von Dir und sie lassen Dich alle grüßen. Der Frau Sch. habe ich ein Pfund Realins spendiert, dann gab ich noch ein paar Mark zum Abendrot zu.“ Nach einigen Superlativen von Schmeichelworten heißt es dann zum Schluß: „Bei mir ist immer noch der Dalles groß, es will kein Mittel mehr verlangen, um Geld zu schaffen. Vielleicht gelingt es mir aber doch noch Geld auf- zuzubringen, um Dich, mein geliebtes Goldkind, besuchen zu können, denn ich habe so große Sehnsucht nach Dir. Ich thue, was ich kann, um Dich über Wasser zu halten. Zuletzt muß Friedberg heranz, wenn alle Stricke reißen. Seitdem Du weg bist, gelingt mir in Geldsachen nichts mehr. Vielleicht hast Du Glück, wenn Du es schlaun anfängst, einen 500 Mark-Echein Deinen dortigen Herrn auszuwaschen. Wir müssen zum Ersten viel Geld haben, um die Taschen auszulösen, damit Dir nichts Unangenehmes passiert. Aber zerbrich Dir Dein gutes blondes Köpfchen nicht zu sehr damit. Bitte, schreibe mir doch, wie Du dimertst und soupiertst und ob es nicht auffällig ist, daß Du immer mit einem und demselben Herrn dinstest. Ich möchte gern Näheres über den Herrn erfahren, aber ich vertraue Dir vollkommen. Hoffentlich stugt Du dort nicht anstößige Sachen wie den „Steuer- mann“ oder den „Klavierspieler“. Solche Chanfons eignen sich nicht.“ Abschließend lautet der zweite Brief:

Die bisher vorgeladenen Zeugen sind nun alle vernommen. Die vom Staatsanwalt vorgeschlagenen Zeugen sollen Donnerstag ver- nommen und damit die Beweisaufnahme geschlossen werden.

Es handelt sich dann noch um die Verurteilung des Dienst- mädchens der Angeklagten, Anna Milster.

Der Staatsanwalt Assessor Dr. Kay widerspricht der Ver- urteilung, da die Frauin der Beihilfe im hohen Grade ver- dächtig sei.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes und wiederholten Ver- warnungen der Frauin vor dem Meineide vereidigt sie der Prä- sident, da nach Ansicht des Gerichtshofes die Frauin, wenn sie auch Beihilfe geleistet hat, nicht nachweisbar „wissentlich“ dies gethan hat. Hierauf wird die Sitzung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Hus Industrie und Handel.

Die neuen Aktiengesellschaften des ersten Halbjahres 1904. Auf dem Gebiete der Aktiengesellschaften war nach den gewohnten Zu- sammenstellungen des „Deutschen Oekonomist“ die Bildungsthätigkeit im eben verflorenen halben Jahre nur wenig vermindert worden von derjenigen des vorjährigen gleichen Zeitraumes. Die Zahl der neugegründeten Aktiengesellschaften betrug 59 gegen 42 im ersten Semester 1903, das aufgewandte Aktienkapital aber betrug 70,46 Millionen Mark gegen 77,98 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das ganze Jahr 1903 ergab eine

Kapitalsumme von 300,04 Millionen Mark, darin war aber im zweiten Halbjahr die Gesellschaft Krupp allein mit 160 Millionen Mark enthalten, die wegen ihrer außergewöhnlichen Größe bei Ver- gleichungen auscheiden muß. Ohne sie betrug das Aktienkapital der neugegründeten Gesellschaften 1903 nur 140,04 Millionen Mark, das Doppelte der im jetzt abgelaufenen Halbjahr aufgeführten Summe.

Bei dieser Statistik der neugegründeten Aktiengesellschaften und ihrer Verteilung für das allgemeine Wirtschafts- leben darf man nicht übersehen, daß seit 1892, seit dem Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die Bedeutung der Zahl und des Kapitals neugegründeter Aktiengesellschaften für die Ver- teilung der ökonomischen Entwicklung eine weit geringere geworden ist als vor 1892. In immer größerem Umfang bedienen sich näm- lich die Unternehmer jener Gesellschaftsform mit beschränkter Haftung, die infolgedessen vor allem weit bequemer und der kapita- listischen Tendenzen entsprechender ist, als sich ihr Leben nicht wie bei der Aktiengesellschaft vor der Dessenhaftigkeit abspielt.

Auf die einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens verteilen sich die im abgelaufenen Halbjahr neugegründeten Aktien- gesellschaften derart, daß kommen: auf Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei 3 mit 2,6 Millionen Mark Aktienkapital; auf Berg- bau, Glätten, Salinen 2 mit 3 Millionen Mark; auf die Industrie der Steine und Erden 10 mit 5,7 Millionen Mark; auf Metallverarbeitung und Maschinenbau 7 mit 4,9 Millionen Mark; auf die chemische Industrie, Holz- und Leucht- stoffe 5 mit 23,2 Millionen Mark; auf die Textilindustrie 1 mit 2,8 Millionen Mark; auf Papier, Leder, Holz- und Schnitzstoffe 2 mit 0,74 Millionen Mark; auf Nahrungs- u. dergl. Mittel 7 mit 4,7 Millionen Mark; auf das Baugewerbe 5 mit 5,8 Millionen Mark; auf das polygraphische Gewerbe 3 mit 0,93 Mill. Mark; auf Banken 3 mit 2,3 Millionen Mark; auf Versicherungsgesellschaften 2 mit 2,2 Millionen Mark; auf Transportgesellschaften (ohne Eisenbahn- gesellschaften) 4 mit 9,5 Millionen Mark; auf das Gewerbe der Ver- herbung und Erzeugung 1 mit 0,13 Millionen Mark; auf diversif- schließlich 4 mit 1,6 Millionen Mark.

Der Durchschnittsbeitrag des auf eine Gesellschaft ent- fallenden Aktienkapitals stellt sich wieder verhältnismäßig sehr niedrig, auf nur 1,19 Millionen Mark, und er würde sogar erheblich unter 1 Million geblieben sein, wenn nicht die im März konstituierte Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft ein Kapital von 20 Millionen Mark hätte. Bemerkenswert ist noch, daß in diesem Jahre noch keine Elektrizitätsgesellschaft gegründet worden ist.

Canardlinie und Hamburg-Amerika-Linie. Der bekannte Kon- kurrenzkampf dieser beiden Linien im Personenverkehr nach Amerika scheint ein friedliches Ende erreichen zu sollen. Auf Einladung Lord Balfours wird sich Herr Vallin von der Hamburg-Amerika-Linie dieser Tage nach London begeben, um unter Vermittlung der eng- lischen Regierung mit Vertretern der Canardlinie in neue Verhand- lungen zur endgültigen Beilegung des Kampfes zu treten. Nach einer, augenscheinlich von der Hamburg-Amerika-Linie inspirierten Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ aus Hamburg sieht man dort schon mit Bestimmtheit einem definitiven Ende der Differenzen ent- gegen. Und in der That würde bei den intimen Beziehungen der Canardlinie zur englischen Regierung die Einladung Balfours an Vallin wohl nicht ergangen sein, wenn man in England nicht ein friedliches Ende zu machen den Wunsch hätte. Die man weiß, ist die Canardlinie Englands älteste große Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Als im Jahre 1901 der Morgantrust die Leyland Line und die White Star Line erwarb, wurde die Canardlinie vor dem gleichen Schicksal nur dadurch bewahrt, daß die englische Regierung ihr mit einem Geschenk von 60 Millionen Mark in Form von zwanzigjährigen Subsidien und außerdem mit 40 Millionen Mark in billigen Darlehen zu Hilfe kam. Das Frachtgeschäft der Canardlinie ist aber nicht sehr beträchtlich, ihre ganze Kraft liegt im Personenverkehr, für den sie mit 10 starken Unterbietungen den Kampf aufnahm. Wenn jetzt die Regierung ein Ende dieses Kampfes wünscht, so ist es sicher, daß die Canardlinie es jetzt auch wünscht.

Die Fahrzeugsabrik Otis, die seit den letzten Jahren so rapide in ihren Erträgen heranabgegangen ist, hat auch im ver- florenen Geschäftsjahre 1903/1904 wieder einen sehr ungünstigen Ab- schluß zu verzeichnen. So blieb z. B. der Umsatz in Kriegsmaterial gegen das vorhergehende Jahr fast um 2 Millionen Mark zurück. Die Bilanz weist einschließlich der Kosten, Zinsen und Reparaturen einen Verlust von 578 035 M. (gegen 459 786 M. im Vorjahre) aus, dazu noch die Abschreibungen in Höhe von 200 940 M. (im Vor- jahre 336 423 M.) treten, so daß sich ein Gesamtverlust von 777 976 M. ergibt (gegen 826 200 M. im Vorjahre). Seitdem diese „Fahrzeugsabrik“ hauptsächlich in Kriegsmaterialien und Automobilen arbeitet, ist sie von der Konkurrenz, besonders von Krupp, auf das heftigste bedrückt worden, und die erhofften großen Aufträge aus allen Teilen der Welt, auf die jeder neue Bericht immer wieder verweist, wollen nicht kommen.

Briefkasten der Redaktion.

„Corios“. Scherr, A. Stern, Karlsruhe, Carl, Leigner. — O. S. Eine preussische Wute hat 3,706 Meter, eine Quadrante etwa 14 Quadrat- meter (genauer 14,1827 Quadratmeter), ein preussischer Morgen 25,532 Ar.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Gebühren: 7 Ar.

Rechtsanwalt 22. 05. Ihr Freund muß schleunigst Einspruch gegen das Urteil einlegen. Das muß innerhalb drei Tagen auf Befehlung des Urteils erfolgen. Ein Beispiel dafür finden Sie S. 428 Nr. 55 des in den öffentlichen Leseschulen ausliegenden „Arbeiterrecht“. Der Einspruch kann auch zu Protokoll der Gerichtsschreiberei des Obergerichts eingeleitet werden. — W. 10. und das liebe Vaterland. Verjährung legt nicht vor, gebra- che nicht selbst zu, dem Schatzur Versteuerung der Vermögen Beiträge geleistet zu haben, so kann es Ihnen schwerlich bewiesen werden. Straßbar ist das Spielen in auswärtigen Lotterien schon längst, das geplante Gesetz will Strafverfügungen bringen, räumliche Kraft soll es nicht haben. — Ökonomie der Karnevalwirtschaft. Eine solche Vereinbarung ist nicht flagbar, ihre Erfüllung hängt vom guten Willen der Eltern und dem Inhalt ihrer letztwilligen Verfügung ab. — R. 33. Bei Benutzung des New York Institutes of Science hat selbst das preussische Ministerium des Innern genehmigt. Seine Benutzung ist geeignet, die Taschen leer zu machen, der Kopf wird nur um eine äußere Erfahrung reicher. — B. D. Der Beschuldigte ist nicht berufslos, sondern erkt ein etwa später ergebender. Den Stand der Rechtsprechung über die Frage, wie weit eine Operation ohne Nachteil abgesehen werden kann, finden Sie Seite 31 und 32 des ersten Nachtrages zum „Arbeiterrecht“ dargelegt. In Ihrem Fall dürfte eine Weigerung nicht berechtigt sein. — F. H. 3. Leider nicht möglich.

— Georg 100. Ihr wünschenswertes Testament bedarf nicht notarieller oder gerichtlicher Form. Ein Beispiel und Anleitung zu solchen Testamenten finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer S. 238. Sie möchten, da die Eltern noch leben, das Formular 55 nehmen! Das Buch liegt in den öffentlichen Leseschulen an. — G. 5. 58. Anhang zum „Arbeiter- recht“ S. 11 unten. 83 828, 829, 1627, 1628, 1631. Die Praxis muß den Beweis erforderlicher Wirtschaftlichkeit sehr schwer, so daß in der Regel Verurteilung erfolgt, weil bei gehöriger Aussicht die Schadensausgleichung vermieden wäre. Wäre den Kindern nicht ist nicht zur Rechtsregel geworden. — R. 31. 1. Nicht verpflichtet, aber berechtigt sind Sie, dem ausgere- chelt vor der Ehe geborenen, von Ihnen nicht ererbten Kinde Ihren Namen beizulegen. Erforderlich ist Zustimmung der Mutter und des Vor- mundes vor dem Standesbeamten oder in notarieller oder gerichtlicher be- glaubigter Form. Die Namensbeilegung ist für das Kind nützlich und sollte von Ihnen halbmöglichst vorgenommen werden. 2. Das Kind tritt durch die Namensbeilegung keineswegs in die Rechte eines ehelichen, Sie nicht in die Rechte eines Vaters. Der Vormund bleibt Vormund, Sie können aber halt seiner von Vormund ernannt werden. Die Rechte eines ehelichen Kindes (Vererbt insbesondere) erhält das Kind Ihnen gegenüber, wenn es von Ihnen adoptiert wird. Adoptieren können aber nur Leute, die keine ehelichen Kinder haben. — Tausend. Ja.

Briefkasten der Expedition.

Postamt 95, Erholung. Injeckt nicht angenommen. Betrag bitten in der Expedition abzuholen.

Vierter Wahlkreis (Osten).
Sonntag, den 10. Juli 1904, in „Mentes Volksgarten“, Lichtenberg, Röder-Strasse 35-36:
Grosses Sommer-Fest
bestehend in 243/10*
Konzert, Specialitäten-Theater, Harburger Sänger, Preiskegeln und Kinderbelustigungen
aller Art; bei eintretender Dunkelheit **Kinder-Fackel-polonaise**, wozu jedes Kind am Eingang eine Stocklaterne gratis erhält, ebenso eine Marke zur Schaukel oder Caroussel.
Im Saale von 4 Uhr an: **Tanz.**
Die **Kaffeeküche** steht den geehrten Damen von 2 Uhr an zur Verfügung.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Das Komitee.

Holzbildhauer.
Donnerstag, den 7. Juli, Gewerkschaftshaus, Saal 7:
Branchen-Abend.
Tages-Ordnung: 1. Wahl der Mitglieder der Schlichtungskommission. 2. Erledigung verschiedener Angelegenheiten.

Beerigungs-Verein Berliner Zimmerleute.
Sonnabend, den 16. Juli 1904,
findet in den Gemächern des
Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11/13
unser diesjähriges
Stiftungs-Fest
statt, bestehend in:
Grossem Sommernachts-Ball
sowie der Feier des
50jährigen Gesellen-Jubiläums
unserer beiden Mitglieder **Ernst Röhl** und **Herrn Altstein**
wozu wir die Mitglieder,
Freunde und Gönner unseres Vereins einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ???
Eintrittskarten hierzu sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben:
**H. Gierke, Waldemarstr. 49, part. C. Mahn, Eisenbahnstr. 31, II. Böhner, Elfenbein-Str. 36. Posteur, Schulstr. 102, 5. Aufg. II. Schwanz, Kolonnenstr. 3/4, S. III. Schiller, Brunnstr. 56, part. I. Jahn, Weidomstr. 10, I. Stf. II. Außerdem bei den Mitgliedern Herrn:
Bandow, Langestr. 13 im Restaurant. Brunzel, Wilsnackerstr. 61, Stf. III. Schacht, Prenzlauer Allee 209a. Seidel, Dersingstr. 20.
Abendkasse findet nicht statt.
25325 Das Komitee.**

Scheruchs Festsäle
Rüdersdorferstr. 45.
Säle und Vereinzimmer von 50-2000 Personen fassend für
Versammlungen und Feste, auch einige Sonnabende und
Sonnstage frei. — Coulanteste Bedingungen.
56325*

Grosse Auswahl
Verlosungs-Gegenstände
zu Landpartien
Lieferung
zu Engros-Preisen
L. Katz & Co.,
Spandauerstr. 45 u. 56.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Steglitz
(Mitgl. des Arb.-Radf.-Bundes Solidarität).
Sonntag, den 10. Juli, von nachm. 2 Uhr an, im „Birkenwäldchen“,
Steglitz-Niederfeld:
Zur Feier des 3. Stiftungs-Festes
Grosses Sommerfest
bestehend in
Garten-Konzert, Auftreten der Volkssänger-Gesellschaft
Lewandowsky, gr. Verlosung, Reigenfahren, Kinderbelustigung,
Festzeitung.
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Eintritt 25 Pf.
13/19 Zahlreichen Besuch erwartet Das Komitee.

Nur noch einige Tage!
Mariendorfer Hochbau-Terrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, prachtvoll geschnitten M. 3.—
und M. 4.— pro Quadrat-Meter netto Baustelle, zur Straße
nicht mehr abzutreten.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elek-
trisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen
Bahn Behrenstrasse-Mariendorf. 23906*
Verläufer, auch Sonntags von 8-9 Uhr, auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek, Berlin, Gutfenauerstr. 52.**

Steppdecken
Gelegenheitskauf.
Kattun, buntfarbig, 2,85
Wolladras, alle Farben 4,85
Similiseide, alle Farben 6,00
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00
Special-Haus **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Granienstrasse 158.

Freie Volksbühne
Die Vorstellungen der **I. Serie** im Berliner
Theater beginnen am **4. September** mit
Goethe: Götz von Berlichingen.
(Der Mann mit der eisernen Hand.)
Schauspiel in 5 Akten.
II. Serie im Metropol-Theater:
Henrik Ibsen: Die Komödie der Liebe.
Die **Mitglieds-Karten** müssen in den
Zahlstellen abgegeben werden mit der Er-
klärung bezüglich der weiteren Mitgliedschaft
und können gegen die neuen Karten für 1904 bis
1905 eingetauscht werden. **Umschreibungen**
aus der bisherigen Zahlstelle in eine andre können
nur im **Juli** und **August** nach Begleichung von
etwaigen Beitragsresten vorgenommen werden,
jedoch muss die neue Karte für 1904/5 aus der alten
Zahlstelle abgeholt werden.
Für die **Morwitz-Oper** (Schiller-
Theater O.)
liegen in unsern Zahlstellen **I. Parkett-Billets** aus
(Kassenpreis 2,50), für die Mitglieder der Freien Volks-
bühne ermässigt auf **1,00 M. inkl. Garderobe** zu allen
Abendvorstellungen. (Sonntags 50 Pf. mehr.) Recht-
zeitige Vorbestellung in den Zahlstellen ist zu
empfehlen.
229/7* **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebtesten**
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regeldamen, Barbedamen, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Neue Welt.
Hasenheide 103/114. Arnold Scholz.
Donnerstag, den 7. Juli 1904:
Gala-Monstre-Feuerwerk
Vollständig neue pyrotechnische Prachtfeuerwerke.
Schlussfront:
Unsere Marine. **Unsere**
Militär-Konzert **Specialitäten-Vorstellung.**
Das sensationelle
Juli-Programm.
Eintritt 50 Pf.
Billets im Vorverkauf a 40 Pf. sind in den mit Plakaten
belegten Handlungen zu haben.

Dr. Simmel, Prinsen-
Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
Str. 41, 13/18*
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Fludern, 50 Stück
dem Raub nur 1,90 M. Polid. fest-
stehende Marjes, S. 3/4, R. Ernst
Napp Nachf., Zwincmünde Nr. 56.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
**Jadettanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Riechen-
auswahl, spottbillige Preisnotierung.**
Pauschalhaus Weidenweg 19. 437*
Vorteilhafteste Einkaufsquelle,
Kaufteuere, Betten, Gardinen,
Steppdecken, Regulateure, Frei-
schwingen, Herrenhosen, Damenhosen,
Herrenketten, Damenketten, Trau-
ringe, Spiegel, Radfahrbetten, Paus-
chalhaus Weidenweg 19. 437*
**Vertikale, Betten, Inletts,
Genden, Gardinen, Teppiche, Tisch-
decken, Herrenhosen, Damenhosen,
Ketten und sonstige verlässliche Gegen-
stände fabelhaft billig.** Pauschalhaus
Weidenweg 19. 437*
Teppiche! (feinere) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Baum, Gasse
Markt 4, Bahnhofsstr. 142/12*
**Teppiche, Gardinen, Portieren,
Betten, Steppdecken, Regulateure,
Reinigungsapparate, Uhrenten, Spiegel,
Bilder, Möbel spottbillig** Pauschalhaus
Weidenweg 19. 437*
**Hochvernehme Herren-Anzüge,
Paletots, Beinleider, vorjährig, aus
feinsten Rohstoffen, spottbillig.** Deut-
sche Verlagsanstalt, Vögelstr. 63,
eine Treppe. 23558*
**Gardinenhand Große Franzfurter-
str. 9, part. II. 437***
**Sofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik**
Blumenstr. 35 b. 21748*
**Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-
tausend Mark, Invalidenstr. 148
(Eingang Bergstr.), Falken-
str. 40, Große Franzfurterstr. 56.**
**Teppiche mit farbenschönen Bedr.-
niederlage Große Franzfurterstr. 9,
part. II. 437***
Retrolenmacher! Einzahlung
1,00, zweifach 2,00. Boblauer,
Ballnertheaterstr. 32. 23858*

Steppdecken billigst Fabrik Große
Franzfurterstr. 9, part. II. 437*
Vorjährige hochlegante Herren-
anzüge und Paletots aus feinsten
Rohstoffen, 25 bis 40 Mark. Verlags-
haus Germania, Unter den Linden 21.
**Malkraftbier, blutbildend, für
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Gesichts-
farbe, überaus gesund, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Liter 3,50 exkl. Post-
kosten, Flaschenzahl, Qualität ent-
scheidet.** Portier-Keller Ringler,
Bernauerstr. 119. 143/1*
Angelboote spottbillig zu ver-
kaufen. Karl Kaufmann, Mühlent-
str. 16. 13/12*
Nähmaschinen. Zahl bis 10,00
für jeden Kauf oder Rückweis einer
Nähmaschine aller Systeme, Bobbin,
Schneidnäh, Höhe 1,00, nur Post-
kosten bitte. Lieferung sofort. Vorder-
str. 10, Vorderstr. 50. 115/2*
**Steppdecken, Gelegenheits (Seiden-
clot), hat 8 Mark durchweg 3,75,
verkauft Julius Neumann, Belle-
alliancestr. 105. 23888***
**Verdick-Sportwagen, elegante
Kinderwagen, Kinderbetten spott-
billig.** Schneider, Kurfürsten-
str. 172. 23255*
**Obst, Gemüsegeschäft, gut gehend,
ohne Konsummarken, wegen Krankheit
sofort zu verkaufen** Hirschstr. 52. *

1000 neue Nähmaschinen gebe auf
Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-
schiff, hochartig, komplett, mit
allen Apparaten. Elegante Aus-
stattung, drei Jahre reelle Garantie.
Bellmann, Gollnowstr. 28, nahe
der Landsbergerstr. Alte Maschinen
nehme in Zahlung. 23745*

**Cigarrengeschäft, am Postamt,
preiswert zu verkaufen, Preis 800,
Rieter 750 M. Neue Winterfeld-
str. 17. 25176**

Nähmaschinen aller Systeme
ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Für
jähre Garantie. Unterricht im
Sticken, Stopfen gratis. Postkarte
genügt. Bienerstr. 6, Ader-
str. 113, Reichenhellerstr. 78.

**Fahrräder, größte billige Be-
zugsquelle für jedermann, Leibhaus,
Neue Schönhauserstr. 11. Uhre
Riefenlager enthalten nur Fahrräder
bester Qualität zu feinsten Preis-
lagen, unbekannt Marken aus-
geschlossen. Brennabrad, Wanderver-
rader, Vorwärtsrader, Doppelrader,
Düffelrader, Germaniaräder, Va-
deniaräder, Preisfahräder in allen
Ausführungen, kannenwert billig.
Lagerbestellung, Umkaufrecht ein-
geräumt, coulanteste Bedienung.
Jedermann unterrichtet sich eingehend
im Leibhaus, Neue Schönhauser-
str. 11. (Achtung! kein Eckhaus.)
Bis 9 Uhr abends geöffnet. 25355**

**Cigarrengeschäft, passend für
Parteien, in veränderungsreicher
zu verkaufen** Käfers unter R. 43
Postamt 38. 48

**Wanderboot mit neuem Segelzug
verkauft billig.** Stralauerallee 16.

**Betten, hochleiste, 18,00. Dres-
denerstr. 38, Mühl. 25225**

**Restoration neben Fernsprech-
amt, 1100 Mark, Umfang circa 15*,
erforderlich 6-800 Mark, wegen Über-
nahme eines andern Geschäfts ver-
kauft sofort** Wilmers, Blankenfel-
derstr. 10. 25285

**Wappzeichen an Wasser und
Bald in Gerner! Canadatr. 12 bis
20 Mark, „Decker“ Postamt 45.**

**Wingschiffchen, Bobbin, Schnell-
näh, ohne Anzahlung, Höhe 1,00,
gebrauchte 12,00. Köpferstr. 60/61,
Prenzlauerstr. 59/60 und Große
Franzfurterstr. 43. 495***

**Wirtschaft, 9 Zimmer Möbel, auch
einzelne, kannenwert billig, Köpfer-
str. 126 a 1. 25245**

**Poliermittel, schnell, 3,50, Köp-
ferstr. 126 a 1. 25236**

**Obst, Gemüse, Vorkostgeschäft in
bester Lage, aufgehend, wegen Über-
nahme eines Grundstücks, sofort billig
veräußert. Neue Wilhelmstr. 10.**

**Haarfarbmittel, unbedenklich,
Probeflasche 0,40, Winterfeld, Kar-
lstr. 27. 25305**

**Edelkaffee, passend für Partien,
genossen. Bahnhofs- und andre,
sofort. Drauerstr. E. 800, Post-
amt 28. 460***

**Restaurant mit Vorkant, sofort
zu verkaufen** Hohenstr. 11. 4120*

**Pradanzung, Gehrockanzug, Paletot,
schöne Mittelfigur, billig veräußert**
Kaiser-Str. 158, II. Unts. 14/9

**Sofa, wie neu, 18. Schmitt,
Kannenstr. 50, Keller. 14/10**

**Rechtsbureau! (Königsplatz),
Grünweg vierundzwanzig, Lang-
jähriges! Erfolgreichstes! 24925**

Rechtsbureau Drummstr. vier-
zig, Langjähriger Prozessbeistand,
Uebungslagen, Strafsachen, Klagen-
sachen, Eingabengeld, Katerstellung
(allerbilligst). 24936

Patentanwalt Dammann, Oran-
ienstr. 57, Königsplatz. Hat in
Patentfachen. 24825*

**Waschanstalt, garantiert kein
Chlor, Bettwäsche, Leibwäsche, 0,10,
vier Handtücher 0,10. Otto Bahe,
Köpenick, Müggelheimerstr. 22. Ab-
holung Sonnabends. 24926***

**Wäsche wird sauber gewaschen, im
Freien getrocknet. Großer Bezug 0,15,
Laken, Leibwäsche 0,10. Abholung
Sonnabends, Emil Vankraff, Köpenick,
Müggelheimerstr. 40. 25215**

Frauenhaare kauft immer Winter-
feld, Karlstr. 27. 25296

**Genossin, welche zum Ferien-
aufenthalt nach ihrer Heimat reist
(Kielgebirge), möchte mehrere Kinder
mitnehmen. Kostgeld wöchentlich
10,00 Mark. Adresse Landwehr-
str. 40a, vorn II rechts. 25265**

**Wer leicht Verleihen 200 Mark
gegen monatliche Rückzahlung, Sicher-
heit vorhanden. Gelegliche Offerten
unter B. W., Expedition Köpenick-
str. 24. 4109**

**Südwelt! Arbeiter, Frauen, kauft
und befreit Euer Frühling in de-
mühtigen Bäckereien, zum Beispiel
Rittenwalderstr. 30. 4111**

**Tenor, zweiter, zu neuem Unter-
nehmen gesucht (Berufsjäger aus-
geschlossen), unter Soloquartett, Post-
amt 21. 483**

**2 Stuben, Küche, alleiniger Kor-
ridor, 1 Stube, Küche, alleiniger
Korridor billig** Grenzstr. 3. *

**Wägenstr. 8, nahe Station
Borsigwalderstr. und Stralauer Thor,
find vom 1. Oktober billige Woh-
nungen von 2 und 1 Stube mit Ju-
belhör zu vermieten. Näheres da-
selbst beim Verwalter, 8-10, 2-8. ***

Stellenangebote.
**Cigaretten-Arbeiter und Cigaretten-
Arbeiterinnen, die festgelegt sind und
gute Arbeit liefern, finden sofort Be-
schäftigung bei der Cigarettenfabrik
„Johanni“, Berlin C., Neue Friedri-
chstr. 9/10. 14327**

**Handwerker auf Gardinen-
arbeiten, nur geübte, verlangt** Schröder,
Gollnowstr. 13. 25375

**Spiegelbeleger, eingetrib auf Tisch-
beleg, verlangt** Spiegelbeleg Drumm-
str. 53. 4102

**Wauer werden verlangt zum
Fabrikbau Friedenau, Schmargen-
dorferstr. 32. 48**

**Tüchtiger Steinmetz auf Watten-
arbeit** H. Braun, Hohenstr. 16.

**Schloßergesellen und Kunst-
schmiede verlangt** Schloßerei R. Wume,
Charlottenburg, Schillerstr. 97. *

Tüchtige Dienstler verlangt
Trefener, Wöhrstr. 10. 460

Einleier verlangt Diehle, Paus-
chalstr. 35. 459*

Barockergoldberinnen verlangt
Rag Leonhard, Schleißerstr. 31.

**Styberin, tüchtige, auf Anaben-
sachen, Paletots, im Hause, 15 Mark
Lohn, verlangt** Meyer, Dunder-
str. 16. 25315

Gebiete Schirmwäberinnen für
Baumwolle finden bei hohen Preisen
dauernde Beschäftigung. D. Frey,
Seidelstr. 15. 25165*